

Ideologie des neuen Imperialismus und ihre Positionen zu Krieg und Frieden

Beiträge zum
11. Dresdner Symposium
Für eine globale Friedensordnung
am 18. November 2006

DSS-Arbeitspapiere

Heft 83 – 2007

Herausgeber: Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V. (*DSS*)

Vorstandsvorsitzender: Prof. Dr. Wolfgang Scheler
Rottwerndorfer Straße 3 /1006 01257 Dresden E-Mail: Scheler@DSSicherheitspolitik.de

Die Projektgruppe Globale Friedensordnung dankt der Kulturakademie Dresden für die erwiesene Gastfreundschaft und die ihrem Dresdner Symposium gewährten ausgezeichneten Arbeitsbedingungen.

Redaktion und Druckvorbereitung, V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Siegfried Schönherr

Vertrieb: Lothar Glaß Neuostra 1 01219 Dresden Tel.: 0351/4707918

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren.

Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen beim Autor. Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen seiner Zustimmung; zugleich haftet er dafür, dass durch die vorliegende Veröffentlichung seiner Ausarbeitung nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Redaktionsschluss: 15. Januar 2007

Kostenbeitrag: 3,00 Euro

Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“

ISSN 1436-6010

Inhalt

ERICH HAHN	Ideologische Probleme des neuen Imperialismus	4
HORST-DIETER STRÜNING	Zum Menschenbild des Neoliberalismus: der <i>homo oeconomicus</i>	22
WOLFGANG SCHELER	Die Dominanz der Kriegsideologie in der neuen Phase des Kapitalismus	30
ERNST WOIT	USA-Strategen über die wachsende ideologische Bedeutung der Religionen und ihren Einfluss auf die Möglichkeiten imperialistischer Kriegführung	43
HARRY PURSCHE	Zur Funktion der Kriegsideologie des neuen Imperialismus	53
LOTHAR GLAB	Ideologie, Feinde, Feindbilder	59
SIEGFRIED SCHÖNHERR	Rüstungsfinanzierung in der neuen Phase des Kapitalismus	65

Erich Hahn

Ideologische Probleme des neuen Imperialismus¹

Seit geraumer Zeit gibt es eine internationale Diskussion über den Charakter des gegenwärtigen Imperialismus.² Im Zentrum stehen Bemühungen um eine Verständigung über sein Wesen und seine bestimmenden Merkmale. Eine kohärente Definition ist vorerst nicht in Sicht. Ungeachtet dessen stellt Frank Deppe – basierend auf der Analyse der wichtigsten aktuellen Positionen (u.a. Panitch/Gindin, Harvey, Hardt/Negri) – eine zusammenfassende Charakterisierung wichtiger Merkmale des neuen Imperialismus zur Diskussion. Es handelt sich um ein transnationales Herrschaftssystem, dessen Grundstruktur durch die kapitalistische Logik bestimmt wird. Das Ziel besteht darin, jegliche Konkurrenz auszuschalten und die Marktwirtschaft weltweit durchzusetzen. Das Funktionieren des Systems wird durch die Fähigkeit gewährleistet, die Spielregeln des Weltmarktgeschehens zu diktieren und zur Abwendung jeglicher Störungen politisch-militärische Macht anzuwenden. Über diese Fähigkeit verfügen in erster Linie die USA. Zwischenimperialistische Widersprüche und Konkurrenz wirken nach wie vor, werden jedoch durch die Suprematie der USA gezähmt.

Grundlegende Widersprüche sind die zwischen der neoliberalen Globalisierung und der anhaltenden Tendenz des Imperialismus zu Gewalt und Krieg einerseits und den Erfordernissen einer auf den Prinzipien des Friedens, der Demokratie und Gerechtigkeit beruhenden internationalen Ordnung andererseits, zwischen einem zunehmend globalen Kapital und einem globalen (fragmentierten) Proletariat, zwischen Reichtum und Armut, zwischen den Prinzipien des Profitsystems einerseits und der Krise der sozialen Reproduktion und der sich kumulierenden ökologischen Katastrophe andererseits, zwischen Großkapital auf der einen, Demokratie und Kultur auf der anderen Seite.³

Das Interesse gilt aber auch begrifflichen Fragen im engeren Sinne. Gerade für ideologietheoretische Folgerungen ist beispielsweise die Überlegung wesentlich, auch nach dem Eintritt des Kapitalismus in sein imperialistisches

¹ Diese Ausarbeitung beruht auf einem zweiteiligen Artikel, *Imperialismus, Politik und Ideologie*, in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung Z., Heft 67/2006, 68/2006.

² Ich verweise auf zahlreiche Artikel in der Zeitschrift Marxistische Erneuerung Z., vor allem seit 2002.

³ Siehe F. Deppe, *Der neue Imperialismus*, Heilbronn 2004, insbesondere S. 131 ff.

Stadium die Differenz zwischen kapitalistischen und imperialistischen Verhältnissen nicht aus dem Auge zu verlieren. Strukturelle Veränderungen in der monopolistischen Basis müssten nicht unvermittelt zu einer imperialistischen Politik führen.⁴ Gerade für den New Imperialism sei entscheidend, dass kapitalistische Expansion nicht unausweichlich die Form eines offenen Imperialismus annimmt.⁵ Auch große imperialistische Länder müssten nicht immer und ausschließlich imperialistische Funktionen erfüllen.⁶

Lenin hat derartige Differenzierungen durchaus gesehen. Der Imperialismus gestalte den Kapitalismus nicht „von Grund aus“ um, er „verknote“ die Monopole mit der freien Konkurrenz, aber beseitigen könne er den Austausch, den Markt, die Konkurrenz usw. nicht. „Auf dem Standpunkt stehen, es gäbe einen einheitlichen Imperialismus ohne den alten Kapitalismus, heißt das Gewünschte für die Wirklichkeit nehmen.“⁷

Die Frage drängt sich auf, ob deshalb nicht zwischen bürgerlicher Ideologie und imperialistischer Ideologie unterschieden werden müsste. Natürlich ist imperialistische Ideologie ihrem Klassenwesen nach bürgerliche Ideologie. Aber der Begriff bürgerliche Ideologie ist historisch und systematisch offener als der umfassendere. Nicht jedes Argument bürgerlicher Ideologie muss als imperialistisch gelten. Imperialistische Ideologie reflektiert jene Veränderungen, die mit den ökonomischen und politischen Merkmalen der Monopolherrschaft ins Leben treten: den bedingungslosen Drang zur Expansion von Möglichkeiten der Profiterlangung, die Legitimation von Demokratieabbau, politischer Reaktion und Gewalt, die Rücknahme der Ideale der bürgerlichen Klassik, die krisenbedingte Widerspiegelung einer geschichtlichen Situation zwischen Macht und Ohnmacht.

Bürgerliche Ideologie ist eher auf die Rechtfertigung des Gegebenen, auf die Hinnahme der Ordnung des Privateigentums angelegt. Imperialistische Ideologie zielt – auf dieser Basis – eher darauf, den geistigen Boden für reaktionäre Veränderungen zu bereiten, ihr wohnt in stärkerem Maße ein weltanschaulich und politisch aktivierendes Moment, die Forderung zum Handeln, inne. Nicht nur Zustände, sondern Absichten und Aktionen werden verschleiert und verfälscht.

⁴ Siehe G. Binus, Globalisierung ohne Großkapital?, in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung Z., Heft 55.

⁵ Siehe T. Bader, Neokonservatismus, Think Tanks und New Imperialism, Köln 2005.

⁶ Siehe D. Losurdo, Gibt es einen europäischen Imperialismus?, in: Marxistische Blätter, Heft 05/2004.

⁷ W. I. Lenin, Werke, Bd. 24, Berlin 1959, S. 465; Bd. 29, Berlin 1961, S. 153.

Die hier gezogene Grenze ist in der Realität natürlich fließend. So wie auch noch so theoretisch begründete Differenzierungen die Gepflogenheit nicht aus der Welt schaffen werden, den heutigen Kapitalismus schlechthin als sein imperialistisches Stadium zu bezeichnen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Debatten ist die Beziehung zwischen Ökonomie und Politik. Ohne Analyse seiner ökonomischen Basis ist der Imperialismus nicht auf den Begriff zu bringen. Darüber gibt es unter Marxisten kaum Meinungsverschiedenheiten. Zu bedenken gegeben wird jedoch, die machtpolitischen Dimensionen des Monopolkapitalismus stärker zu akzentuieren. Zwischen dem objektiv imperialistischen Charakter monopolkapitalistischer Verhältnisse und akuter imperialistischer Politik sei zu unterscheiden. Hinsichtlich der Beziehung zwischen Kapitalismus und Imperialismus herrschten ebenso wenig Automatismen wie zwischen Ökonomie und Politik.

Die vermittelnde Rolle der Politik bei der Wechselwirkung zwischen Ökonomie und Ideologie bedarf keiner besonderen Begründung. Sie erlangt jedoch im Imperialismus besonderes Gewicht. Die Genese, Durchsetzung und Reproduktion imperialistischer Strukturen und Aktivitäten bedarf in größerem Maße politischer Einflussnahme als die normale Realisierung kapitalistischer Logik.

Deutlich wurde dies bereits beim historischen Übergang vom vormonopolistischen zum monopolkapitalistischen Kapitalismus. Die Formierung der ökonomischen Grundlagen des Imperialismus vollzog sich aufgrund des Wirkens objektiver Tendenzen und Gesetzmäßigkeiten. Sie bedurfte jedoch in starkem Maße des Eingreifens der Politik und des Staates. Es ist kein Zufall, dass sich der Terminus *imperialistische Ideologie* zunächst auf außenpolitische Erscheinungen, auf Militarismus als Konsequenz zwischenstaatlicher Rivalität, auf aggressiven Kolonialismus und Expansion und den Drang nach gewaltsamer Annexion fremden Territoriums bezog. Auf Aktivitäten also, die augenscheinlich politischer Natur sind und in besonderem Maße ihren Weg durch das Medium der Öffentlichkeit nehmen.

Und was sich da artikulierte, war eine neuartige Politik. Die Epoche eines „verhältnismäßig *friedlichen* Kapitalismus“ wurde abgelöst „von einer Epoche verhältnismäßig viel stürmischeren, sprunghafteren, katastrophaleren, konfliktreicherem Charakters ...“⁸ Vollzogen wurde der Übergang zu einer Politik, die in besonderem Maße ideologischer Begründung und Rechtfertigung, politischer Kalkulation, zynischer Demagogie und effektvoller Manipulation, einer selbstzerstörerischen Synthese von Täuschung und Selbsttäuschung

⁸ W. I. Lenin, Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 102.

bedurfte. Die absolute Unvereinbarkeit des Imperialismus mit Humanität und Zivilisation äußert sich nicht zuletzt darin, dass es ihm immer wieder gelingt, gerade für die ihm wesenseigene extrem reaktionäre Politik der Gewalt und des Krieges die – mindestens zeitweise – Zustimmung beträchtlicher Massen zu ergaunern.

X X X

Politik ist nicht nur Vehikel, sondern auch Objekt von Ideologie. Eine Grundtendenz imperialistischer Ideologie sieht Frank Deppe in ihrer Entfernung von den Grundpositionen des politischen Liberalismus, der Aufklärung und des Rationalismus.⁹

Die imperialistische Zerstörung der Vernunft hat Georg Lukács in seinen gegen den deutschen Faschismus gerichteten Schriften auf unnachahmliche Weise dargestellt und entlarvt – Arbeiten von einer beklemmenden Aktualität, wenn wir an die irrationalen Angriffe der Postmoderne auf Vernunft und Wahrheit, die christlich-fundamentalistische Begleitmusik der US-amerikanischen Weltherrschafts-Strategien oder an den hierzulande alltäglichen Rassismus und Antikommunismus denken.¹⁰

Dem Grundanliegen unseres Beitrages entsprechend, sollen hier zwei weitere Stränge imperialistischer Ideologiebildung skizziert werden. Die Entfernung der imperialistischen Ideologie vom politischen Liberalismus hat auf nachgerade lehrbuchartige Weise Rudolf Hilferding in seinem 1919 erschienenem *Das Finanzkapital* nachgezeichnet. Die folgende Skizzierung seiner Gedankengänge verbinde ich mit der auch an die eigene Adresse gerichteten Feststellung, dass es eine Verarmung des gesellschaftswissenschaftlichen Denkens in der DDR war, derartige Werke aufgrund politischer Differenzen mit dem Autor sowie der ausschließlichen Orientierung auf Lenins Standardwerk nicht genügend zur Kenntnis genommen zu haben.

Es geht Hilferding um das sich gravierend wandelnde „Verhältnis der Kapitalistenklasse zur Staatsmacht“ beim Übergang zum Imperialismus in Deutschland. Historisch entstanden war die bürgerliche Staatsauffassung – die sich zur Weltanschauung des Liberalismus „erhöhte“ – aus der Opposition gegen den staatlichen Zentralismus. Staatliche Gesetzgebung wurde für das Wirtschaftsleben als überflüssig und schädlich erachtet. Das Verhältnis des Liberalismus zum Staat war insofern „negierend“.

⁹ Siehe F. Deppe, Der neue Imperialismus, a.a.O., S. 14.

¹⁰ Siehe G. Lukács, Die Zerstörung der Vernunft, Berlin 1954; Zur Kritik der faschistischen Ideologie, Berlin 1989.

Die geschichtliche Logik des Kapitalismus brachte eine weitgehende Umkehrung mit sich. „Wie stets, wenn das Kapital sich zum erstenmal Verhältnissen gegenüber sieht, die seinem Verwertungsbedürfnis widersprechen und deren ökonomische Überwindung nur allmählich und viel zu langsam vor sich gehen würde, appelliert es an die Staatsgewalt und stellt sie in den Dienst gewaltsamer Expropriation ...“ Politische Macht wird für den ökonomischen Konkurrenzkampf immer wichtiger. Staatliche Machtstellung wird für das Finanzkapital „unmittelbares Profitinteresse“ – es wird zum „Träger der Idee der Stärkung der Staatsmacht mit allen Mitteln“. Das aber bedeutete eine gravierende Änderung des Verhältnisses der Bourgeoisie zum Staat. Ihre Staatsauffassung passte sich an die Bedürfnisse des Finanzkapitals an. Das Finanzkapital „will nicht Freiheit, sondern Herrschaft“, es „verabscheut die Anarchie der Konkurrenz und will die Organisation, freilich nur, um sie auf immer höherer Stufenleiter durchsetzen zu können“, es braucht einen politisch mächtigen, starken Staat, der „überall in der Welt eingreifen kann, um die ganze Welt in Anlagesphären“ für sein Kapital verwandeln zu können.

Hilferding sieht in diesen Wandlungen eine Revolutionierung der bürgerlichen Weltanschauung insgesamt. Das Friedensideal verblasst, an die Stelle der Idee der Humanität tritt das Ideal der Größe und Macht des Staates. Der nationale Gedanke wird zur Überlegenheit der eigenen Nation – in der sich das Monopol spiegelt – umgebogen. In der Rassenideologie entsteht eine verkleidete Begründung des Machtstrebens des Finanzkapitals. An die Stelle des demokratischen Gleichheitsideals tritt ein oligarchisches Herrschaftsideal. „So entsteht die Ideologie des Imperialismus als Überwindung der alten liberalen Ideale.“¹¹

Die von Hilferding auf den Punkt gebrachte Tendenz behält ihre Gültigkeit auch im Kontext des Neoliberalismus. Der anti-etatistische – im Laufe seiner historischen Entwicklung ebenso gegen den Keynesianismus wie gegen sozialistische planwirtschaftliche Aktivitäten gerichtete – Appell an den Staat, sich aus der Wirtschaft zurückzuziehen und sie dem freien Spiel des Marktes zu überlassen, verbindet sich mit dem Bekenntnis zu einem starken Staat, der die Existenz des kapitalistischen Privateigentums als Rahmenbedingung für das ungehinderte Schalten und Walten des Kapitals zu garantieren hat. „Auch die liberalste Wirtschaftsordnung ist auf Zwang und die Macht des Staates, ihn auszuüben, angewiesen, weil sie unter allen Umständen zwei Dinge braucht,

¹¹ Alle Zitate aus R. Hilferding, *Das Finanzkapital*, Berlin 1947, S. 460 - 465.

nämlich eine straffe Rechtsordnung und eine Geldordnung, die ohne Zwang nicht durchsetzbar ist.“¹²

Es liegt auf der Hand, dass ein starker Staat im Rahmen des Konzepts und der Realität des neuen Imperialismus eine weitere Aufwertung erfährt. Ist dieser doch eine Konsequenz sowohl aus den Erfahrungen der dreißiger Jahre als auch des Zweiten Weltkrieges und der Konfrontation mit einer zur staatlichen Macht gewordenen historischen Alternative. Heute dient er vor allem der Durchsetzung und Aufrechterhaltung der globalen Ordnung.

x x x

Auf Margaret Thatcher soll das Prinzip oder Unwort TINA zurückgehen: There is no alternative! Es gibt keine Alternative! Auch diesseits des Ärmelkanals gut bekannt als ideologische Begleitmusik zur Durchsetzung unpopulärer Maßnahmen im Zuge der groß angelegten Umverteilung von unten nach oben. Vor Jahren war im gleichen Zusammenhang ständig von Sachzwängen die Rede. Der Terminus *Sachzwangideologie* ist in Erinnerung.

Meiner Auffassung nach handelt es sich auch hier um einen durchgängigen Strang bürgerlicher Weltanschauung, der mit dem Übergang zum Imperialismus besonders Gewicht erhält. Der Sache nach geht es um einen Angriff auf die Freiheit menschlichen Handelns zum Zwecke der akzeptierten Unterwerfung unter die Gebote des Kapitals. Die Mauserung des Kapitals zum Monopol und dessen Indienstnahme politischer Macht vergrößern in gewisser Hinsicht den Handlungsspielraum imperialistischer Akteure. Ihr Aktionsfeld erweitert sich – im Inneren einer gegebenen Wirtschaft und Gesellschaft wie im internationalen Maßstab. Zugleich ergeben sich neue Abhängigkeiten. Konfliktpotentiale verändern sich quantitativ und qualitativ. Das Auftreten von Gegenkräften verstärkt sich umso mehr, als – wie bereits angedeutet – imperialistische Politik „nicht hinter dem Rücken der Akteure“ agiert.¹³

Ein Feld weltanschaulichen Kampfes eröffnet sich. Perspektiven und Grenzen geschichtlichen Handelns stehen auf dem Prüfstand: Einerseits die Proklamation der unausweichlichen Notwendigkeit, der Unvermeidlichkeit oder Alternativlosigkeit imperialistischer Aktivitäten. Andererseits wird dies zunehmend prinzipiell durch das Auftreten einer neuen organisierten Gegenbewegung infrage gestellt. Illustriert werden kann das durch den Rückblick auf

¹²W. Röpke, Erziehung zur wirtschaftlichen Freiheit, in: A. Hunold (Hrsg.), Erziehung zur Freiheit, Erlenbach-Zürich, Stuttgart 1959, S. 290.

¹³F. Deppe, Der neue Imperialismus, a.a.O., S. 123.

eine ideologische Auseinandersetzung in den ersten Jahrzehnten des zwanzigsten Jahrhunderts.

In seinem Hauptwerk *Der Imperialismus* (1902) widmet John A. Hobson ein eigenes Kapitel der Kritik des „populären Irrglaubens, der Einsatz staatlicher Macht zur Erlangung neuer Märkte durch Annexion weiterer Gebiete sei eine... unvermeidliche Politik für ein fortgeschrittenes Industrieland wie Großbritannien“. Er greift die Logik dieses Arguments zunächst auf. Sicher könne nicht in Abrede gestellt werden, dass für wachsende Erzeugnismassen neue Märkte und für überschüssiges Kapital oder Arbeitskräfte neue Gebiete nötig seien. Die Produktionskraft eines Landes könne in der Tat so rasch wachsen, dass die Nachfrage des Binnenmarktes überschritten werde. „Diese ökonomische Sachlage bildet die Hauptwurzel des Imperialismus.“ Insofern – „sagt man uns“ – seien die auf diese Weise ausgelösten Prozesse „unvermeidlich“.

Bei näherem Hinsehen erweise sich das jedoch als eine „oberflächliche“ Betrachtung und eine „rein wirtschaftliche“ Argumentation. Was wäre denn, wenn das „konsumierende Publikum“ seinen „Konsumtionsstandard“ so steigern würde, dass er mit der Steigerung der Produktion Schritt hielte? Das ganze Überschussproblem wäre vom Tisch. Zu fragen wäre also, warum die Konsumtion unter bestimmten Bedingungen mit der Produktion nicht automatisch Schritt halte. Die Antwort bringe uns – fährt er fort – zu der „allgemeinen Problematik der Verteilung des Reichtums.“ Die „Verkehrtheit“ der gegebenen Verteilungswirtschaft müsse zugunsten des Lohneinkommens der arbeitenden Klassen und des öffentlichen Einkommens geändert werden. Die Annahme einer Unvermeidlichkeit imperialer Expansion sei mithin ein Trugschluss. „Die Triebkräfte des Klasseninteresses, die diese verkehrte Welt erzeugen, haben wir erklärt. Keine Heilmethode wird helfen, solange sie das Wirken dieser Kräfte auch künftig gestattet. Es ist zwecklos, den Imperialismus oder den Militarismus als politisches Mittel oder politische Konzeptionen zu bekämpfen, wenn nicht die Axt an die wirtschaftliche Wurzel des Baumes gelegt wird.“¹⁴

Hier musste verkürzt werden. Der reformistische Gesamtansatz Hobsons, der nicht nur von Lenin kritisiert wurde, bleibt unberücksichtigt. Aber der prinzipielle Charakter dieser Argumentation gegen das fatalistische Unvermeidlichkeitspostulat imperialistischer Politik, das Insistieren auf einer rationalen, also sozialistischen Alternative, das Sprengen der Grenzen klassenmäßig bedingter empiristischer Sachlogik ist von größter Aktualität. Hobson steht hoch über

¹⁴J. A. Hobson, *Der Imperialismus*, Köln, Berlin 1968, S. 85 - 103.

dem Denkhorizont der heutigen, ehemals reformistischen Sozialdemokratie, für die selbst die Thematisierung der Verteilungsverhältnisse tabu ist.

Interessant ist nun, wie Lenin, der die Arbeit Hobsons gründlich analysierte, dieser Argumentation begegnet. Anderthalb Jahrzehnte später und angesichts der Realität eines imperialistischen Weltkrieges war für ihn die Überwindung der kapitalistischen Ordnung keine Frage einer fernen Zukunft. Sein Problem war, die geistigen Voraussetzungen einer systemsprengenden Praxis zu klären. Ihm ging es nicht mehr nur darum, die Existenz und den Charakter imperialistischer Verhältnisse kritisch darzustellen, sondern Illusionen und Halbheiten der vorhandenen Kritik aufzudecken. Die Kernfrage einer Kritik des Imperialismus sei die nach der Möglichkeit einer grundlegenden Änderung durch Reformen, also einer Abstumpfung der Widersprüche oder ihrer Verschärfung und Vertiefung. Deshalb legte er den Akzent der Argumentation auf den Nachweis des gesetzmäßigen, notwendigen Charakters des Imperialismus „als Ganzes“, als einer „bestimmte(n) Entwicklungsstufe des höchstentwickelten Kapitalismus“. Deshalb vertrat er die Auffassung von der „Unvermeidlichkeit des Imperialismus und seines endgültigen Sieges über den friedlichen Kapitalismus in den fortgeschrittenen Ländern der Welt“.¹⁵ Die Konsequenz war die Orientierung auf eine grundsätzliche gesellschaftliche Alternative.

Und deshalb war ihm Hobsons Kritik am Unvermeidlichkeitspostulat imperialistischer Praxis suspekt. In der Annahme, die benannten Missstände seien auf dem Boden kapitalistischer Verhältnisse vermeidbar, nicht alternativlos, sah er eine reformistische Illusion. Hobson habe Kautsky vorweggenommen, „indem er sich gegen die Unvermeidlichkeit des Imperialismus wandte und sich auf die Notwendigkeit berief, die Konsumtionsfähigkeit der Bevölkerung zu heben (unter dem Kapitalismus!)“.¹⁶ „Das Herrschaftsverhältnis und die damit verbundene Gewalt ... das ist es, was aus der Bildung allmächtiger wirtschaftlicher Monopole unvermeidlich hervorgehen musste ...“.¹⁷

In diesen Debatten ging es um Selbstverständigungsprozesse der Linken angesichts einer tiefgreifenden Zäsur in der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft. Die Frage nach der Vermeidbarkeit oder Unvermeidlichkeit von Monopolkapitalismus und Imperialismus war zwar im philosophischen Vorfeld sozialistischer Praxis angesiedelt, sie betraf jedoch ein zentrales Paradigma bürgerlicher Apologetik. Durch die weltanschauliche Naturalisierung der diese Gesellschaft tragenden Beziehungen und Prozesse wird deren historisch

¹⁵ Lenin, Werke, Bd. 22, a.a.O., S. 102 f.

¹⁶ Lenin, Werke, Bd. 22, a.a.O., S. 293.

¹⁷ Lenin, Werke, Bd. 22, a.a.O., S. 211.

entstandener und vergänglicher Charakter geleugnet. Sie sollen gegen unerwünschte Eingriffe immunisiert werden. „Ideologie lässt Geschichte zu einer zweiten Natur gerinnen, indem sie diese als spontan, unvermeidlich und unabänderlich darstellt ... Universalisierung ebenso wie Naturalisierung sind Teil der enthistorisierenden Stoßkraft von Ideologie, die stillschweigend leugnet, dass Vorstellungen und Überzeugungen spezifisch für eine bestimmte Zeit, einen bestimmten Ort oder eine Gesellschaftsgruppe sind.“¹⁸

Zugleich wird so konkreten Prozessen das Odium ihrer Bedingtheit durch Gruppen- und Klasseninteressen genommen. An deren Stelle treten in der Vorstellungswelt allgemeine, neutrale, anonyme Mechanismen, Erfordernisse und Zwänge. Und das verbindet die damaligen Debatten mit aktuellen Positionen. Im Zentrum der heutigen Beschwörung schicksalhafter Zwänge steht die unheilige Allianz von Globalisierung und Neoliberalismus, das Postulat der uneingeschränkten Herrschaft eines sich selbst regulierenden Marktes als Garant von Freiheit und Wohlstand.

Marxistische Kritik unterscheidet zwischen der Objektivität ökonomischer Prozesse und den wirtschaftspolitischen Folgerungen, die aus ihnen abgeleitet werden. Zu bestreiten ist die Unvermeidlichkeit und Alternativlosigkeit von Folgerungen, die von einem bestimmten Standpunkt aus, den Interessen und Bedürfnissen bestimmter Gruppen entsprechend, aus objektiven Gesetzen abgeleitet werden. Die infolge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts beträchtlich steigende Arbeitsproduktivität ist eine objektive Gegebenheit. Wie mit der daraus entspringenden freien Zeit politisch umgegangen wird, hängt vom Charakter der Kräfte ab, die über die dazu erforderliche Macht verfügen. Um diesen Blickwinkel, diese Einflussfaktoren und die Rolle politischen Willens zu vertuschen, werden die entsprechenden Entscheidungen und Aktivitäten mit dem Nimbus der alternativlosen Reaktion auf eindeutige Zwänge umgeben. Wer die Macht hat, bestimmt, was Zwänge sind. „Die Naturalisierung der Wirtschaft ist der eigentliche Trick der neoliberalen Ideologie.“¹⁹

x x x

Die derzeitige Renaissance der Imperialismusbegriffs geht einher mit einer Revitalisierung des Ideologiebegriffs. Beides ist natürlich auf reale Prozesse zurückzuführen. Die von der Postmoderne in die noch relativ heile Welt der siebziger und achtziger Jahre gesetzte Parole eines neuerlichen *Endes der Ideologie* hat sich als kurzschlüssig, als Ideologie erwiesen. Der globale Höhenrausch

¹⁸T. Eagleton, *Ideologie*, Stuttgart, Weimar 1993, S. 72 f.

¹⁹J. Ziegler, *Die neuen Herrscher der Welt*, München 2003, S. 52 f.; 55.

imperialistischer Aktivitäten nach der Zäsur von 1989/92, verbunden mit einer erzwungenen weltpolitischen Umorientierung, das Aufbrechen neuer Konflikte und Fronten im Kontext der Globalisierung und die Verschärfung sozialer Widersprüche als Resultat des neoliberalen Durchmarsches seien als Stichworte genannt.

Die heutige ideologische Physiognomie dieses Systems in den europäischen Hauptländern weist in gewisser Hinsicht Symptome des Übergangs auf. Auf der einen Seite sind Merkmale jenes ideologischen Massenbewusstseins, die sich in der Blütezeit des Fordismus und des Sozialstaates auf der Grundlage sozialer Umschichtungen und der Systemauseinandersetzung herausgebildet haben, nach wie vor prägend: die relative Zufriedenheit politisch relevanter Bevölkerungskreise sowie Mechanismen der sozialen Kontrolle und der Erlangung von Zustimmung zur herrschenden Politik und dem gegebenen System, die nicht vordergründig auf einer ideologischen Mobilisierung im engeren Sinne beruhen.

Es ist nicht zu leugnen, dass die kapitalistische Gesellschaft in dieser Zeit Methoden der Legitimierung hervorgebracht hat, die eine kräftige Ergänzung herkömmlicher ideologischer Rechtfertigung darstellen. Das System scheint von selbst zu funktionieren. Die Auffassung, das Ende der *Meta-Erzählungen*, der *Groß-Ideologien* sei gekommen, wird nicht nur von ihren postmodernen Protagonisten geteilt. Ideologie sei ihrem Wesen nach eine Sache der Bedeutung, schreibt Terry Eagleton. Die Verfassung des fortgeschrittenen Kapitalismus aber zeichne sich durch eine alles durchdringende Nicht-Bedeutung aus. Die Macht des Nützlichen und der Technologie entzieht dem sozialen Leben seine Bedeutung, indem sie den Gebrauchswert dem leeren Formalismus des Tauscherts unterordnet.²⁰

Auf der anderen Seite mehren sich Anzeichen tiefer Verunsicherung und des Rückgangs der Wirkungen traditioneller Muster der Identifikation mit dem Gegebenen. Konservative Kreise fordern eine Aufkündigung des Nachkriegskonsenses und eine neue geistige Wende. „Indiz für die zunehmende ideologische Aufladung der sozialen Konflikte nach einer langen Periode relativ gesicherter Reproduktion ist, dass die Systemfrage erneut gestellt wird.“²¹

Und so wenig in Abrede zu stellen ist, dass die das 19. und 20. Jahrhundert prägenden Groß-Ideologien (Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus u.a.) sowohl in ihrer Beschaffenheit und Gestalt als auch im Ausmaß und der Art ihrer Wirkung beträchtliche Modifikationen aufweisen, verschwunden sind sie

²⁰Siehe T. Eagleton, *Ideologie*, a.a.O., S. 48.

²¹S. Herkommer, *Metamorphosen der Ideologie*, Hamburg 2004, S. 10.

ganz und gar nicht. Der Neoliberalismus, die verschiedenen Fundamentalismen oder der heutige Rassismus sind keine ideologischen Kleinigkeiten. Festzustellen ist auch eine deutliche Belebung ideologischer Aktivitäten im klassischen Sinne. Die Verschärfung sozialer Widersprüche, die zwar bislang eine noch nicht politisch relevante Minderheit betreffen und noch keine angemessene praktisch-politische Artikulation gefunden haben, ruft auf Seiten der Herrschenden Bemühungen um eine vorbeugende Neutralisierung durch ideologische Aktivitäten hervor.

Einige Faktoren, die von konstituierender Bedeutung für das derzeitige ideologische Panorama sind, sollen skizziert werden.

- An der Spitze steht die fortgesetzte und gewissermaßen erweitert reproduzierte Fetischisierung, der Fetischismus der Warenproduktion, jene Verkehungen und Verschleierungen, die aus der objektiven Beschaffenheit von Erscheinungsformen kapitalistischer Produktions- und Verteilungsverhältnisse hervorgehen und sich im gewöhnlichen Bewusstsein der Produktionsagenten als *Gang und gäbe Denkformen* niederschlagen.²² Herkommer spricht von der unverminderten Wirkung einer „Stufenfolge der Mystifizierung“ von der Warenform über das Geld und das Kapital bis zur „Trinität der Wertquellen“.²³ Aktueller Höhepunkt des Zusammenwirkens der unmittelbaren spontanen Reproduktion objektiver Erscheinungsformen der kapitalistischen Produktionsweise mit organisierter Ideologieproduktion ist die neoliberale Apotheose des Marktes. Der Neoliberalismus kann sich „auf eine Art religiösen Glaubens an die Allmacht der Marktgesetze“ stützen, auf die „quasi-religiöse Unterwerfung unter die höhere Macht des Marktes“²⁴. Marktabhängigkeit des persönlichen Lebenslaufes wird als Schicksal empfunden.
- Große Bedeutung für die Hinnahme gesellschaftlicher Geschehnisse unter den derzeitigen Bedingungen haben gravierende Tendenzen psychischer Destabilisierung als Resultat von Krisenerfahrungen, die weder praktisch noch geistig bewältigt werden. Das Gefühl des Ausgeliefertseins an unbeherrschbare Krisenprozesse im Resultat tiefgreifender Strukturveränderungen für bestimmte Schichten der Gesellschaft, individuelle und Massenarbeitslosigkeit, die Zerstörung von Lebenszusammenhängen, soziale Ausgrenzung und Vereinzelung führen umso stärker zur Aushöhlung des

²²Siehe Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 557 ff.; Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 822 ff.; K. Marx, Theorien über den Mehrwert, 3. Teil, Berlin 1962, S. 451 ff.

²³Siehe S. Herkommer, Metamorphosen der Ideologie, a.a.O., S. 84 ff.

²⁴K. G. Zinn, Ideologie als materielle Macht, in: J. Bischoff (Hrsg.) u.a., Das Ende des Neoliberalismus, Hamburg 1998, S. 48.

Selbstbewusstseins und zur Schwächung personaler Identität, je mehr sie auf Dauer wirken.²⁵

- Eine politisch wirksame Krisenverarbeitung wird zusätzlich erschwert und behindert durch soziale Differenzierungen. Die Kluft zwischen Arm und Reich und die kaltschnäuzige Ausgrenzung und Diskriminierung sozial Schwacher und Bürger mit Migrationshintergrund vertieft Spaltungen und mentale Gegensätze, sie wirkt entsolidarisierend. Das System ist durchaus in der Lage, denen, die es in Gang halten, materielle Vorteile zu verschaffen. Die ideologisch lähmende Wirkung der neoliberalen Restauration beruht nicht zuletzt darauf, dass sie im Vermögensbesitzer eine soziale Basis findet, wozu keineswegs nur Angehörige der herrschenden Klassen im engeren Sinne gehören. Protest und Auflehnung der sozial Schwachen, der sogenannten Unterschichten, werden dadurch gelähmt, dass die herrschende öffentliche Meinung bei einer Mehrheit Resonanz findet, die auch von solchen Gruppen getragen wird, die zwar nicht zu den direkten Nutznießern des Neoliberalismus zählen, deren sozialer Status und Standard jedoch zur Zeit nicht in Frage gestellt wird.

Mit der allabendlichen Börsen-Kunde wird eine „neue Dimension in der Verschleierung gesellschaftlicher Realitäten erreicht“. Neoliberale Ideologie soll als Realität erscheinen. Gegenwartseinschätzungen und Zukunftserwartungen sollen an der Entwicklung der Börsenindizes orientiert werden.²⁶ *Du hast zu denken wie ein Aktionär*, lautet die Botschaft. „Die Wirkung des Neoliberalismus als spezifische Religion des Alltagslebens des entfesselten Kapitalismus wird mit den beiden zusammenhängenden Formeln erfasst: *Alle Macht den Märkten* und *Führe dich selbst*. Die gesamte Welt der Lohnarbeitsgesellschaft wird in einen breitgefächerten Prekarisierungsstrom hineingezogen. Die sich beständig verstärkende Unsicherheit soll über Eigenvorsorge und aktives Selbstmanagement überwunden werden, was freilich die Strukturen der Gesellschaft weiter auflöst.“²⁷

- Einen nicht unbedeutenden Platz im Ensemble der Faktoren, die das ideologische Gepräge des heutigen entwickelten oder späten Kapitalismus beeinflussen, sind Deformationen des Politischen. Die Funktion traditioneller politischer Institutionen beschränkt sich in immer stärkerem Maße darauf, die tatsächlichen Machtverhältnisse, Entscheidungszentren und Herrschaftsstrukturen zu verschleiern. Parteien, Parlamente und Wahlen führen

²⁵Siehe W. Seppmann, *Dialektik der Entzivilisierung*, Köln 1995.

²⁶Siehe K. Unger, *Denken wie ein Aktionär*, in: *junge welt* vom 14.03.2003.

²⁷J. Bischoff, *Neoliberalismus als Religion?*, in: J. Bischoff, J. Hirsch, K. G. Zinn, *Globalisierung, Neoliberalismus, Alternativen*, Supplement der Zeitschrift *Sozialismus*, Heft 12/2003, S. 25 f.

ihr herkömmliches Eigenleben weiter, obwohl sie spätestens seit der staatsmonopolistischen Innovation des Kapitalismus von ganz anderen Mächten und Kräften kontrolliert werden. Sie manifestieren Ohnmacht realen Problemen gegenüber und verstärken politische Entfremdung.

Politik müsse heute „mehr denn je auch mit Blick auf die Finanzmärkte formuliert werden“, fordert der ehemalige Vorstandssprecher der Deutschen Bank. Neben den Medien hätten die Finanzmärkte „quasi als fünfte Gewalt ... eine wichtige Wächterrolle übernommen“. Was „so schlecht nicht sei“, da ein Interessengegensatz zwischen den Zielen der Finanzmarktteilnehmer und den Zielen der Politik ohnehin nicht mehr gegeben sei.²⁸ Wobei der Finanzmarkt hier nur stellvertretend für die Vielzahl von Kanälen erwähnt wird, die das Diktat der Wirtschaft über die Politik, das heißt die Realisierung der Klasseninteressen des Monopolkapitals unter den Bedingungen der Globalisierung und der neoliberalen Hegemonie vermitteln.

Vollendet und zugleich schmackhaft gemacht werden diese Verschleierungen und Mystifizierungen durch kräftige Tendenzen einer Ästhetisierung herrschender Politik. Politik wird als Unterhaltung inszeniert. Politisches Geschehen wird selbst zur Inszenierung, rückt in die Nähe des Show-Geschäfts. Maßgebend für beabsichtigte Wirkungen werden ästhetische Kategorien. Politik muss gefallen, Spannung oder Harmoniegefühle erzeugen. Es handelt sich dabei um eine Begleiterscheinung oder Konsequenz des Ineinandergreifens von Mediengesellschaft, wissenschaftlich-technischen Umwälzungen, der Dominanz des Bildes in der Fernseh-Kommunikation und zunehmender Verselbständigung politischer Institutionen gegenüber realen Problemen von Gesellschaft und Welt.

Ästhetische Strategien treten als Kompensation für den Verlust von Gewissheit und Eindeutigkeit politischer Prozesse auf den Plan.²⁹ Der Neue Imperialismus bringt eine neue Irrationalität hervor. Verhängnisvolle Tendenzen einer Senkung des intellektuellen Niveaus und der Entmoralisierung, der Reduktion moralischer Schamgrenzen und Tabuzonen, scheinen unaufhaltsam. „Entmoralisierung verstärkt kulturelle Widersprüche zwischen einem auf Rationalität angelegten kapitalistischem Wirtschaftssystem und anti-rationalen Verhaltensweisen, die mit der Vermarktung der Sexualität, des Konsums und der Gewalt verbunden sind.“³⁰

X X X

²⁸R.-E. Breuer, Die fünfte Gewalt, in: DIE ZEIT vom 27.04.2000, S. 21.

²⁹Siehe B. Guggenberger, Die politische Aktualität des Ästhetischen, Eggingen 1962, S. 29.

³⁰F. Deppe, Der neue Imperialismus, a.a.O., S. 139.

Wir hatten von Anzeichen für die Belebung ideologischer Aktivitäten als Reaktion auf neue Realitäten und Erfahrungen gesprochen. Objektive gesellschaftliche Konstellationen und Fronten sind in Bewegung geraten. Der *Klassenkampf von oben*, die *Privatisierung des Planeten*³¹ rufen Gegenkräfte hervor. Erneut ist zu verfolgen, dass ideologische Prozesse im Inneren einer gegebenen Gesellschaft in starkem Maße Impulse von den internationalen Aktionen und Strukturen imperialistischer Kräfte erhalten. Wobei sowohl diese Impulse als auch ihre Wirkungen in hohem Maße widersprüchlicher Natur sind.

Zugleich treten in den gegenwärtigen Prozessen generelle Züge der Ideologienentwicklung zutage. Es ist vor allem kein Novum, dass die Sphäre der Spontaneität als Bedingung stabiler Herrschaft in bewegten Zeiten Grenzen offenbart. Ideologien entstehen und formieren sich in der Regel an Bruchstellen und Einschnitten des politischen Geschehens, als Moment historischer Zäsuren, als Vehikel neuer sozialer Bewegungen. Die Welt der Spontaneität ist niemals nur einheitlicher Reflex der Oberfläche der kapitalistischen Ordnung. In Phasen gesellschaftlicher Instabilität bedarf es der Anreicherung, der qualitativen Auffüllung und Bestimmung durch Ideologien im engeren Sinne. Und dies gilt sowohl für jene Ideologien, die den Interessen der Herrschenden Ausdruck verleihen als auch für Ansätze oppositioneller Artikulationen.

Dass Spontaneität gegensätzlicher Natur ist, Keimform kritischer Bewusstheit sein kann, gilt nach wie vor.³² Die Stärke einer Losung wie *Eine andere Welt ist möglich!* besteht darin, dass sie als Katalysator für die Bündelung massenhafter Stimmungen und Erfahrungen zu Forderungen und Zielen dienen kann, deren Klarheit und Stabilität freilich durch Einsicht und Erkenntnis angereichert sein will. Die Einheit des gesellschaftlichen Bewusstseins einer Zeit³³ realisiert sich über die Wechselwirkung gegensätzlicher Momente, über Diskontinuität und Ungleichzeitigkeiten.

Anders formuliert, in Anknüpfung an aktuelle ideologietheoretische Überlegungen: Die „Systematisierung von Formen des Alltagslebens“, als die Joachim Bischoff Ideologie versteht,³⁴ oder die Verwurzelung der „expliziten Ideologien“ im „alltagspraktisch geprägten Bewusstsein“³⁵ – all diese Beziehungen weisen mehrfache Vermittlungen auf. Im Folgenden sollen einige

³¹Siehe J. Ziegler, *Die neuen Herrscher der Welt*, a.a.O., S. 284.

³²Siehe W. I. Lenin, *Werke*, Bd. 5, Berlin 1955, S. 385.

³³Siehe T. Metscher, *Der Zerfall des Bewusstseins in der imperialistischen Gesellschaft*, in: *Marxistische Blätter*, Heft 05/2005, S. 27.

³⁴Siehe J. Bischoff, *Neoliberalismus als Religion*, a.a.O., S. 27.

³⁵Siehe T. Metscher, *Der Zerfall des Bewusstseins ...*, a.a.O.

dieser Vermittlungen, dieser Knotenpunkte der Dialektik von Spontaneität derzeit hegemonialer Ideologiebildung, dargestellt werden.

- In die jeweilige aktuelle Ausbildung gesellschaftlich relevanter ideologischer Konzepte, Denkschemata oder Argumentationsmuster gehen in der Regel historisch akkumulierte und durch die Totalität der gesellschaftlichen Verhältnisse geprägte Klassenerfahrungen ein. Der Antikommunismus zum Beispiel ist nicht einfach nur eine Systematisierung von Alltagsbewusstsein, so viele Synthesen es auch geben mag. Er hat vielmehr eine durch die Klassenkämpfe des 19. und 20. Jahrhunderts geprägte Geschichte, die unter den jeweils gegebenen Bedingungen Aktualisierungen erfährt. Die historische Kontinuität des Antikommunismus vor und nach 1989/92 belegt – nicht selten auch hinsichtlich ihrer maßgebenden Protagonisten – die offenbar unverzichtbare Funktion dieser Ideologie für die Aufrechterhaltung der Kapitalherrschaft. Er dient der sozialen Disziplinierung. Werner Hofmann hatte ihn 1967 als „Feldzeichen der christlich-abendländischen Kultur und Zivilisation“ charakterisiert.³⁶ Langthaler und Pirker zeigen übereinstimmende und unterschiedliche Momente der Synthese von Antikommunismus und Totalitarismus-Doktrin im Wandel des letzten halben Jahrhunderts. Gegenwärtig müsse von einem *präventiven Antikommunismus* die Rede sein, mit welchem „einem Comeback des Kommunismus begegnet werden“ solle.³⁷

Zu erinnern wäre auch an die konkrete Herleitung der Ideologie des faschistischen Irrationalismus aus den Besonderheiten der deutschen Geschichte – insbesondere des 19. Jahrhunderts. Lukács wusste präzise zu differenzieren zwischen objektiven Ausgangspunkten dieser Irrlehren (die alltäglichen Fetischismen der kapitalistischen Produktionsweise, Probleme des Erkenntnisprozesses, sozialpsychologische Eigentümlichkeiten) einerseits und der klassenbewussten Reaktion der deutschen Bourgeoisie auf die sozialistische Herausforderung.

- In die Herausbildung ideologischer Konzepte gehen nicht nur Reflexionen über diese oder jene Seite gesellschaftlicher Verhältnisse ein, sondern auch die Verarbeitung gesamtgesellschaftlicher und epochaler Zusammenhänge. „Eine herrschende Ideologie spiegelt nicht nur die Weltanschauung der Herrschenden wider, sondern auch das Verhältnis zwischen den regierenden und den beherrschten Klassen in der Gesellschaft als Ganzes.“³⁸ Dieser Satz des britischen Literaturwissenschaftlers Terry Eagleton aus dem

³⁶W. Hofmann, *Stalinismus und Antikommunismus*, Frankfurt a.M. 1969, S. 188 f.

³⁷W. Langthaler, W. Pirker, *Ami go home*, Wien 2003, S. 132.

³⁸T. Eagleton, *Ideologie*, a.a.O., S. 144.

Jahre 1991 erinnert an einen sehr ähnlichen Text von Lenin in seinem 1902 erschienenen ideologietheoretischen Hauptwerk, der die Notwendigkeit einer sozialistischen Ideologie angesichts prinzipieller Grenzen eines spontanen Bewusstseins betont: „Das Bewusstsein der Arbeitermassen kann kein wahrhaftes Klassenbewusstsein sein, wenn die Arbeiter es nicht an konkreten und außerdem unbedingt brennenden ... politischen Tatsachen und Ereignissen lernen, jede der übrigen Klassen der Gesellschaft in allen Erscheinungen des Lebens dieser Klassen zu beobachten.“³⁹

- Ideologische Positionen ergeben sich stets im Verlaufe konkreter Auseinandersetzungen, in Frontstellung zu kontroversen Auffassungen. Sie haben sich gegen herrschende Ideen durchzusetzen oder zu behaupten. Ideologien „konstituieren sich ... durch die Ideologie ihres Antagonisten“.⁴⁰ Dieser Ideenkampf vollzieht sich keinesfalls nur im Rahmen spontanen Bewusstseins, er bedarf des Einsatzes der Ideologen, der professionellen Denker, der Kenntnis und des Ausschöpfens der Geschichte des Denkens.
- Herrschende Ideologien dienen nicht nur der Lähmung oder Fehlleitung widerständigen Bewusstseins, sie sind darüber hinaus auf die Verständigung innerhalb der herrschenden Klasse selbst angelegt. Und auch die dazu erforderlichen Aktivitäten setzen in einer arbeitsteiligen Klassengesellschaft Diskurszusammenhänge voraus, die über die Sphäre der Spontaneität hinausgehen.

In diesem Kontext ist auf derzeit grassierende affirmative (zustimmende, bestätigende) Imperialismus-Konzepte zu verweisen. Es handelt sich beispielsweise um Konzepte, welche die imperiale Politik Washingtons rechtfertigen und sie wirtschafts-, geo-, oder rein machtpolitisch zu begründen bemüht sind. Aufgabe imperialer Politik sei es, „die Überlegenheit des imperialen Raumes gegenüber seiner Umwelt sicherzustellen und ... diesen Raum gegen Angriffe von außen zu sichern“.⁴¹ Den USA müssten Sonderrechte eingeräumt werden, da sie allein die Macht hätten, das Völkerrecht überall durchzusetzen, auch militärisch. Mit den Kriegen gegen Serbien und den Irak hätten sie einen „Impuls zur Fortschreibung des Völkerrechts gegeben. Schade nur, dass sie niemand dafür lobt.“⁴²

³⁹W. I. Lenin, Werke, Bd. 5, a.a.O., S. 246.

⁴⁰T. Eagleton, Ideologie, a.a.O., S. 120.

⁴¹H. Münkler, Imperien, Berlin 2005, S. 233.

⁴²V. Gerhardt, Ein Vetorecht nur für Amerika, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 06.07.2003.

Gängig sind auch so genannte Strategiepapiere, Positionsbestimmungen politischer Ziele durch Berater oder Organisationen wie die das Konzept gerechter Kriege aktualisierende Erklärung *What we're fighting for* vom April 2002, die 60 amerikanische Intellektuelle unterzeichnet haben, von denen ein Viertel das Amt von Präsidenten oder Direktoren bestimmter Fonds, Zentren oder Assoziationen bekleiden.

Derartige Denkfabriken, die sogenannten Think Tanks, sind in den letzten Jahren in zunehmendem Maße Gegenstand analytischer und kritischer Aufmerksamkeit geworden. Sie können als Zentren organisierter Ideologieproduktion angesehen werden, als „Hegemonieapparate im Kampf um die öffentliche Meinung“⁴³, neben den traditionellen Institutionen zur Bereitstellung von parteilichem Wissen. Sie sind nach Tobias Bader „einer bestimmten Partei/Interessengruppe und damit einer eindeutig festzumachenden Weltanschauung oder Ideologie verhaftet“.⁴⁴ Zunehmend lässt sich ihre privatwirtschaftliche Struktur – und mithin ihre Profitorientiertheit –, also die Konkurrenz von ideologieproduzierenden Gebilden um finanzkräftige Sponsoren feststellen, eine den Irrationalismus imperialistischer Bewusstseinsentwicklung zweifellos befördernde Perspektive.

Wesentlich ist, dass in den Think Tanks die Lokalisierung bürgerlicher Ideologieproduktion und ihre Zuordnung zu bestimmten sozialen Subjekten manifest wird. Es geht nicht nur um die Geldgeber wie Unternehmerverbände, Banken, Fonds, Stiftungen etc. Hinzu kommt die personelle Repräsentanz bestimmter Vertreter des großen Kapitals in den verschiedensten Vereinigungen, womit deren Verflechtung und Koordination belegt ist. „Ungeachtet scheinbar unterschiedlicher Stellungnahmen bilden die Produzenten der herrschenden Ideologie eine relativ homogene Gruppe ...“, schreibt Pierre Bourdieu und spricht von „Reflexionsgruppen aus hohen Militärs, Wirtschaftsleuten und Absolventen der Grand Ecoles“ als „Orten an der Schnittstelle zwischen intellektuellem Feld und Feld der Macht, also dort, wo aus der Sprache Macht entsteht ...“.⁴⁵

Interesse verdient zudem der theoretische Ansatz, die internationale Struktur und Wirksamkeit derartiger Institutionen als Moment transnationaler Klassenformierungsprozesse zu beleuchten. Bei allen Konflikten innerhalb der USA und zwischen Europa und Nordamerika verfügen „die herrschenden

⁴³D. Plehwe, B. Walpen, Buena Vista Neoliberal?, in: K.- G. Giesen (Hrsg.), *Ideologien in der Weltpolitik*, Wiesbaden 2004, S. 55, 57.

⁴⁴T. Bader, *Neokonservatismus, Think Tanks und New Imperialism*, Köln 2005, S. 117.

⁴⁵P. Bourdieu, *Interventionen*, Bd. 2, Hamburg 2003, S. 9 f.

Klassen ... über einen (neoliberalen) Grundkonsens“, der den sozialliberalen Grundkonsens der Nachkriegszeit abgelöst hat.⁴⁶ Es handelt sich offenbar um die ideologische Flankierung von „Keimformen eines globalen staatsmonopolitischen Regulierungssystems im Interesse der transnationalen Konzerne“.⁴⁷ Hinsichtlich der Perspektiven und des Reifegrades transnationaler Klassenformierungsprozesse sind gewiss noch viele Fragen zu klären. Unstrittig jedoch dürfte sein, dass sich Elemente einer internationalen Übereinstimmung jeweiliger Klasseninteressen der Monopolbourgeoisie und längst gegebener ideologischer Gemeinsamkeiten wechselseitig ergänzen. Anti-Islamismus, Antikommunismus, Neoliberalismus oder Rassismus sind keine nationalen Erscheinungen.

Autor: Prof. Dr. Erich Hahn,
Mitglied der Leibniz-Sozietät e.V.

⁴⁶D. Plehwe, B. Walpen, Buena Vista Neoliberal?, a.a.O., S. 53.

⁴⁷W. Gerns, Lenins Imperialismustheorie und heutiger Kapitalismus, in: Marxistische Blätter, Heft 03/2000, S. 64.

Horst-Dieter Strüning

Zum Menschenbild des Neoliberalismus: der *homo oeconomicus*

Problemformulierung

Die Sirenen der neoliberalen Ökonomie, bemerkt R. Rilling,¹ „locken mit Konsumismus und der großen Reduktion von Komplexität“, sie zeigen, fährt er fort, die „Krise des seit der weltpolitischen Wende von 1989/90 dominierenden Neoliberalismus. Die Sirenen der Ökonomie repräsentieren eine „aktuelle Zeit“, in der auf neue Weise zwei wesentliche gesellschaftliche Prozesse zusammengehen; und zwar die „maßlosen Dynamiken einer entfesselten Ökonomie“ einerseits mit „einer von Kriegskalkülen geprägten“, das heißt „neu entgrenzenden und entgrenzten Politik“ andererseits. In diesem auf die durch den 11. September ausgelöste Fusion von „totalem Markt und totalem Krieg“ bzw. von „Terror der Ökonomie und der Gewalt des Militärs“ abzielenden Zusammenschluss sind zugleich anthropologische Bilder konstituiert worden, die ihren ökonomistischen und aggressiv-militanten Ursprung nicht verheimlichen können und die globalen wirtschaftlichen und politischen Interessenlagen der neoliberalen herrschenden Klasse zum Ausdruck bringen.

Ideologischen Lehren, (religiösen) Weltanschauungen, aber auch den Gesellschaftswissenschaften mit Einschluss der Ökonomie liegen immer bestimmte Menschenbilder, implizit oder explizit ausformuliert, zugrunde. Menschenbilder sind Vorstellungen, die sich Menschen von einzelnen Menschen, auch von sich selber, von mehreren und von *dem* Menschen überhaupt machen. Es sind Vorstellungen von dem, was der Mensch *ist*, was er *kann* und was er *soll*.² Menschenbilder heben gewisse Eigenschaften und Aspekte beim Blick auf den Menschen hervor und bündeln sie. Gleichzeitig schließen sie aber auch alle anderen denkbaren Aspekte aus. Sie vermitteln uns Perspektiven, mit denen wir bestimmte Entitäten sehen sowie andere ausblenden; sie haben eine selegierende und repräsentierende Funktion, insofern sie Vereinfachungen der objektiven Realität, nicht deren tatsächliche Kopien darstellen.³

¹ R. Rilling, Über die Sirenen der Ökonomie, in:
<http://www.rainer-rilling.de/texte/sirenen.html>, S. 9.

² Siehe Mueller Science, Psychologie der Menschenbilder, in:
<http://www.muellerscience.com/PSYCHOLOGIE/Allgemeine/einzel...>, S. 1 f.

³ Siehe P. Schmid, Menschenbilder und ihre Wirkung, in:
<http://pfs-online.at/papers/paper-ibk.htm#text>, S. 3.

Menschenbilder leiten aufgrund ihres normativen Charakters unser Handeln an, beziehen sich darauf, wie der Mensch sein bzw. wie er sich verhalten soll. Der normative Charakter der Menschenbilder fußt auf mehr oder weniger schweren ontologischen Annahmen über das Wesen oder die Natur des Menschen. Nicht minder versuchen Menschenbilder unser Verhalten zu erklären, insofern sie sich durch eine explikativ-normative Doppelfunktion⁴ auszeichnen. Menschenbilder dienen als Vor- oder Leitbilder für Sozialisations- und Bildungsprozesse über Rechtspolitik bis hin zu individuellen Lebensentwürfen und -stilen, auf kollektiver und individueller Ebene gleichermaßen.⁵ Menschenbilder haben nicht nur eine regulierende Funktion im Erkenntnisprozess und in der Praxis; sie konstituieren⁶ auch in der Vermittlung von der Theorie zur Praxis menschliche Realität, Wirklichkeiten nach Menschenmaß.

Es wäre inadäquat, wollten wir Menschenbilder als isolierte Instrumente der Weltdeutung und Wirklichkeitsorientierung sehen. Es gibt nämlich auch eine andere Klasse von Vorstellungen, die unsere Weltdeutung leiten, die Weltbilder. Diese beiden Vorstellungsklassen hängen miteinander auf mannigfache Weise zusammen und bestimmen auch andere Bilder, wie Natur- und Gesellschaftsbilder oder Geschichtsbilder. Neben dem homo flexibilis ist das Menschenbild des homo oeconomicus (HO) die andere supplementäre Hauptversion der neoliberalen Anthropologie. Während der HO im Folgenden zur kritischen Würdigung ansteht, verweisen wir beim homo flexibilis auf R. Sennetts anregende Darstellung. Zunächst skizzieren wir in Grundzügen das komplexe, nicht leicht auf den Begriff zu bringende Phänomen des Neoliberalismus, der begründungstheoretisch die Konstitutionsebene des HO bildet.

Neoliberalismus in Grundzügen

Unter Neoliberalismus (NL) verstehen wir das Konzept der entfesselten Marktwirtschaft des gegenwärtigen globalen Kapitalismus. Von seinen Verteidigern wird er als alternativloses, erfolgreiches Wirtschafts- und Gesellschaftskonzept angepriesen, das mindestens drei relevante Werte vermitteln soll. Zum einen das Streben nach Nutzenmaximierung, zum anderen das Interesse an wirtschaftlichem Erfolg. Schließlich lässt er sich durch einen unerschütterlichen, quasi-religiösen Glauben an das harmonische Wirken der

⁴ Siehe B. Siebenhüner, Homo sustinens als Menschenbild für eine nachhaltige Ökonomie, in: <http://www.sowi-online.de/journal/nachhaltigkeit/siebenhuemer.htm>, S. 1.

⁵ Siehe Uniforschung, Die Deutungshoheit im Selbstverständnis. In der Tradition der Marburger Aufklärung: ein Theologe und ein Philosoph im Gespräch über *Orientierungsleistungen von Menschenbildern*.

⁶ Siehe P. Schmid, a.a.O.

Marktkräfte charakterisieren, wonach der Markt bei einer gegebenen Anzahl von gegenläufigen Einzelinteressen es vermag, alle auf das Gemeinwohl zu orientieren. Entsprechend neoliberaler Prinzipien sind ökonomische und sozialpolitische Interventionen genau dann erlaubt, wenn sie mit den Standards der Marktkonformität, der Wettbewerbssicherung und der Wahrung der Freiheit der Wirtschaftssubjekte kompatibel sind.

Ziel des Liberalismus, einschließlich seiner neoliberalen Variante ist es, materielle Güter unter der autonomen Entscheidungsträgerschaft des Individuums zu vermehren. Dabei führt die Vermehrung materieller Güter zu einer wachsenden Umverteilung der gesellschaftlich geschaffenen Werte von unten nach oben und zu einer zunehmenden sozialen Zerklüftung zwischen Arm und Reich. Soziale Ungleichheit dokumentiert sich im Fehlen einer gerechten Ressourcenausstattung der Marktteilnehmer. Der NL ist primär keine bloße wirtschaftswissenschaftliche Theorie, sondern seit den 80er Jahren eine hegemoniale Theorie, „herrschendes Paradigma“, das heißt ein umfassendes Konzept der Herrschaftsausübung in den führenden Industriestaaten. Er zielt darauf ab, alle gesellschaftlichen Bereiche mit den marktwirtschaftlichen Mechanismen vollständig zu durchdringen.⁷

Neoliberale Globalisierung ist mehr als nur eine maßlose Veränderungen der Theorie und Praxis in der weltweiten gegenwärtigen Ökonomie und Politik. Sie ist zunehmend zugleich auch herrschendes kulturelles Paradigma. Der NL ist nicht zuletzt deshalb so stabil, weil er auf kulturellem Gebiet, insbesondere im welthistorischen Umbruch der 90er Jahre, relativ erfolgreich war. Das heißt er hat sich fest in den Köpfen, Alltagsabläufen und Institutionen wie Schule, Universität oder Betrieb verankert. Die neoliberale Hegemonie und Kultur reichen bis tief ins Alltagsbewusstsein der Menschen hinein, wurzeln dort, sie liefern Subjektivitäten, Kategorien und Lebensweisen. Insofern ist ihre Macht nicht auf die herrschende Klasse beschränkt. Trotz seiner antisozialen Politik beruht der NL auf aktiver und passiver Unterstützung, indem er die Interessen der subordinierten Schichten und Klassen aufgreift, gleichzeitig ihre Ziele verkehrt und sie vermarktlacht an sie zurückgibt.

Der NL ist das Politik-, Ökonomie- und Kulturprojekt von Finanzeliten, die optimale Bedingungen für Shareholders und die ungezügelte Freiheit für Vermögende zu propagieren und durchzusetzen versuchen. Im Hinblick auf die damit verbundene Massenarbeitslosigkeit und Pauperisierung nehmen sie diese billigend in Kauf. Der NL favorisiert daher das profitbegünstigende

⁷ Siehe Beutin, Lorenz Gösta, Der Mensch als Ware, in: *Historix - Die Zeitschrift der Fachschaft Geschichte*, Ausgabe 12/2002, S. 21 f.

Modell einer autoritären Marktgesellschaft, den Totalitarismus des Marktes, das Postulat des allseits verfügbaren Menschen, die Fetischisierung der Warenform, die Heiligung der Marktmacht und der Profite sowie die Entmächtigung und Delegitimierung von Politik und Staat.

Er ist seit dem welthistorischen Umbruch von 1989/90 die bestimmende *große Erzählung* der Gegenwart. Er, der sich als Projekt gesellschaftlicher Modernisierung vorstellt, forciert die Individualisierung. Soziale Entbindung ist als Qualität neoliberaler, flexibler Menschen bevorzugt. Die Freiheit des Individuums gilt als höchstes Ziel aller sozialen Einrichtungen. Neoliberale Marktgläubigkeit wird als Sachzwang ins öffentliche Bewusstsein eingeschrieben, um als unausweichliches Wirken anonymer Kräfte erscheinen zu lassen, was sich sonst als interessengeleitetes Handeln ausweisen müsste. Die Marktgesetze und die Sichtweisen der neoliberalen Ökonomen muten sakral an; sie können missionarisch verkündet, aber nicht durch Wort und Tat verändert werden.

Homo oeconomicus als dialektische Einheit von analytisch- heuristischem Modell und ontologisch-normativem Menschenbild

Zur besseren Profilierung und festeren Verankerung des Neoliberalismus in nicht ganz heimischem Terrain hat A. Suchanek auf einer Tagung der Diakonischen Konferenz versucht, eine vernünftige Interpretation des umstrittenen HO zu geben.⁸ Verfehlt sei nach ihm die Deutung des Terminus als eines normativen Menschenbildes, als eines ontologischen, realen Prädikats, und zwar im reduktiven Sinne einer Schwundstufe des homo sapiens. Obgleich diese Interpretation einem weit verbreiteten (Miss-) Verständnis des HO entspricht, sei sie nicht kompatibel mit seiner vorgeblich allein richtigen Deutung als eines ausschließlichen unverzichtbaren Mittels zur Analyse der Bedingungen gesellschaftlichen Lebens.

Suchanek wehrt die ontologische Vorstellung des HO als eines kalkulierenden, auf das Eigeninteresse ausgerichteten und wettbewerbsorientierten Wesens als nicht sinnvoll ab. Mehr als ein Modell zur Analyse von menschlichen Handlungen, Bedingungen und ihren Folgen stellt der HO nicht dar; er ist keine Beschreibung der Realität, er ist vielmehr grundverschieden davon. Der Modellbildner entscheidet, welche Details dem HO hinzugefügt und überzeichnet werden. Dafür muss er die Entscheidungen des Anwenders

⁸ Siehe A. Suchanek, Diakonie: Homo oeconomicus und Menschenbild der Diakonie. Diakonische Konferenz am 07./08.05.2004, Frankfurt a.M., in: 02/2004, Information und Materialien aus dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V., S. 9-11; 26 f.

antizipieren. Das Analysemodell HO ist daher stets zielgerichtet. Der HO sei das Modell der Ökonomie zur Beschreibung knappheitsüberwindenden menschlichen Handelns. Die Grundannahme des HO-Modells sei die Nutzenmaximierung.

Der Exilösterreicher und Ökonom F. Machlup hat eine recht plastische Bestimmung des HO gegeben, damit niemand, auch nicht der *Schwachverständige* annehme, der HO sei eine Figur aus Fleisch und Blut und stelle so einen aus dem Mutterleib geborenen Menschen dar. Er ist vielmehr „eine aus einer Gedankenretorte erzeugte abstrakte Marionette, mit bloß ein paar menschlichen Zügen ausgestattet, die für bestimmte Erklärungszwecke ausgewählt“ worden sei.⁹ Obgleich nun der HO nur eine heuristische Kunstfigur sein soll, so ist doch keineswegs zu übersehen, dass die so rudimentäre Anthropologie mit ihrem normativen Kern, dem possessiven Individualismus, im HO-Begriff keinesfalls wertneutral und nicht normativ sei, wie es auf den ersten Blick seine sparsame und formale Axiomatik suggerieren könnte.¹⁰

Mit dem St. Gallener Wirtschaftsethiker P. Ulrich halten wir das undialektische Credo des Neoliberalismus, wonach es die Ökonomik beim HO mit keinem Menschenbild zu tun habe, für ersetzbar durch die plausiblere Aussage: Auch „die reine Ökonomik ist nichts anderes als die Explikation eines Menschenbildes – des berechnenden Eigennutzenmaximierers von Thomas Hobbes, dessen Bedürfnisnatur seine Vernunft restlos instrumentalisiert“ und zur „rein ökonomischen Rationalität schrumpfen lässt“.¹¹

Wie sind wir nun zur Figur des HO gekommen? Zunächst ist von den gegenwärtigen akademischen Wirtschaftswissenschaften, die neoliberal dominiert werden, ein Zugang möglich. In den Regel liegt ihnen, ob unausgesprochen oder explizit, das Menschenbild des HO zugrunde. Im Ausgang von seinen eigenen Interessen und Bedürfnissen wägt dieser HO verschiedene Handlungsoptionen ab und verwirklicht seine Handlungsintention, deren Konsequenz mit minimalem Mitteleinsatz den größten Nutzen verspricht. Diese Verhaltensanalyse ist bekannt unter dem Titel RC-Theorie, das heißt Rational Choice-Theorie. Ihre zentralen Axiome sind das Individualismusprinzip, das auf Zielorientierung und Effizienz abstellende (Zweck-) Rationalitätsprinzip und das Eigennutzaxiom.

⁹ Siehe F. Machlup, Der Wettstreit zwischen Mikro- und Makrotheorien in der Nationalökonomie, Tübingen, S. 42 f., in: R. Biskup, R. Hasse (Hrsg.), Das Menschenbild in Wirtschaft und Gesellschaft, Bern, Stuttgart, Wien, S. 137.

¹⁰ Siehe P. Ulrich, Integrative Wirtschaftsethik, 3. Auflage, Bern, Stuttgart, Wien, S. 190 f.

¹¹ Ebenda.

Was beschreibt bzw. erklärt die RC-Theorie? Die Beantwortung dieser Frage signalisiert mögliche Grenzen der wirtschaftlich-wissenschaftlichen Konzeption vom HO. Beschrieben oder erklärt wird bestenfalls ein typisches Verhalten einer isolierten, effizienten, zielklaren und Eigennutz erstrebenden menschlichen Schruppfidentität innerhalb eines möglichen konstruierten privaten asozialen bzw. solipsistischen Mikrokosmos. Die experimentelle Wirtschaftsforschung hat schon vielfach, z.B. im Experiment des so genannten Ultimatum-Spiels, die Fruchtbarkeit der axiomatischen Setzung des individuellen Nutzenkalküls als Handlungsorientierung massiv in Frage gestellt.

So hat die Anwendung der RC-Theorie auf die Welt des homo sociologicus paradoxe Ergebnisse gezeitigt; und deswegen ist der RC-Theorie ein nur geringer explikativer und prognostischer Wert für den gesellschaftlichen Kosmos bescheinigt worden. Am Beispiel des Wählerparadoxon lässt sich – im Ausgang von dem besagten Versuch der empirischen Wirtschaftsforschung – zeigen, dass die RC-Theorie die Wahlbeteiligung eines Individuums nicht erklären kann. Entsprechend dieser Theorie entscheidet das Individuum allein über die eigene Wahlbeteiligung (Individualitätsprinzip), indem es die entstehenden Kosten gegen den zu erwartenden Nutzen abwägt. Dabei handelt es sich bei den Kosten immer um die den erwarteten Nutzen übersteigenden Fixkosten, denn die Wahrscheinlichkeit, die alles entscheidende Stimme abzugeben, ist für ein bestimmtes Individuum relativ klein. Folgerichtig muss die Partizipation am politischen Prozess, die Teilnahme im *Cosmos publicus*, als irrationales Verhalten abgetan werden. Das Wählerparadoxon – und andere Paradoxa – lassen sich genau dann lösen, wenn man in Bezug auf den *Cosmos publicus* von einem anderen Menschenbild ausgeht, zum Beispiel dem *zoon politikon* (Aristoteles), dem Menschen als *ensemble* gesellschaftlicher Verhältnisse (Marx) oder dem homo sociologicus (Dahrendorf).

Die ungeteilte oder eine mögliche dialektische Vernunft des Menschen erschöpft sich nicht in der Zweckrationalität und ökonomischen Effizienz des HO. Der vernünftig handelnde Mensch orientiert sich immer an umfassenderen, übergreifenden und durchdringenden Regulativen von Wissens- und normativen Ideen, orientiert sich immer an der Dialektik von Sein und Sollen, an objektiven Tendenzen und intersubjektiven gnoseologischen und Wertideen. Der vernünftig handelnde Mensch nimmt Maß an faktischen und zugleich normativ getränkten Phänomenen wie Solidarität, soziale Gerechtigkeit, Recht, Gleichheit, Freiheit, Frieden usw., und er nimmt Maß an durch diese Phänomene geformten Institutionen wie die einer demokratisch kontrollierten Regierung, einer unabhängigen und gesellschaftlich kontrollierten Justiz, einer lebensdienlichen ökologischen, am Gebrauchswert orientierten Marktwirtschaft usw. Es sind die gemeinsamen, den beschränkten Horizont der den

solus ipse überschreitenden objektiven und intersubjektiven Strukturen, auf die sich Mann oder Frau im gesellschaftlichen Makrokosmos in vernünftiger Weise beziehen kann und die das Handeln anderer Individuen plausibler, berechenbarer – und vielleicht auch zivilisierter oder humanen machen könnten.

Imperialismus und Ökonomismus des HO

Unter der Dominanz des globalen Neoliberalismus und des alle gesellschaftlichen Sektoren durchdringenden Shareholder-Values-Kapitalismus ist der HO, wie H. Reiners erklärt, zum „universellen Code zur Entschlüsselung menschlichen Handelns schlechthin“ geworden. Damit ist zugleich ein methodischer „Imperialismus der Ökonomen“ gemeint; denn es handele sich um eine nicht legitime „Übertragung ökonomischen Modelle auf wirtschaftsferne Themen“. Der HO mit seinem Streben nach „wirtschaftlichem Eigennutzen“ ist im neoliberalen Denkmuster zur „gesellschaftlichen Leitfigur“ geworden.¹²

Vor allem seit der welthistorischen Wende von 1989 haben sich vielerorts ein Denken und eine Haltung etabliert, die man als neoliberale Ideologie bezeichnen kann. Damit ist der Ökonomismus, der totalitäre Anspruch gemeint, „alle Lebensbeziehungen, alle Interessen der Gesellschaft und Staaten den Gesetzen des Marktes zu unterwerfen“¹³. Nun lässt sich allerdings nicht in Abrede stellen, dass der Markt für die Wirtschaft und Gesellschaft unerlässlich ist. Und innerhalb eines sozialen, an Gebrauchswerten orientierten lebensdienlichen Rahmens dürfte der Markt ausreichenden Wohlstand und ein menschenwürdiges Leben für alle möglich machen. In der Gegenwart aber scheint der unbeschränkte, globalisierte Tauschwert realisierende Markt weiter zu greifen und mehr erfassen zu wollen, als nur den ökonomischen Sektor. Seine Herrschaft scheint alles in Frage zu stellen, was bisher Gewicht und Bedeutung hatte: kulturelle und regionale Identität, nationale Souveränität, weltanschauliche und religiöse Überzeugungen und Wertorientierungen. Die am Marktmodell, das heißt die am Warenaustausch, Wettbewerb und am marktlichen Selektionsmechanismus orientierte Ökonomie scheint das einzige Koordinatensystem zu sein, das über Wert und Unwert von Ideen und Plänen, von Projekten und Orten bestimmt.

Die neoliberale Ideologie tut so, als ob es keine anderen tauglichen Maßstäbe mehr für das Zusammenleben der Menschen und auch der Völker als die ökonomische (das heißt instrumentelle) Rationalität gäbe. Dieses Denken und

¹²H. Reiners, *Der Homo oeconomicus im Gesundheitswesen*, Berlin, S. 10.

¹³F. Segbers, *Religion des Marktes. Neoliberalismus contra soziale Marktwirtschaft*, in: <http://www.ofde.de/bek-2.html>, S. 7 f.

eine Praxis, die sich daran ausrichtet, tragen Züge einer imperialistischen Ideologie, die im Begriffe ist, soziale Stabilität, Demokratie und das friedliche Zusammenleben der Menschen und Völker weltweit zu zersetzen. Angesichts dieser neoliberalen Tendenzen dürfen wir uns niemals – postuliert Franz Segbers – damit einverstanden erklären, dass das „ökonomische Denken unser ganzes Leben überwölbt.“ Und zugleich erinnert er an eine wirtschaftliche Binsen-Wahrheit, an den Basissatz: „Wirtschaft gibt es nur, weil es Menschen gibt; sie ist vom Menschen für die Menschen geschaffen. Die Wirtschaft ist ein Mittel; Zweck der Wirtschaft ist es, dafür zu sorgen, dass Güter bereitgestellt werden, die zu einem guten Leben und gerechten Zusammenleben dienlich sind. Dies ist die Logik der (sozialen) Gerechtigkeit, die an den Bedürfnissen des Menschen Maß nimmt“.¹⁴ Wer sich auf diese Logik einlässt, gewinnt Offenheit für neue Perspektiven.

Dr. Horst-Dieter Strüning,
Philosophielehrer und Friedensforscher.

¹⁴Ebenda, S. 14.

Wolfgang Scheler

Die Dominanz der Kriegsideologie in der neuen Phase des Kapitalismus

Der neue Imperialismus hat sich sehr augenfällig mit neuen Kriegen bemerkbar gemacht. Generell haben in der neoimperialistischen Politik Militärmacht und Krieg einen vorrangigen Stellenwert erhalten. Dem entspricht natürlich der ideologische Aufwand, der betrieben wird, um ihn zu begründen, zu rechtfertigen und Menschen dafür zu mobilisieren. Von daher ist leicht erklärlich, dass in der öffentlichen Meinung gegenwärtig jene Auffassungen zu Krieg und Frieden, zu Militärmacht und Sicherheit dominieren, die der neue Imperialismus ins Feld führt.

Freilich weist nicht erst der neue, sondern jeglicher Imperialismus eine große Affinität zu militärischer Gewalt und Krieg auf. Wir wissen das spätestens seit dem Erscheinen des kapitalistischen Imperialismus auf der Weltbühne. Nach einem Wort von Marx begannen damit jene „Zivilisationskriege, deren frivole Barbarei der besten Zeit des Raubrittertums, deren raffinierte Perfidie jedoch ausschließlich der modernsten Periode des imperialistischen Bürgertums angehört.“¹ In der Periode des imperialistischen Bürgertums lebt die Welt noch immer bzw. wieder mit Zivilisationskriegen, und sie haben nichts von ihrer frivolen Barbarei und raffinierten Perfidie verloren, ganz im Gegenteil. In der Ideologie des kapitalistischen Imperialismus hat das Kriegerische früher wie heute eine geradezu konstitutive Bedeutung. In ihr ist das Denken über Krieg und Frieden seinem Wesen nach Denken in den Kategorien des Krieges. Es handelt sich um ein System von Ansichten und Werten, in dem militärische Gewalt und Krieg eine positive Rolle spielen und hohe Wertschätzung erfahren.

Ihre Wesenszüge offenbaren sich am deutlichsten da, wo die imperialistische Kriegsideologie in ihrer unverhüllt originären Erscheinungsform zutage tritt. Kurz nach dem Ersten Weltkrieg und in der Zeit der ersten deutschen Demokratie hörte sich das bei dem konservativen Soziologen Oswald Spengler so an: Ein Volk ist „nur wirklich in Bezug auf andre Völker, und diese Wirklichkeit besteht in natürlichen und unaufhebbaren Gegensätzen, in Angriff und Abwehr, Feindschaft und Krieg. Der Krieg ist der Schöpfer aller großen Dinge. Alles Bedeutende im Strom des Lebens ist durch Sieg und Niederlage

¹ K. Marx, Invasion!, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 13, Berlin 1961, S. 444.

entstanden.“² Es sei nur „als Hintergrund und Wiederhall eines großartigen Geschehens“ zu verstehen, dass „zwischen diesen Katastrophen voller Blut und Entsetzen immer wieder der Ruf nach Völkerversöhnung und Frieden auf Erden erschallt ... Das Leben ist hart, wenn es groß sein soll, es lässt nur die Wahl zwischen Sieg und Niederlage, nicht zwischen Krieg und Frieden, und die Opfer des Sieges gehören zum Siege.“³ „Der Krieg ist die Urpolitik alles Lebendigen und zwar bis zu dem Grade, dass Kampf und Leben in der Tiefe eins sind und mit dem Kämpfenwollen auch das Sein erlischt.“⁴

Schon in den wenigen angeführten Sätzen treten die wichtigsten konstanten Wesensmerkmale jener ideologischen Strömung hervor, die den Namen *imperialistische Kriegsideologie* verdient:

- die Wertschätzung, ja Überhöhung des Krieges als Schöpfer aller großen Dinge und als Urpolitik;
- die Feindschaft und unaufhebbaren Gegensätzen der Völker;
- der Sieg im Krieg und die Notwendigkeit und Erhabenheit der Opfer für den Sieg;
- die Gleichsetzung von Leben mit Kampf und Kämpfenwollen;
- die Absage an Völkerversöhnung und die Geringschätzung des Friedens.

Diese Aufzählung muss noch um ein weiteres Wesenselement ergänzt werden, nämlich um eine spezifische Auffassung von Freiheit. In der Kriegsideologie wird Freiheit an die Fähigkeit zum Krieg gebunden. „Freiheit bedeutet, dass die männlichen, die kriegs- und siegesfrohen Instinkte die Herrschaft haben“, heißt es bei Friedrich Nietzsche. „Der freie Mensch ist Krieger.“⁵ Freiheit wird als eine Funktion militärischer Stärke verstanden. *Frei und gefürchtet zu leben* heißt das Kredo. Frieden wird nur akzeptiert als *Frieden in Freiheit*, als Frieden zu den eigenen Bedingungen, und dieser setzt überlegene militärische Stärke voraus.

Im Verlauf der weiteren Geschichte, unter dem Druck erstarkender Friedenskräfte und einer einflussreicher werdenden Friedensideologie haben sich zwar konkrete Inhalte – und vor allem die Selbstdarstellung der Kriegsideologie – verändert, ihre Wesensmerkmale sind jedoch relativ konstant geblieben.⁶

² O. Spengler, *Der Untergang des Abendlandes*, Bd. 2, München, Berlin 1922, S. 446.

³ Ebenda, S. 535.

⁴ Ebenda, S. 545.

⁵ F. Nietzsche, *Götzen-Dämmerung oder: Wie man mit dem Hammer philosophiert*, in: *Werke in drei Bänden*, Bd. 2, S. 1015.

⁶ Ausführlich dargestellt in: Autorenkollektiv (Leiter W. Scheler), *Frieden, Krieg, Streitkräfte*. Historisch-materialistischer Abriss, Berlin 1989.

In der Kriegsideologie des neuen Imperialismus äußern sich diese Wesensmerkmale nun wieder in einer historisch besonderen Erscheinungsform. Hervorgerufen wird ihre besondere Erscheinungsweise natürlich von externen Faktoren, insbesondere von der Veränderung der materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse. Aus diesen Verhältnissen resultieren die spezifischen Interessen des heutigen imperialistischen Bürgertums und die neuen Ausformungen der Kriegsideologie.

Zu den materiellen Veränderungen, die seit der Zeitenwende eingetreten sind, zähle ich vor allem die globale Ausdehnung der Kapitalverhältnisse und der entsprechenden Machtkonstellation, wie sie der Zusammenbruch des Sozialismusmodells sowjetischer Prägung ermöglichte. Das sieht jeder. Weniger offensichtlich ist, dass schon zwei Jahrzehnte zuvor eine wissenschaftlich-technische Revolution (oder Dritte industrielle Revolution) einsetzte, von der seither die Produktivkräfte – und dem folgend, die Produktionsverhältnisse – revolutionär umgewälzt werden. Also das, was meist begriffslos mit dem Wort Globalisierung bezeichnet wird.

Diese beiden Faktoren haben eine neue Entwicklungsphase der Kapitalherrschaft hervorgebracht und einen dazu gehörigen neuen Imperialismus. Kennzeichnend für diese Phase sind eine beispiellose Kapitalkonzentration in den Händen einer transnationalen Geld- und Machtelite und die Enteignung der Mehrheit der Weltbevölkerung, gegen die die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals harmlos erscheint. Den Widerstand, der sich dagegen erhebt, versucht diese Machtelite mit einem supranationalen Sicherheitsimperialismus niederzuhalten.⁷ Um Handlungsfreiheit für die Durchsetzung ihrer Interessen in der neuen geostrategischen Konstellation zu gewinnen und ihre globale Herrschaft zu sichern, errichten die ökonomischen Machteliten, gestützt auf die Staaten, in denen sich die Kapitalmacht konzentriert, eine neue Weltordnung nach ihrem Maß. In dieser Weltordnungspolitik weisen sie der Militärmacht, der Androhung und Anwendung militärischer Gewalt, eine maßgebliche Rolle zu.

Dementsprechend erhält die Kriegsideologie einen hohen Stellenwert, eine spezifische Funktion und einen modifizierten Inhalt. Ein Spezifikum besteht allein schon darin, dass sich diesmal die Kriegsideologie aus einer Krise herauswinden und die verlorene Dominanz erst wieder erringen musste. Wenn, wie im ersten Beitrag des vorliegenden Heftes dargestellt, Imperialismus als ein transnationales Herrschaftsverhältnis zu verstehen ist und die Gesellschaft sich folglich in imperialistisch Herrschende und imperialistisch Beherrschte

⁷ Siehe F. Deppe u.a., *Der neue Imperialismus*, Heilbronn 2004; D. Harvey, *Der neue Imperialismus*, Hamburg 2005.

teilt, spiegelt sich dieser Gegensatz natürlich auch in der Ideologie wider. So steht seit jeher der imperialistischen Kriegsideologie eine antimilitaristische Friedensideologie entgegen, und beide ringen um die Dominanz im öffentlichen Bewusstsein und um den bestimmenden Einfluss auf die Politik.

Nun hatten die Tatsachen des Atomzeitalters, die Sinnkrise des Krieges und des Militärs, die Unmöglichkeit, im Krieg zu siegen und die Verteidigungsaporie den Einfluss imperialistischer Kriegsideologie geschwächt. Am Ende des Kalten Krieges hatte sie, zumindest hier in Europa, die Meinungsführerschaft an die Ideen verloren, die ein neues System internationaler Sicherheit begründeten, das auf Frieden, auf Interessenausgleich und Zusammenarbeit, statt auf Feindschaft und militärische Konfrontation aufbaut. Es handelte sich um eine ebenfalls historisch spezifische Erscheinungsform der Friedensideologie, also jenes Systems von Anschauungen und Werten, die auf einen sicheren Frieden gerichtet sind.

In geradezu existentielle Gefahr geriet die Kriegsideologie, als ihr auch noch der Feind abhanden kam, und damit die Hauptmotivation für die Begründung der ungeheuren Rüstungen und einer Kriegsmaschine mit der Fähigkeit zur atomaren Allesvernichtung. Um den riesigen Militärapparat als Instrument imperialistischer Politik aufrecht zu erhalten, mussten neue Feinde und neue Funktionen gefunden werden. Jetzt schlug die Stunde der *political warriors* in den USA.

Kriegsideologie des neuen Imperialismus der Vereinigten Staaten von Amerika

Die Gruppierung der *politischen Krieger* in der Machtelite der USA eint der Glaube an die überragende militärische Macht Amerikas. Für sie ist weder Kultur noch Ökonomie oder Geschichte, sondern Politik der große Beweggrund, und in der Politik wiederum nimmt der militärische Faktor die Schlüsselrolle ein. „Ihre ideologische Welt fokussiert sich auf die epische Größe Roms als die Utopie neuimperialer Macht, die Kultur des Krieges und politische Moral“,⁸ urteilt Rainer Rilling, Soziologe an der Universität Marburg.

Wortführer dieser politischen Krieger sind Wissenschaftler, Ideologen, Strategen und Politiker wie Charles Krauthammer, Robert Kagan, William Kristol, Richard Perle, Brent Scowcroft, Richard B. Cheney, Donald Rumsfeld, Colin Powell, Paul D. Wolfowitz, Condoleezza Rice und John R. Bolton. Ihr geistiger Hintergrund sind zahlreiche Think-Tanks und Universitäten wie

⁸ R. Rilling, Über starke Ökonomie und starke Politik, in: UTOPIE kreativ, Heft 169, November 2004, S. 980.

Cambridge, Harvard und Yale. Die Gruppierung ist in einem umfassenden und einflussreichen Netzwerk verflochten und besetzt die entscheidenden Positionen im Staat und in den Medien. Sie verfolgen eine Weltordnungsstrategie, deren Grundgedanke ist: „Sicherung des globalisierten Kapitalismus durch ein *dauerhaftes American Empire, das nicht herausgefordert werden kann.*“⁹ So bringt es Rainer Rilling auf den Punkt.

Diese Strategie ist im Jahre 2002 als *Neue Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten* offiziell in Kraft gesetzt worden. Sie atmet den Geist, besser den Ungeist der modernen Kriegsideologie. Daraus im Folgenden einige Kostproben:

„Die großen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts zwischen Freiheit und Totalitarismus endeten“, so der Präsident einleitend, mit „einem deutlichen Sieg für ... Freiheit, Demokratie und freies Unternehmertum.“ „Diese Werte der Freiheit ... gegen Feinde zu verteidigen“, sei die gemeinsame Aufgabe. „Der Krieg gegen weltweit agierende Terroristen ist eine globale Unternehmung von ungewisser Dauer. ... Die Vereinigten Staaten werden Länder zur Rechenschaft ziehen, die dem Terrorismus Vorschub leisten und solche, die Terroristen Zuflucht gewähren, denn die Verbündeten des Terrors sind die Feinde der Zivilisation.“ Der Präsident fügt hinzu, dass die USA auch die Fähigkeit besitzen, andere Länder zur Rechenschaft zu ziehen, denn die „Vereinigten Staaten erfreuen sich gegenwärtig beispielloser militärischer Stärke“.¹⁰

Also, der Sieg der Werte der Freiheit, der Demokratie und des freien Unternehmertums soll verteidigt werden in einem permanenten globalen Krieg gegen die Feinde der Zivilisation, und diese Feinde werden bestraft von den Vereinigten Staaten aufgrund eigener moralischer Beurteilung und kraft beispielloser militärischer Stärke. Das Völkerrecht spielt keine Rolle.

Im Text der neuen Sicherheitsdoktrin heißt es: „Tödliche Herausforderungen gehen heute jedoch von Schurkenstaaten und Terroristen aus. Keine dieser aktuellen Bedrohungen kommt der schieren Zerstörungskraft gleich, die seitens der Sowjetunion gegen uns gerichtet war. Aber das Wesen und die Beweggründe dieser neuen Gegner, ihre Entschlossenheit, Zerstörungskräfte zu erlangen, über die bisher nur die stärksten Staaten der Welt verfügten, und die höhere Wahrscheinlichkeit, dass sie Massenvernichtungswaffen gegen uns einsetzen werden, machen die gegenwärtige Sicherheitslage komplexer und

⁹ Ebenda, S. 977.

¹⁰ Die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten. Einleitung von G. W. Bush, <http://www.usinfo.state.gov/>, S. 1.

gefährlicher.“¹¹ In diesem neuen Feindbild übertrifft der Feind in seiner Gefährlichkeit sogar noch das vormalige *Reich des Bösen*. Und diesem Feind, der gar keine Atomaffen hat, wird allein aufgrund der Vermutung, er wolle sich welche verschaffen, die atomare Bedrohung der Menschheit unterstellt.

Mit dem angeblich völlig neuen Charakter des Krieges wird begründet, dass die Doktrin der Abschreckung nicht mehr ausreicht, sondern die USA den Feind präventiv angreifen müssen. Der Krieg gegen den Terrorismus unterscheidet sich von jedem anderen Krieg, deswegen werden die USA „die Bedrohung identifizieren und zerstören, bevor sie unsere Grenzen erreicht, ... indem wir präventiv gegen die Terroristen vorgehen“.¹² „Herkömmliche Abschreckungskonzepte greifen gegenüber terroristischen Feinden nicht.“ Der Schluss hieraus lautet: „Die Vereinigten Staaten haben sich seit langem die Option präventiver Handlungen offen gehalten ... für antizipierende Aktionen zur Selbstverteidigung, selbst wenn Unsicherheit darüber besteht, wann und wo der Feind angreifen wird.“¹³ Das ist die Selbstermächtigung zur Aggression gegen jeden, den die USA zum Feind erklären. Das völkerrechtliche Verbot von Präventivkriegen wird kurzerhand ausgeblendet. „Die Gründe für unser Handeln werden eindeutig sein, die Gewalt maßvoll und die Sache gerecht.“¹⁴ Es genügt, Gründe (Interessen) für das kriegerische Handeln zu haben und die eigene Sache für gerecht zu halten, um Gewalt nach eigenem Maß anzuwenden.

In der neuen Sicherheitsstrategie wird, wie leicht zu erkennen ist, mit den Schlüsselbegriffen der Kriegsideologie die Sicherheitslage der USA beschrieben und die Weltordnungsstrategie zur Sicherung des globalisierten Kapitalismus begründet. Es sind dies *Freiheit und Frieden durch militärische Stärke*, hier durch die Stärke Amerikas; *Krieg gegen die Feinde dieser Werte*, hier global unter Führung der Vereinigten Staaten; *politische Moral*, die *Handlungsfreiheit* gibt, weil die *Sache gerecht ist*. Das Recht wird einfach beiseite geschoben, wenn es die Handlungsfreiheit der USA beeinträchtigt.

Wie ernst das gemeint ist, beweisen die kriegerischen Taten der Vereinigten Staaten und die weitere Ausdehnung ihrer globalen Streitkräftepräsenz. „Wir glauben sehr wohl an den Wert amerikanischer Führung und an die Notwendigkeit, den Bedrohungen auf dieser Welt mit amerikanischer Macht entge-

¹¹Die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten, a.a.O., S. 7.

¹²Ebenda, S. 6.

¹³Ebenda, S. 8.

¹⁴Ebenda.

genzutreten¹⁵, ließ Condoleezza Rice wissen, als sie Sicherheitsberaterin des Präsidenten war. Wie weit die Absichten gehen, offenbarte der Politologe und Strategieberater der amerikanischen Streitkräfte George Friedman vom Stratfor-Think-Tank unverblümt, als er auf die Frage, wie Russland auf die Liste jener Staaten komme, die mit Nuklearwaffen angegriffen werden könnten, wie folgt antwortete: „Wo die USA sich nicht sicher sind, ob das Nukleararsenal tatsächlich in sicherer Hand der Regierung ist, dort werden wir im Zweifelsfall angreifen. Und die USA sind nicht sicher, ob das Nukleararsenal Russlands tatsächlich unter Kontrolle von Präsident Putin ist.“ Und nicht genug mit dieser unverhüllten Kriegsdrohung. Er geht noch darüber hinaus mit der ungeheuerlichen Aussage: „Meiner Überzeugung nach wird es zu einem simultanen Militärschlag der USA gegen alle Risiko-Staaten kommen. Dabei wird die USA-Regierung auch überhaupt keine Rücksicht auf die Gefühlslage der Europäer nehmen.“¹⁶

Man ist sich allerdings dessen bewusst, dass der Krieg gegen den Terrorismus, der so ganz anders sei als jeder bisherige Krieg, nicht zu gewinnen ist, ohne den Sieg im Krieg um die Köpfe. Die neue Sicherheitsstrategie legt deshalb fest: „Wir werden außerdem einen Krieg der Ideen führen, um die Schlacht gegen den internationalen Terrorismus zu gewinnen.“¹⁷ Im Pentagon ist extra eine Presseinheit für die Bearbeitung der Medien geschaffen worden mit dem Ziel, in der öffentlichen Meinung den Sieg im Krieg der Ideen zu gewinnen.

So viel zur aktuellen kriegsideologischen Beschaffenheit des neuen Imperialismus der USA.

Kriegsideologie in der Europäischen Union

Bei uns in Europa tritt die Kriegsideologie nicht so unverhüllt in Erscheinung wie in den USA, die sich als einzige Weltmacht aufführen. Will man kriegsideologische Anschauungen in unseren nicht gerade kriegsbegeisterten Gefilden an den Mann bringen, müssen sie friedensfreundlich verpackt werden. Aber auch hier hat in den letzten eineinhalb Jahrzehnten die Kriegsideologie fast unmerklich ihren Einfluss zurück gewonnen. Doch sind für die imperialistische Politik in der Europäischen Union andere Voraussetzungen maßgebend als für die der USA.

¹⁵C. Rice, Der Sturz Saddams könnte heilsam sein, in: DIE ZEIT vom 12.12.2002, S. 3.

¹⁶G. Friedman, Ohne Rücksicht auf die Europäer, in: Neues Deutschland vom 12.04.2002.

¹⁷Die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten, S. 6.

Allein schon wegen der vergleichsweise schwachen militärischen Fähigkeiten können Ambitionen der Europäischen Union auf eine Weltmachtrolle nicht auf militärische Stärke setzen. Um auf der Weltbühne handlungsfähig zu sein, muss die EU vor allem auf die Stärke der Ökonomie und Politik vertrauen. Die maßgeblichen Mächte der EU streben nicht wie die USA ein eigenes Imperium an, wollen aber auch keine machtlosen Vasallen im amerikanischen Imperium sein. Militärisch aber sind sie derzeit nur Hilfswillige der Hegemonialmacht, und dafür sichert die Militärmacht USA für sie die globale kapitalistische Weltordnung.

Es gibt aber noch einen weiteren Unterschied zu den USA. Imperialistische EU-Politik mit militärischen Mitteln zu betreiben, wird auch dadurch begrenzt, dass in Europa eine andere Kultur in Bezug auf Krieg und Frieden verankert ist. Sie beruht auf schlechten Erfahrungen mit dem Krieg. Deshalb wird mit Krieg und militärischer Macht zurückhaltender und vorsichtiger umgegangen. Helmut Schmidt meint dazu, man dürfe „unseren amerikanischen Freunden in aller Ruhe vortragen, wieso nach dem Holocaust, nach Stalingrad und Dresden wir Deutsche heute einen ausgeprägten Horror haben vor Gewalt und Krieg.“ Und er fordert ein, „dass wir Europäer uns nicht zu Instrumenten amerikanischer hegemonialer Macht machen lassen dürfen.“¹⁸ In dieser Hinsicht gibt es eine wirkliche Differenz zwischen dem amerikanischen und europäischen Imperialismus, den wir nicht einebnen sollten, und diese Differenz zeigt sich auch in den konkreten kriegsideologischen Anschauungen.

In Deutschland fällt die zurückeroberte Dominanz der Kriegsideologie ganz besonders ins Gewicht, weil sie hier mit der Wiedererlangung außenpolitischer und militärischer Handlungsfreiheit einhergeht. Im Angesicht des Kriegsgeschehens bei der Auflösung der alten und der Schaffung einer neuen Weltordnung erweckten hierzulande Politik und Meinungsindustrie den Eindruck, in der Welt da draußen brechen überall bewaffnete Konflikte und Kriege aus und die so genannte Weltgemeinschaft, zu der man sich zählt, ist gefordert, den Frieden herzustellen und dafür auch militärische Mittel einzusetzen. Eine zielklare Politik verfestigte dieses Erscheinungsbild zu einem ideologischen Grundmuster für die Umorientierung der öffentlichen Meinung auf die Restitution des Krieges als Mittel der Politik.

Als Wolfgang Schäuble noch für Außenpolitik zuständig war, erklärte er die Sinnesänderung so: „Wir haben uns in den Jahrzehnten der Abschreckungsdebatte daran gewöhnt, den Einsatz militärischer Mittel für unmöglich zu

¹⁸H. Schmidt, Mäßigung ist eine Kardinaltugend, in: DIE ZEIT vom 10.04.2003, S. 13.

halten, was auch nicht so schlecht war. Jedenfalls haben wir mit dem Ende der Ost-West-Teilung die Erfahrung gemacht, dass ihr Einsatz überhaupt nicht unmöglich geworden ist.“

Was er da sagt, heißt, die Wiederherstellung einheitlich kapitalistischer Verhältnisse machen den Einsatz militärischer Mittel wieder möglich. Und noch deutlicher: „Die Möglichkeiten, mit Einsatz auch militärischer Mittel politische Ziele zu erreichen, bergen sehr viel begrenztere Risiken als vor zehn Jahren. Das ist offensichtlich der Quantensprung in der militärtechnischen Entwicklung.“¹⁹ Also der zweite Grund ist für ihn die militärtechnische Revolution, die für Militärinterventionen potenter Staaten das Risiko minimiert. So ist Krieg mental wieder als Normalität im Weltgeschehen akzeptiert. Und sukzessive ist die Öffentlichkeit an Militärinterventionen unter Beteiligung deutscher Soldaten gewöhnt worden.

Als Urheber der Kriege sind Schurkenstaaten, Diktatoren, Warlords, Terrornetzwerke usw. ausgemacht. Die westlichen Demokratien dagegen erscheinen in diesen Vorstellungen als Hort des Friedens, gefordert, überall in der Welt den gestörten Frieden mit Waffen und mit Soldaten wiederherzustellen. Diese Ideologeme sind als verkehrte, auf den Kopf gestellte Vorstellungen über die Wirklichkeit Teil des falschen Bewusstseins, das die Gesellschaft von sich selbst hat, und es ist schwer, sie wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Mit dem Anspruch der Wissenschaft wird diese falsche Wahrnehmung von der Theorie der *neuen Kriege* gestützt. Herfried Münkler, Politikwissenschaftler an der Humboldt-Universität zu Berlin, verlegt die Kriegsursachen in die angebliche Entstaatlichung, Entpolitisierung, Privatisierung und Asymmetrie der Kriege.²⁰ Damit wird die imperialistische Politik maßgeblicher Staaten von der Kriegsurheberschaft freigesprochen. In Wirklichkeit sind es nach wie vor die Staaten, die all die riesigen Ressourcen für militärische Macht aufbringen, für die Kriegführung auf dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik, was eine wissenschaftlich-technische und Produktionsbasis voraussetzt, über die nur die stärksten Staaten verfügen. Für die USA und ihre Verbündeten dient Krieg als Instrument imperialistischer Politik zur Neuordnung der Welt im Sinne neoliberaler Globalisierung.²¹

¹⁹W. Schäuble, Europa, kehre vor deiner Tür!, in: DIE ZEIT vom 28.02.2002, S. 5.

²⁰Siehe H. Münkler, Die neuen Kriege, Reinbek bei Hamburg, 2004.

²¹Zur Auseinandersetzung mit den Behauptungen über Entstaatlichung, Entpolitisierung, Privatisierung und Asymmetrie des Krieges siehe E. Woit, W. Scheler (Hrsg.), Kriege zur Neuordnung der Welt. Imperialismus und Krieg nach dem Ende des Kalten Krieges, Berlin 2004.

Am deutlichsten zeigt sich die Revitalisierung kriegerischen Denkens daran, dass in der Bundesrepublik eine Wendung vollzogen worden ist von Gewehr bei Fuß zum Gewehr im Anschlag, von Verteidigung der Bundesrepublik und des Bündnisses zur Militärintervention weltweit. „Wir sind bereit, Kriege für den Frieden zu führen – nicht allein, doch im Verein mit anderen“, so brachte Theo Sommer diese gravierende Wende auf den Begriff. „Außenpolitisch sind wir damit eine andere Republik geworden. Was militärische Interventionen zur Wahrung oder Wiederherstellung des Friedens anbelangt, so ist der Bruch eindeutig schärfer als die Kontinuität.“²²

Befriedigt konstatiert Constanze Stelzenmüller: „Die überraschende Leistung der rot-grünen Koalition war es, der deutschen Außenpolitik das Militär als Instrument der Machtprojektion zurückzugeben. Das Tabu eines Einsatzes der Bundeswehr jenseits von Landes- und Bündnisgrenzen fiel schnell.“²³ Diesen Tabubruch haben allerdings alle Bundestagsfraktionen mit Ausnahme der Linken begangen. Rudolf Seiters bekam für seinen Ruf ins Parlament *Diplomatie ohne Schwert ist eine Diplomatie ohne Wert* Beifall von der CDU/CSU-Fraktion und von der FDP. Aber von den Grünen erforderte der Tabubruch einen Gesinnungswandel vom Pazifismus zu Bellizismus.

Neuerdings verfügen wir mit dem *Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr* über eine zusammenfassende Darstellung der deutschen sicherheits- und verteidigungspolitischen Strategie und mithin der ideologischen Glaubenssätze, mit denen sie begründet wird. Im Gegensatz zur amerikanischen Sicherheitsstrategie nennt das Weißbuch die Dinge selten beim Namen. Man hat offensichtlich großen Wert darauf gelegt, die harten Tatsachen weich zu spülen, und herausgekommen ist ein verwaschener Text.

Dennoch lässt sich auch aus ihm ablesen, wie weit kriegsideologische Auffassungen und Wertungen die offizielle Denkweise der Berliner Republik bestimmen. Die deutsche Sicherheitspolitik geht danach von derselben Bedrohungslage aus wie die der USA: internationaler Terrorismus, Weiterverbreitung von Atomwaffen, Staatenzerfall und Entstaatlichung der militärischen Gewalt.²⁴ Entgegen dem Anspruch, von einem umfassenden Sicherheitsbegriff auszugehen, wird Sicherheit vorrangig militärisch definiert. Als

²²T. Sommer, Die deutsche Außenpolitik: unterwegs. Entwurf einer Reiseroute für die Diplomatie der Berliner Republik, in: DIE ZEIT vom 01.03.2001, S. 10.

²³C. Stelzenmüller, Das falsche Sparschwein. Die Politik hat die Bundeswehr verraten, in: DIE ZEIT vom 07.03.2002, S. 1.

²⁴Siehe Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, S. 20 f.

die für die Sicherheit Deutschlands maßgeblichen Organisationen werden in dieser Reihenfolge genannt: NATO, EU, OSZE und VN.²⁵

Der Auftrag der Bundeswehr ist neu gefasst: „Die Bundeswehr als Instrument einer umfassend und vorausschauend angelegten Sicherheits- und Verteidigungspolitik

- sichert die außenpolitische Handlungsfähigkeit,
- leistet einen Beitrag zur Stabilität im europäischen und globalen Rahmen“.²⁶

Danach ist also die außenpolitische Handlungsfähigkeit abhängig von der Militärmacht, über die Deutschland verfügt. Außenpolitik mit Waffen und Soldaten! Das hatten wir schon, und genau das sollte nie wieder sein. In der weiteren Bestimmung des Auftrags wird festgelegt, die Bundeswehr habe regional und global zur Stabilität und Verteidigung der Verbündeten beizutragen – nicht zum Frieden – und für nationale Verteidigung zu sorgen. Einen Friedensauftrag hat die Bundeswehr nicht.

„Vor diesem Hintergrund“, heißt es weiter, „muss Deutschland über ein im internationalen Kontext angemessenes Streitkräftekontingent für friedens erzwingende Maßnahmen verfügen.“²⁷ Hieraus ergibt sich eine grundsätzliche Veränderung der Wehrmotivation. „Das ganze Spektrum der Auslandseinsätze bestimmt heute das Selbstverständnis der Soldatinnen und Soldaten.“²⁸ Der lange Zeit auf beiden Seiten geltende Grundsatz, *kämpfen wollen und kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen*, gilt nicht mehr. Kämpfen wollen und kämpfen können, um zu kämpfen, lautet jetzt die Aufgabe.

Schon lange bevor die meisten Bundestagsabgeordneten ahnten, wofür sie die Verantwortung übernehmen werden, sind deutsche Soldaten auf die neue Aufgabe vorbereitet worden. „Schwieriger als nur materielle Vorbereitung“, so waren sich Vorreiter der Umwidmung der Bundeswehr zu einer Armee im Einsatz, wie Oberstleutnant i.G. Herden, bewusst, „ist dabei die notwendige mentale Bewusstseinsänderung – bei Soldaten und anderen Bürgern. Beide müssen fern jeder Realitätsverdrängung verstehen, in welches politische und soziale Umfeld die Soldaten geschickt werden, und welcherart die Situationen

²⁵Siehe ebenda, S. 33 - 65.

²⁶Ebenda, S. 70.

²⁷Ebenda, S. 90.

²⁸Ebenda, S. 80.

sind, die ihnen angemessene (militärische) Reaktionen abverlangen.“²⁹ Die Soldaten werden es beim Gegner „wahrscheinlich nicht mit disziplinierten und modern ausgerüsteten Soldaten im westlichen Sinne, sondern mit Kriegern zu tun haben – Banditen, die keine Loyalität kennen, aus Gewohnheit Gewalt anwenden und an Recht und Ordnung kein Interesse haben.“ Wie weit ist das noch entfernt, die Frage sei erlaubt, vom Feinbild *Untermensch*?

Der Generalstabsoffizier Herden, Bereichsleiter für Analysen und Risiko- prognosen im Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr, wies ausdrücklich darauf hin, seine Erkenntnisse im intensiven Gedankenaustausch mit Mitgliedern der amerikanischen Military Intelligence Community gewonnen zu haben. Er zog aus ihnen den Schluss, dass es unklug wäre, die Soldaten der Bundeswehr „nicht für die brutalen kleinen Kriege gegen die kleinen bösen Männer auszubilden. Deutschland wird um eine Beteiligung an diesen Kriegen gebeten werden ... Nicht immer wird man die Schmutzarbeit den Partnerländern überlassen können.“³⁰ So konnte es schon vor einem Jahrzehnt jeder lesen und wissen, der es wollte.

Auf Bedenken, die von verschiedenen Seiten geäußert wurden, deutsche Soldaten in den gefährlichen Süden Afghanistans zu schicken, antwortete der ehemalige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses General a.D. Klaus Naumann kernig: „Soldaten sind Kämpfer. Und wenn ein Volk nicht mehr den Willen hat, Soldaten zum Kampf einzusetzen, dann wäre es besser, die Streitkräfte abzuschaffen.“³¹

Besser wäre es schon, wenn das Volk diesem Rat in letztgenannter Richtung folgen würde. Das Bewusstsein des Volkes aber wird in einen Nebel getaucht, aus dem die wahren Absichten für den Gebrauch des Krieges als Mittel der Politik nur selten aufscheinen. Und so bleibt die Kriegsideologie vorherrschend – bis neue schlechte Erfahrungen und bessere Einsichten wieder eine Umkehr erzwingen, oder bis es zu spät dafür ist.

Eine objektive Bedingung dafür, dass die Kriegsideologie den beherrschenden Einfluss auf die Politik und die öffentliche Meinung verliert, ist sicher die, dass die gegenwärtige kriegerische Politik erfolglos bleibt und im Desaster endet. Die subjektive Kraft, die dafür sorgen könnte, dass die Kriegsideologie ihre Dominanz einbüßt, sehe ich in einem vielschichtigen Parallelogramm

²⁹R. Herden, Die neue Herausforderung (1). Das Wesen künftiger Konflikte, in: Truppenpraxis/Wehrhausbildung, Heft 02/1996, S. 68.

³⁰Ebenda, S. 144.

³¹K. Naumann im Deutschlandfunk am 23.10.2006.

teils entgegengesetzter, teils gleichgerichteter Wirkungen von widerständigen gesellschaftlichen Bewegungen und Staaten sowie von realistischen Fraktionen der herrschenden Klasse. Das Wirken all dieser Kräfte wird die Differenzen in der herrschenden Klasse über die Bevorzugung einer kriegerischen oder nichtkriegerischen Weltordnungspolitik vertiefen. Auf dieser Basis können erneut Bedingungen entstehen, unter denen es möglich wird, einen Umschwung von der Dominanz der Kriegsideologie zur Dominanz des Friedensdenkens zu erreichen.

Autor: Prof. Dr. Wolfgang Scheler,

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V.

Ernst Voit

USA-Strategen über die wachsende ideologische Bedeutung der Religionen und ihren Einfluss auf die Möglichkeiten imperialistischer Kriegführung

Gerade im Zusammenhang mit dem immer offenkundigeren Scheitern der USA-Strategie zur neokolonialistischen Beherrschung des Nahen und Mittleren Ostens wird von einflussreichen Strategen des USA-Imperialismus immer stärker die Bedeutung der Religionen als wesentlicher ideologischer Faktor des politischen und insbesondere auch des militärischen Kräfteverhältnisses hervorgehoben. Dabei wird die veränderte ideologische Bedeutung der Religionen zunehmend auch als Reflex epochaler gesellschaftlicher Veränderungen beurteilt. So schätzt Samuel P. Huntington ein: „Im 20. Jahrhundert wurden die Gesellschaften der westlichen Länder (mit der bemerkenswerten Ausnahme der Vereinigten Staaten) weitgehend säkularisiert; Kirche und Religion spielten im öffentlichen, gesellschaftlichen und privaten Leben eine immer geringere Rolle. Das 21. Jahrhundert jedoch ist als ein Jahrhundert der Religion angebrochen. Fast überall außer in Westeuropa suchen die Menschen in der Religion Rat, Hilfe, Trost und Identität. ... Gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen religiösen Gruppen werden auf der ganzen Erde immer häufiger.“¹

Die ehemalige Außenministerin der USA, Madeleine Albright, gibt in ihrem Buch *Der Mächtige und der Allmächtige* heute ganz offen zu, dass die USA von der islamischen Revolution im Iran völlig unvorbereitet getroffen wurden. „Unsere Experten erfassten weder das Ausmaß der Feindseligkeit gegenüber dem Schah noch das Ausmaß der Loyalität, auf das sich die muslimischen Kleriker stützen konnten.“ Sie kommt schließlich zu der Einschätzung: „Wir hatten es hier mit einem wahren politischen Erdbeben zu tun, das der Französischen oder Russischen Revolution in nichts nachstand.“²

Damit korrespondiert eine Einschätzung, die Huntington hinsichtlich der grundlegenden Inhalte des ideologischen Kampfes im 20. Jahrhundert und heute bereits 1996 traf: „Der Konflikt zwischen liberaler Demokratie und Marxismus-Leninismus im 20. Jahrhundert war ein flüchtiges und vordergründiges Phänomen, verglichen mit dem kontinuierlichen und konfliktreichen

¹ S. P. Huntington, *Who are we?*, Hamburg, Wien 2004, S. 32.

² M. Albright, *Der Mächtige und der Allmächtige*. Gott, Amerika und die Weltpolitik, München 2006, S. 59.

Verhältnis zwischen Islam und Christentum.“ Daraus leitete er für die Zukunft ab: „Solange der Islam der Islam bleibt (und er wird es bleiben) und der Westen der Westen bleibt (was fraglicher ist), wird dieser fundamentale Konflikt zwischen zwei großen Kulturkreisen und Lebensformen ihre Beziehungen zueinander weiterhin und auch in Zukunft definieren, so wie er sie 1400 Jahre lang definiert hat.“³

Religiosität und Religionsverständnis in den USA

Wenn sich USA-Strategen mit Religionsproblemen befassen und insbesondere immer dann, wenn sie das im Hinblick auf den Faktor Religion im ideologischen Kampf tun, spielt stets auch die seit der Gründung der USA entstandene spezifische Religiosität der USA-Bevölkerung und das den Staat USA wesentlich mit konstituierende offizielle Religionsverständnis eine Rolle. Friedrich Engels gab 1886 in einem Brief an Friedrich Albert Sorge eine in ihrem Kern durchaus auch heute noch zutreffende Charakteristik dieser Problematik, als er einschätzte, „die Amerikaner ... haben zwar keine mittelalterlichen Institutionen aus Europa herübergenommen, wohl aber Massen mittelalterlicher Tradition, Religion, englisches gemeines (feudales) Recht, Aberglauben, Spiritismus, kurz allen Blödsinn, der dem Geschäft nicht direkt schädlich war und jetzt zur Massenverdummung sehr brauchbar ist.“⁴

Nach Huntington ist die Religion „bis heute ein zentrales, wenn nicht das zentrale Element der amerikanischen Identität.“⁵ Und weiter: „Die Aktivitäten religiöser Konservativer und die Stimmung in der Öffentlichkeit machten die Religion zu einem Schlüsselement der amerikanischen Politik.“⁶ 1995 gab es über 1.300 religiöse Radiosender und 163 religiöse Fernsehsender.⁷ Die USA liegen auch weltweit „beim allgemeinen Niveau der Religiosität mit Abstand an der Spitze ... Nach dieser Umfrage sind die Amerikaner noch religiöser als selbst die Menschen in Irland und Polen, wo die Religion von jeher den Kern der nationalen Identität bildete ...“. Aufschlussreich in Huntingtons Wiedergabe dieser weltweiten Übersicht des allgemeinen Niveaus der Religiosität ist aber auch die Feststellung: „Das Schlusslicht bildet Ostdeutschland.“⁸

³ S. P. Huntington, *Kampf der Kulturen*, München, Wien 1996, S. 335, 339.

⁴ Marx/Engels, *Werke*, Bd. 36, Berlin 1967, S. 579.

⁵ S. P. Huntington, *Who are we?*, a.a.O., S. 39.

⁶ Ebenda, S. 433.

⁷ Siehe ebenda, S. 428.

⁸ Ebenda, S. 120 f.

Eine für die USA spezifische und politisch außerordentlich bedeutsame Erscheinung ist die *amerikanische Zivilreligion*. Huntington definiert sie als „Verschmelzung von Religion und Patriotismus“,⁹ wobei die Art der Religion keine Rolle spielt. Dazu zitiert er zweimal Präsident Eisenhower, der das so formuliert hat: „Unsere Regierungsweise ergibt nur einen Sinn, wenn sie auf einem tief empfundenen religiösen Glauben gründet. Und es kümmert mich nicht, welcher Glaube das ist.“ Und weiter: „Die Anerkennung eines höchsten Wesens ist der erste, grundlegende Ausdruck des amerikanischen Charakters. Ohne Gott gäbe es keine amerikanische Regierungsform und keine amerikanische Lebensweise.“ Huntington folgert daraus unmittelbar: „Wer die Existenz Gottes leugnet, stellt das Fundament der amerikanischen Gesellschaft und Regierung in Frage.“¹⁰

Angesichts dessen ist es erklärlich, dass sich die überwältigende Mehrheit der US-Amerikaner dazu bekennt, an einen Gott zu glauben. 2003 waren es nach Huntington 92 Prozent. Daraus folgt, dass in den USA, wie es ein schwedischer Theologe einschätzt, „selbst die Atheisten eine religiöse Sprache sprechen.“ Denn, so Huntington: „Von Atheisten haben die Amerikaner eine schlechtere Meinung als von den meisten anderen Minderheiten.“¹¹

Feindbild Islam

Nach Huntington beruht die Identität Amerikas nicht nur auf der *amerikanischen Zivilreligion*, sondern ist ebenso „ein Produkt der gemeinsamen Kriegserfahrung“. Im Zusammenhang mit den von den USA in den vergangenen hundert Jahren geführten Kriegen definierten die US-Amerikaner „ihr Land um vom *gelobten Land* zum *Kreuzfahrerstaat*“.¹² Die von den USA und deren Bundesgenossen nach dem Untergang der Sowjetunion inszenierten Kriege zur Neuordnung der Welt zielen vor allem auf die neokoloniale Beherrschung des Nahen und Mittleren Ostens und damit auf die Beherrschung einer Region, deren Bevölkerung mehrheitlich aus Muslimen besteht.

Das nach dem manichäischen Prinzip, *wer nicht mit uns ist, ist gegen uns*, für diese Kriege entwickelte ideologische Feindbild von der *Achse des Bösen* zielt bewusst darauf hin, den Islam als Quelle des Terrorismus erscheinen zu lassen und wird inzwischen begrifflich bis zum *Islamo-Faschismus* zugespitzt. So zum Beispiel, wenn Josef Joffe fordert: „Nennen wir’s nicht ‚Islamismus‘ oder

⁹ Ebenda, S. 136.

¹⁰ Ebenda, S. 133, 137.

¹¹ Ebenda, S. 117 f.

¹² Ebenda, S. 83, 109.

„Dschihadismus“, sondern „Faschismus“ ohne Duce oder Führer.“¹³ Tatsächlich ist heute „das Feindbild Islam in den Mittelpunkt der ideologischen Begründung der imperialistischen Kriegspolitik gerückt.“¹⁴

In besonderer Weise wurde das auch daran deutlich, dass jüngst Papst Benedikt XVI. in seiner Regensburger Vorlesung allein den Islam als eine Religion charakterisierte, die nur Gewalt in die Welt gebracht habe. Der evangelische Theologe und Philosoph Christoph Türcke stellt dazu fest: „Diese Rede hat überhaupt nicht vor der eigenen Haustür gekehrt.“ Der Papst hat „das gesamte Gewaltproblem, den Zusammenhang von Religion und Gewalt ausschließlich am Beispiel des Islam erörtert.“¹⁵

Nach Einschätzung des israelischen Friedenskämpfers Uri Avnery kommt man nicht umhin, die Regensburger Rede Benedikts „mit dem Kreuzzug George Bushs und seiner fundamentalistisch-christlichen Unterstützer sowie mit seinem Slogan vom ‚Islamo-Faschismus‘ in Verbindung zu bringen – nachdem ‚Terroristen‘ ein Synonym für Muslime geworden ist.“ Für Uri Avnery ist das „nicht zuletzt ein zynischer Versuch, um die Herrschaft über die Öl-Ressourcen der Welt zu rechtfertigen.“¹⁶

Der Nahostexperte Mohssen Massarat sieht diese Rede als Bestandteil „einer konzertierten Aktion des Westens“ mit dem Ziel, im Zusammenhang mit dem israelischen Angriffskrieg gegen den Libanon und die Hisbollah „durch tägliche verbale Attacks die Moslems zu demütigen.“ Er fordert deshalb alle verantwortungsbewussten Intellektuellen und Medien auf, „die päpstliche Lüge über die christliche Friedfertigkeit zu entlarven, indem sie daran erinnern, dass alle Gewaltorgien des 20. Jahrhunderts – nicht zuletzt die beiden Weltkriege – von christlichen Ländern ausgingen.“¹⁷

Präzedenzfall Irakkrieg

Mit der am 20. März 2003 beginnenden Invasion in den zuvor bereits weitgehend entwaffneten Irak sollte der entscheidende Durchbruch zur erneuten Kolonisierung des gesamten Nahen und Mittleren Ostens erfolgen.¹⁸ Am

¹³J. Joffe, Die Offensive des Islamo-Faschismus, in: DIE ZEIT vom 18.03.2004, S. 1.

¹⁴U.-J. Heuer, Feindbild Islam - Beitrag zur Faschisierung?, in: ICARUS, Heft 03 u. 04/2006, S. 55.

¹⁵Neues Deutschland vom 07./08.10.2006.

¹⁶Freitag vom 06.10.2006, S. 3.

¹⁷Freitag vom 22.09.2006, S. 3.

¹⁸Siehe E. Voit, Ziele und Resultate des Krieges gegen den Irak, in: Marxistische Blätter, Heft 02/2006.

gleichen Tag hieß es in einem redaktionellen Artikel der FAZ: „Der Irak soll als Feind verschwinden, indem die Amerikaner ihn mit imperialen Mitteln neu gründen. Die Verwerfungen der postkolonialen Zeit werden durch einen neuen demokratischen Kolonialismus zugeschüttet.“ Von dieser Zielsetzung ist inzwischen längst nicht mehr die Rede. Zu offenkundig ist das Desaster dieses Krieges. Die ehemalige Außenministerin der USA, Madeleine Albright, hält es für möglich, „dass sich die Invasion im Irak und ihre Folgen letzten Endes als eines der größten Desaster der amerikanischen Geschichte erweisen werden. ... Die Invasion im Irak sollte eine Machtdemonstration der Vereinigten Staaten darstellen. Stattdessen hat sie die Grenzen dieser Macht aufgezeigt.“¹⁹

Für das Scheitern der imperialistischen USA-Strategie im Irak war und ist der religiöse Faktor von erheblicher Bedeutung. Obwohl kompetente Strategen rechtzeitig genau darauf hingewiesen hatten, hat die Bush-Administration den Islam als Quelle eines spezifischen Widerstandswillens gegen imperialistische Aggressoren maßlos unterschätzt. Bereits im Oktober 2001 – also unmittelbar nach dem 11. September 2001, als die meisten moslemischen Länder noch diesen Terror verurteilten – antwortete Huntington in einem Interview auf die Frage, was passiert, wenn US-Truppen Irak angreifen?: Ohne überzeugende Beweise für die Unterstützung des Al Qaida-Netzwerkes durch den Irak „wäre es verhängnisvoll, Irak anzugreifen. Ein solcher Angriff würde zu einem Krieg ganz anderer Art führen. Er würde große Teile der Bevölkerung und der Regierungen in der moslemischen Welt aufbringen, die jetzt die internationale Koalition gegen den Terror unterstützen.“²⁰

Madeleine Albright erinnert in ihrer Analyse dran, dass hohe Vertreter christlicher Kirchen die Bush-Administration vor einem Angriff auf den Irak wegen der zu erwartenden Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen den Religionen nachdrücklich gewarnt haben. So hatte Papst Johannes Paul II. noch im März 2003 Kardinal Pio Laghi als Sondergesandten des Vatikan zu US-Präsident Bush geschickt, um ihn unter Hinweis auf die zu erwartenden zivilen Opfer und einer Beschädigung der Beziehungen zwischen Christen und Muslimen von seiner Absicht abzubringen, den Irak anzugreifen. Petros VII. von Alexandria, der zweithöchste Patriarch der griechisch-orthodoxen Kirche, warnte, der Einmarsch in den Irak „würde als Angriff auf den Islam

¹⁹M. Albright, *Der Mächtige und der Allmächtige ...*, a.a.O., S. 201.

²⁰Der Tagesspiegel vom 13.10.2001, S. 7.

verstanden werden“ und werde „ungerechte, weitreichende und langfristige Folgen“ nach sich ziehen.²¹

Nach Albright's Einschätzung hat „die Invasion und lang andauernde Besetzung eines Landes, das mit den Angriffen vom 11. September nichts zu tun hatte“, zwangsläufig „das Verhältnis zwischen den Muslimen und den USA erheblich verschlechtert.“²² Dazu hat nach ihrer Meinung insbesondere auch die große Zahl der Zivilisten beigetragen, „die im Zuge von amerikanischen Militäroperationen ums Leben kamen. ... Nehmen wir noch die Tausende hinzu, die verletzt wurden, deren Häuser zerstört oder deren Leben durch militärische Operationen der Amerikaner ruiniert worden ist, müssen wir uns über die Verbitterung der Menschen nicht wundern.“ Und sie fährt fort: „Die Muslime denken auch an die Misshandlung von Gefangenen im Irak, in Afghanistan und Guantanamo.“²³ Außerdem verschärfe sich die Situation „durch die christlichen Missionare, die den amerikanischen Soldaten auf dem Fuße in den Irak folgten.“²⁴

Vorstellungen über eine alternative Strategie der USA

Wenn Strategen des USA-Imperialismus angesichts des Desasters im Krieg gegen den Irak heute zunehmend eine kritische Bilanz dieser Strategie ziehen, muss daran erinnert werden, dass einige von ihnen schon lange vor dem offenkundigen Scheitern der USA im Irak eine alternative realistischere Strategie vorgeschlagen hatten.²⁵

Einer von ihnen ist Samuel P. Huntington, der bereits in seinem 1996 erschienenen Buch *Kampf der Kulturen* mit folgender Begründung für eine bewusst auf Weltherrschaft verzichtende Strategie votiert hat: „Wenn nichtwestliche Gesellschaften neuerlich durch westliche Kultur geprägt werden sollen, dann kann das nur als Resultat einer gewaltsamen Expansion, Etablierung und Einflussnahme westlicher Macht geschehen. Die notwendige logische Konsequenz des Universalismus ist Imperialismus. Abgesehen davon verfügt der Westen als eine ausgereifte Kultur nicht mehr über die wirtschaftliche oder demographische Dynamik, die er benötigte, um anderen Gesellschaften seinen Willen aufzuzwingen. In der kommenden Ära ist also zur Vermeidung

²¹M. Albright, *Der Mächtige und der Allmächtige ...*, a.a.O., S. 193, 195.

²²Ebenda, S. 192.

²³Ebenda, S. 225.

²⁴Ebenda, S. 211.

²⁵Siehe E. Voit, *Weltherrschaft oder Koexistenz? Zur Strategie-Diskussion in den USA*, in: *Marxistische Blätter*, Heft 01/1999.

großer Kriege zwischen den Kulturen erforderlich, dass Kernstaaten davon absehen, bei Konflikten in anderen Kulturen zu intervenieren. Das ist eine Wahrheit, die zu akzeptieren manchen Staaten, besonders den USA, schwer fallen wird.

Dieses *Prinzip der Enthaltung*, demzufolge Kernstaaten sich der Intervention bei Konflikten in anderen Kulturen enthalten, ist die erste Voraussetzung für Frieden in einer multikulturellen Welt.“ Huntington fasst die Begründung dieser strategischen Orientierung auf friedliche Koexistenz zwischen den Kulturen so zusammen: „Eine multikulturelle Welt ist unvermeidbar, weil das globale Imperium unmöglich ist. Die Bewahrung der USA und des Westens erfordert die Erneuerung der westlichen Identität. Die Sicherung der Welt erfordert das Akzeptieren der multikulturellen Welt.“²⁶

Auch Francis Fukuyama setzt sich in seinem neuesten Buch mit dem von der Bush-Administration zur Begründung eines angeblichen *Krieges gegen den Terrorismus* propagierten *Feindbild Islam* auseinander und betont, es ist „ein Irrtum, den Islamismus als einen authentischen und irgendwie unvermeidlichen Ausdruck muslimischer Religiosität aufzufassen ... Die gefährlichsten Menschen sind nicht fromme Muslime im Vorderen Orient, sondern entfremdete und entwurzelte junge Leute in Hamburg, London oder Amsterdam.“²⁷ Ausgehend davon, distanziert sich Fukuyama von der Kriegsstrategie der Bush-Administration und fordert die Rückkehr zu einem „realistischen Wilsonianismus“; das aber „bedeutet zunächst einmal eine weitreichende Entmilitarisierung der US-Außenpolitik und eine Wiederbesinnung auf andere Typen des politischen Instrumentariums.“²⁸

Madeleine Albright lehnt inzwischen eindeutig die auf der strategischen *Doktrin vom Präventivschlag* beruhende Kriegführung der Bush-Administration ab, „die für Amerika ein Recht in Anspruch nahm, das wir niemals als legitim anerkennen würden, wenn es irgendeine Regierung geltend machen wollte“, denn sie trug „weder etwas dazu bei, die Vereinigten Staaten sicherer zu machen, noch half sie, Al-Qaida zu isolieren.“²⁹ Auch Albright geht es letztlich um die Beherrschung der Welt durch die USA. Aber sie fordert dafür eine alternative Strategie, die mit der Einsicht beginnt, dass es „nicht gelingen wird, die Welt zu führen, solange wir nicht jene verstehen, die wir am dringendsten

²⁶S. P. Huntington, *Kampf der Kulturen*, a.a.O., S. 511, 522, 525.

²⁷F. Fukuyama, *Scheitert Amerika?*, Berlin 2006, S. 82.

²⁸Ebenda, S. 186 f.

²⁹M. Albright, *Der Mächtige und der Allmächtige ...*, a.a.O., S. 183.

beeinflussen müssen, darunter an vorderster Stelle die Muslime.³⁰ Deshalb stellt sie mit folgender Argumentation das *Feindbild Islam* in Frage: „Genauso wenig wie man die gewalttätige Bigotterie des Ku-Klux-Klan als christlich bezeichnen kann, sollte man den Terrorismus islamisch nennen. Man kann nicht 1,3 Milliarden Menschen einzig durch die Gewalttätigkeit einer verschwindend kleinen Minderheit charakterisieren.“³¹

Mehr noch: Um den Terrorismus zu besiegen, ist für die ehemalige Außenministerin der USA „der wichtigste Kampf, der ausgetragen werden muss, in Europa wie anderswo, ... der Kampf um das Herz und die Seele des Islam auf jeder Ebene, in den Familien, in der Nachbarschaft, in den Städten und den Nationen.“³² Dafür haben die USA allerdings die denkbar schlechtesten Voraussetzungen. Albright zitiert aus einer vom Pentagon finanzierten Studie, „die Vereinigten Staaten haben heute keinen funktionierenden Kommunikationskanal zur Welt der Muslime und des Islam.“³³ Sie fordert, keine Mühe zu scheuen, um die Kommunikation zu verbessern und zum Beispiel die feindselige Haltung der US-Regierung gegenüber dem unabhängigen arabischen Fernsehsender Al-Jazeera zu beenden. Denn: „Genau die Zuschauer von Al-Jazeera sind es, zu denen die Vertreter Amerikas am dringendsten Zugang finden sollten. Statt Al-Jazeera anzugreifen, sollte unsere Regierung ihre besten Sprecher regelmäßig bei dem Sender in Erscheinung treten lassen.“³⁴

Albright betont die in diesem immerhin von ihr angestrebten interreligiösen Dialog für die Vertreter der USA zu erwartenden Schwierigkeiten einer adäquaten Argumentation: „Die Al-Qaida-Führer pflegen keine sachliche, aber auch keine banale Rhetorik. Es geht ihnen um die transzendenten Fragen von Geschichte, Identität und Glauben. Wir anderen müssen, um gehört zu werden, die Dinge mit ebensolcher Tiefe ansprechen.“³⁵ Inhaltlich geht Madeleine Albright deshalb für eine Strategin und Politikerin des USA-Imperialismus sehr weit. Sie beschwört unter dem Druck des Scheiterns der bisherigen Nahost-Strategie der USA als Orientierung für den künftigen Umgang mit dem Islam nichts weniger als die *Ring-Parabel* aus Lessings *Nathan der Weise* und den allen monotheistischen Weltreligionen eigenen kategorischen moralischen Imperativ: Was du nicht willst, das man dir antut, das tue auch niemandem

³⁰Ebenda, S. 130.

³¹Ebenda, S. 145.

³²Ebenda, S. 277.

³³Ebenda, S. 224.

³⁴Ebenda, S. 310.

³⁵Ebenda, S. 318.

ändern an. Historisch ordnet die ehemalige Außenministerin diesen von ihr beschworenen kategorischen Imperativ dann auch noch so ein: „Das ist, so sollte man meinen, die Art von Rechtssystem, die gegenwärtig die Welt dem irakischen Volk zum Geschenk machen sollte. Doch in der Tat handelt es sich hierbei um den Codex Hammurabi, ein Geschenk, das die Zivilisation vor viertausend Jahren aus dem antiken Babylon erhalten hat – heute unter dem Namen Irak bekannt.“³⁶

Konsequenzen für die weitere Auseinandersetzung mit Ideologien

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass alle Ideen und alle Ideologien, die Menschen zu einem bestimmten Handeln veranlassen, unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt im Leben und in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft zur materiellen Gewalt werden. Dass das insbesondere auch religiöse Ideen sein können, beweist gerade die jüngste Entwicklung.³⁷ Ganz offensichtlich trifft die bei uns sehr verbreitete Vorstellung, dass es – beginnend mit der Aufklärung – eine gleichsam gesetzmäßige allgemeine und nicht mehr aufzuhaltende Säkularisierung des Denkens und Fühlens der Menschen gibt, so nicht zu. Sie ist ganz sicher in den ostdeutschen Bundesländern mit einem Anteil von etwa 70 Prozent Atheisten nachweisbar. Aber weltweit sieht das ganz anders aus.

Hier stimme ich gerade auch angesichts der ideologischen Auseinandersetzungen um die jüngsten imperialistischen Kriege Uwe-Jens Heuer zu, der in seinem Buch *Marxismus und Glauben* betont: „Die stärkste Form der Ideologie ist der Glaube. Er hat in Gestalt des religiösen Glaubens eine große welthistorische Rolle gespielt und spielt sie wohl noch heute.“³⁸

Ebenso stimme ich Christoph Thürke zu, der auf die Frage nach der Religionskritik am Anfang des 21. Jahrhunderts betont: „Was heute notwendig ist, nenne ich eine ‚Religionskritik zweiten Grades‘. Damit meine ich eine Religionskritik, die all die knallharte Grundeinsicht von Feuerbach, Marx, Nietzsche und Freud, um nur die Hauptexponenten zu erwähnen, aufbewahrt: Religionen sind menschliche Projektionen. ... Aber wenn das getan ist, muss etwas Zweites hinzukommen. ... Die Religionskritik hat in einer Wendung gegen sich selbst darauf zu reflektieren, dass wir es wohl mit einer fortdauernden Gottbedürftigkeit der Menschen zu tun haben, die auch dann fortbesteht,

³⁶Ebenda, S. 328 f.

³⁷Siehe Weltmacht Religion, SPIEGEL spezial, Heft 09/2006.

³⁸U.-J. Heuer, *Marxismus und Glauben*, Hamburg 2006, S. 7.

wenn es Gott nicht gibt.“³⁹ Insofern muss jede Ideologiekritik unvollständig bleiben, ja oft sogar ein ganz entscheidendes Element verfehlen, wenn sie den religiösen Aspekt ignoriert.

Autor: Prof. Dr. Dr. Ernst Woit,

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V.

³⁹Neues Deutschland vom 07./08.10.2006.

Harry Pursche

Zur Funktion der Kriegsideologie des neuen Imperialismus

Der Spiegel Verlag Hamburg gab 2003, gemeinsam mit dem Klett Schulbuchverlag Leipzig, ein Unterrichtsmagazin für die Schuljugend heraus. Sein Titel: *Krieg und Frieden*.¹

Wenn in unserem Verständnis Ideologie zur Begründung und Rechtfertigung politischen Handelns dient sowie wesentlicher Teil der politischen Orientierung ist, so soll dieser Beitrag auf einige funktionale Aspekte imperialistischer Kriegsideologie in diesem Unterrichtsmagazin aufmerksam machen.

Hoher Stellenwert wird in dem untersuchten Material dem Postulat einer zu erfüllenden Mission beigemessen, die der Anwendung militärischer Gewalt einen gerechten Charakter verleihen soll. So berufen sich die Autoren gleich im 1. Absatz auf Kants *Zum ewigen Frieden*: „Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines anderen Staates gewalttätig einmischen.“² Diese eindeutige klare Absage Kants an jegliche Angriffskriege wird wenige Zeilen später bis zur Unkenntlichkeit relativiert. Um es vorweg zu nehmen: Dieser Aspekt vieler Ideologien, die wahren politischen, in diesem Falle sicherheitspolitischen, Ziele zu verschleiern, zieht sich durch das gesamte Unterrichtsmagazin.

Nach der rhetorischen Frage, ob es überhaupt gerechte Kriege geben könne, wird die als Frage formulierte Antwort gleich mitgeliefert: „Wann ist eine Intervention der Völkergemeinschaft unabdingbar?“ Aus den bisherigen Erfahrungen wissen wir, dass die so genannte Völkergemeinschaft in der Regel aus den USA und einer wechselnden Allianz der Willigen bestand. Dass die Antwort auf die gestellte Frage in der UN-Charta zu finden ist, findet hier keine Erwähnung.

Unter dem Oberbegriff *Neuartige Bedrohungen* werden Feindbild und Kriegsgrund bestimmt. Im Einzelnen sind dies in dieser Reihenfolge im vorliegenden Material:

- Regionale Konflikte, „bei denen aus humanitären Gründen niemand die Augen verschließen kann und *Einmischung* unerlässlich ist.“ Zu beachten

¹ Siehe *Krieg und Frieden*, Unterrichtsmagazin, Hrsg. Spiegel-Verlag Hamburg, zusammen mit dem Ernst-Klett-Schulbuchverlag Leipzig 2003.

² Ebenda, S. 3.

ist, dass der Begriff Krieg durch den weit harmloser klingenden Begriff Einmischung ersetzt wurde.

- Zu den neuartigen Bedrohungen werden ebenfalls Gefährdungen durch so genannte Schurkenstaaten wie Irak, Iran oder Nordkorea gezählt, „die angeblich oder tatsächlich über atomare, biologische oder chemische Waffen verfügen“. Hier sollte man ebenfalls die Wortwahl genau beachten. Da werden ganze Völker willkürlich kriminalisiert, zu Schurken abgestempelt, deren Schurkensein dann noch durch Lügen *bewiesen* wird. Hinzu kommt, dass der angebliche Besitz von Massenvernichtungswaffen bereits als Kriegsgrund reicht, wie die Autoren meinen und wie der Irak-Krieg beweist.
- Erst an dritter Stelle der neuartigen Bedrohungen rangieren „terroristische Gruppen, die international agieren, privat oder von sympathisierenden Staaten finanziert werden ...“.³ Hier scheint die Entwicklung etwas an den Autoren vorbeigegangen zu sein, denn nach den Aussagen westlicher Politiker und Militärs befindet man sich in einem langwierigen und langwährenden Krieg gegen den Terrorismus. Im Weißbuch 2006 der Bundeswehr wird die Reihenfolge der sicherheitspolitischen Bedrohungen wieder umgekehrt und damit der Lesart der USA wieder angepasst.⁴

In einem ersten Abschnitt unter der Überschrift *Der Krieg in den Köpfen* wird dieser unter drei Aspekten behandelt: Krieg und Medien. Krieg in der Erinnerung und Krieg im Wandel.

Wenn die Autoren schreiben: „Die Botschaften der Medien treffen ... auf Jugendliche, die sich in zahlreichen Computerspielen mit potenziellen Feindbildern vertraut gemacht und mit viel Geschick Strategien für das eigene Überleben und die Vernichtung der Gegner eingeübt haben – in Spielen, deren Perfektion eine Realitätsnähe suggeriert, die sie für das mentale Training von Soldaten geeignet machen ...“⁵, kennzeichnen sie damit exakt auch die diesem Material zugrunde liegende Zwecksetzung.

Unterstrichen wird das durch den Bericht eines US-Scharfschützen, der seine Gefühle vor seinem Einsatz im Golfkrieg 1991 nach dem kollektiven Anschauen von Kriegsvideos schildert: „... Für einen jungen Mann, der in den Kampf ziehen soll, ist diese Gewalt wie der Anblick eines nackten Frauenkörpers. Das ist sexy, aufregend. Das ist Krieg. Das ist es, wofür du trainiert

³ Ebenda, S. 3.

⁴ Siehe Weißbuch der Bundeswehr 2006, S. 2, 8.

⁵ Krieg und Frieden, a.a.O., S. 6.

hast und wie du vielleicht sterben wirst.“⁶ Alles andere ist schmückendes Beiwerk, um einen Anstrich von Seriosität zu vermitteln.

Die Beiträge über die Kriegserinnerungen spiegeln zwar auch die schrecklichen Seiten des Krieges wider, jedoch wirkt beruhigend, dass heute die meisten Kriege in den Entwicklungsländern stattfinden, wobei die *Aufständischen und Terroristen* keine hochentwickelten komplexen Waffensysteme einsetzen. Deshalb „gilt die asymmetrische Kriegführung, bei der militärische Hochtechnologie gegen einen rückständigen Gegner eingesetzt wird, als eine Erfolg versprechende Form, in künftigen LICs (Low Intensity Conflict, Konflikt geringer Intensität) die Oberhand zu behalten.“⁷ Man ist also bei weltweiten Einsätzen, beim Erzwingen des Zugangs zu Ressourcen und Märkten auf jeden Fall auf der Seite der Sieger, was sich letztlich nur positiv auf die Herausbildung des Wehrmotivs auswirken kann und so auch zweifellos gewollt ist.

Den technisch interessierten jungen Menschen gibt der Beitrag von S. Kaufmann *Der ‚Warrior 2025‘ für neue Bedrohungsszenarien* sicherlich noch einige zusätzliche Impulse. „Der elektronisch gerüstete Soldat (soll) flexibel sein, um in allen Dimensionen, Einsatzformen, Lagen und Gegenden in überlegener Weise präzise zuschlagen zu können ...“.⁸ Das Bild des Bundeswehr-Infanteristen der Zukunft vermittelt dazu noch optisch einen entsprechenden Eindruck.

Neben dem primitiven Gut-Böse-Schema und dem Stempel des Schurken gehört zur Charakterisierung des Feindes die Darstellung seiner Gefährlichkeit, von der eine potenzielle Bedrohung ausgeht. Dabei stützt man sich u.a. wieder auf die Bilddokumentation. So werden im Abschnitt II, *Gerüstet für den Frieden*, Bilder sowjetischer Militärparaden auf dem Roten Platz in Moskau sowie von chinesischen Interkontinentalraketen präsentiert.⁹

Allen auch in diesem Unterrichtsmagazin nachzulesenden Beteuerungen zum Trotz ist ersichtlich, dass das alte Feindbild aus dem Kalten Krieg zumindest partiell noch vorhanden ist und den jungen Menschen nahe gebracht wird. Dabei passieren auch dummliche Pannen. In einem Artikel über den Kosovo-Konflikt, gemeint ist wohl die völkerrechtswidrige NATO-Aggression gegen Jugoslawien, informiert eine Bildunterschrift, dass es sich dabei um schutzsuchende Zivilisten auf dem Marktplatz von Sarajewo handelt.¹⁰

⁶ Ebenda, S. 11.

⁷ Ebenda, S. 18.

⁸ Ebenda, S. 22 f.

⁹ Siehe ebenda, S. 24, 39, 41.

¹⁰ Siehe ebenda, S. 45.

Der III. Abschnitt befasst sich mit dem Problem des Krieges als letztem Mittel. Wer nun erwartet, etwas über den Artikel 51 der UN-Charta zu erfahren, sieht sich getäuscht, denn die zentrale Rolle spielt hier die Rechtfertigung des völkerrechtswidrigen NATO-Überfalls auf Jugoslawien. „Wie sollen sich die Entscheidungsträger in der NATO verhalten, wenn sie davon überzeugt sind, dass Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Nahbereich der NATO stattfinden, und wenn sie ihre Verantwortung respektive moralische Verpflichtung erkennen, die Vertreibung und Tötung Unschuldiger zu verhindern?“ So wird der damalige Außenminister Fischer zitiert.¹¹

Wie sich die Entscheidungsträger der NATO für diese Mission aufrüsteten, sollen zwei weitere Auszüge belegen: „Nicht nur Minister Scharping, auch Kanzler Schröder und Minister Fischer waren ein großartiges Beispiel für politische Führer, die nicht der öffentlichen Meinung hinterher rennen, sondern diese zu formen verstehen.“¹² Dieser Ausspruch des damaligen NATO-Sprechers Shea steht im Abschnitt *Gerechte Kriege*, zusammen mit einem Auszug aus dem erpresserischen Anhang B des so genannten Rambobillet-Abkommens und der Feststellung eines Beraters der damaligen US-Außenministerin Albright: „Es war unsere höchste Priorität, die Europäer dazu zu bringen, sich vereint hinter die Luftschläge zu stellen, indem wir den Aggressor und das Opfer klar definierten.“¹³

Nach all diesen Verdrehungen des Völkerrechts wird konstatiert, dass die Welt „ein System rechtlicher Bestimmungen (benötigt), um den Einsatz von Gewalt aus humanitären Gründen zu regulieren. Rechtliche Einschränkungen für humanitäre Interventionen sind notwendig, da Diktatoren damit kriminelle Übergriffe auf andere Staaten rechtfertigen könnten“.¹⁴

Die militärischen Übergriffe der Demokratien bleiben hier unerwähnt. Folgerichtig werden Rechtfertigungen für diesen Kriegstyp gesucht und dafür plädiert, dass die „Rechtfertigungsgründe für einen gerechten Krieg und militärische Interventionen überdacht werden.“ Ausgangspunkt hierfür seien „die *alten Kriterien*, die mit der Wiederentdeckung der Theorie des *gerechten Krieges* in Erinnerung gerufen werden sollen“.¹⁵

¹¹Ebenda, S. 42.

¹²Ebenda, S. 49.

¹³Ebenda, S. 48 f.

¹⁴Ebenda, S. 51.

¹⁵Ebenda, S. 43.

In der gesamten Argumentation wird etwas ganz Entscheidendes unterschlagen: Mit der ersten direkten und offenen deutschen Kriegsbeteiligung seit dem Zweiten Weltkrieg erfolgte ein Paradigmenwechsel in der deutschen Sicherheitspolitik. Die BRD beteiligte sich an einem Krieg, ohne dass sie selbst, oder einer ihrer Bündnispartner, angegriffen wurde. Es war die Preisgabe der durch das Grundgesetz gedeckten Landesverteidigung und der erste Schritt zu weltweiten Operationen einer Armee im Einsatz.

Abgeschlossen wird dieser Abschnitt mit einem Artikel über die Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofs und die Furcht der USA vor diesem. „Ihre Angst ist nachzuvollziehen, denn als Weltpolizei greifen die USA in viele Konflikte ein ... Die Amerikaner gehen lieber eigene Wege. Ihren Gegnern wollen sie selbst den Prozess machen, einen kurzen.“¹⁶

Die Darstellung der *Neue(n) Pfeiler für Frieden und Sicherheit* bildet den Schluss des Unterrichtsmagazins. Im Mittelpunkt stehen dabei die Fähigkeiten der neuen NATO nach der Prager Agenda sowie die Schaffung selbständiger europäischer Streitkräfte. „Damit europäische Streitkräfte nicht gänzlich in die Rolle des *Pacekeeper* gedrängt werden und um die Gefahr einer Abkopplung von den USA zu bannen, sollten bei der Weiterentwicklung der Streitkräfte auch Fähigkeiten zu solchen friedens erzwingenden Maßnahmen einbezogen werden, für die die Europäer bereits über signifikantes Potenzial verfügen.“ Dies würde eine „umfassendere Einbindung der Europäer in die amerikanischen Operationen und damit eine Stärkung der amerikanischen Durchhaltefähigkeit“ ermöglichen und sei zugleich eine „Grundlage für künftige eigenständige friedens erzwingende Operationen der Europäer ...“.¹⁷ Kurz ausgedrückt: Es geht um die „künftige Rolle eines gereiften Europa in der Weltpolitik“ auch als möglichen „Gegenentwurf zu den weltpolitischen Vorstellungen der USA, als *Korrektiv* beziehungsweise alternatives selbstbewusstes Machtzentrum ...“.¹⁸

Abschließend einige zusammenfassende Gedanken:

- Die Vielfalt der ausgewählten Beiträge darf nicht über das wahre Anliegen dieses Materials hinwegtäuschen. Das wird bereits im Editorial klargestellt. Die Flut flankierender ideologischer Maßnahmen und Einflüsse (Veranstaltungen von Traditionsverbänden der faschistischen Wehrmacht und der Waffen-SS, der Vertriebenenverbände u.a.; Kriege verherrlichende Literatur; Filme, Videos und DVDs; die Realität verfälschende Begriffe u.a.)

¹⁶Ebenda, S. 53.

¹⁷Ebenda, S. 64.

¹⁸Ebenda, S. 55.

machen dieses Unterrichtsmagazin zu einem Bestandteil der geistigen Manipulierung der Schuljugend.

- Es finden sich in diesem Magazin fast alle Prinzipien der Kriegsideologie des neuen Imperialismus wieder. Nur auf einige sei hier verwiesen: Wir wollen keinen Krieg, Schuld ist der Feind. Der Feind wird dämonisiert, meist in Gestalt des politischen Führers. Wir erfüllen eine höhere Mission (zum Beispiel Verteidigung der westlichen Wertegemeinschaft). Unsere Sache ist gut und gerecht. Der Feind ist besonders grausam und unmenschlich. Seine Kriegsziele sind verbrecherisch. Der Feind wendet besonders heimtückische Kampfmethoden an und benutzt unerlaubte Waffen. Bei unseren eigenen Operationen treten geringe, aber unvermeidbare Kollateralschäden auf. Zweifel an unserer Berichterstattung ist Nestbeschmutzung
- Die infolge der Überlegenheit der westlichen Industrienationen existierende militärisch-technische Asymmetrie soll die Siegeszuversicht stärken und die Gefährlichkeit solcher militärischen Abenteuer herunterspielen. Neben dem schon erwähnten Paradigmenwechsel in der Sicherheitspolitik bleibt auch die Darstellung der sicherheitspolitischer Interessen der BRD völlig unterbelichtet. Die militärische Sicherung des Zugangs zu Ressourcen und Märkten, die so genannten deutschen Interessen, sind also in erster Linie Interessen der Wirtschaft.
- Gelegentliche Kritik an der US-Außenpolitik verweist einerseits auf unterschiedliche Auffassungen bei Konfliktlösungen, ist aber andererseits auch dem Zeitpunkt der Entstehung dieses Materials geschuldet, als das *alte Europa* das Irak-Abenteuer der USA nicht mittragen wollte. Sicher ist es wissenschaftlich nicht korrekt, die heutige Situation in das Material hinein zu projizieren. Die Entwicklung zeigt allerdings, dass es heute eher aktueller ist als zur Zeit der ersten Herausgabe 2003. Unterstrichen wird das u.a. dadurch, dass alle neueren Ausgaben, einschließlich die von 2006, im Wesentlichen unverändert blieben.

Inhalt und Methode dieses Magazins lassen keinen Zweifel daran, dass einerseits der Nachwuchs der Bundeswehr ideologisch abgesichert wird, andererseits bei den Heranwachsenden, die selbst keinen Krieg erlebt haben, die Akzeptanz für die weltweiten Einsätze der Bundeswehr erreicht werden soll. Insofern ist Kriegsideologie niemals Selbstzweck, sondern stets Mittel zum politischen Zweck, in diesem Fall transformiert über die Schule.

Autor: Harry Pursche,
Diplomphilosoph, Leipzig.

Lothar Glaß

Ideologie, Feinde, Feindbilder

Indem Ideologie, kurz gesagt, geistiger Ausdruck einer Interessenlage ist, reflektiert sie immer auch andere, gegnerische Interessen. Sie behauptet ihre eigene Weltsicht gegen andere Auffassungen, Absichten und Ziele. So findet man in allen Ideologien Darstellungen der politischen und sozialen Gegner eigener Interessen. Die Spannweite des Realitätsgehaltes dieser Reflexionen ist groß. Sie reicht von sachlich, nüchtern-realistisch, über unterschiedliche Grade der Verzeichnung bis hin zu eifernder Verteufelung und Verdammung. Aber die Probleme liegen nicht nur auf der Ebene der Widerspiegelung der Interessen, sondern zunächst auch in der Realität, auf der Objektebene, in den tatsächlichen Interessen und ihrem Widerstreit.

Durch die Weltgesellschaft gehen viele Risse. An den Trennlinien stehen sich politische und soziale Kräfte als Gegner gegenüber. Diese soziale Gegnerschaft bewegt sich nach dem Vorrang der entgegengesetzten oder gemeinsamen Interessen im Verhältnis der Kontrahenten zwischen zwei Polen, zwischen Feindschaft und Partnerschaft sozialer Gegner. Während die Partnerschaft ihrem Wesen nach als friedliche Rivalität gekennzeichnet werden kann, ist die soziale Feindschaft eine Gegnerschaft, in der die Interessengegensätze aufs äußerste zugespitzt sind oder vermeintlich als absolut gelten. Sie schließt infolgedessen Partnerschaft aus. Im Bewusstsein der Feindschaft wird subjektiv die real bestehende Feindschaft widergespiegelt, oder es werden vorhandene Gegensätze übersteigert bzw. Feinde erfunden.¹ In der gesellschaftlichen Realität begegnen wir beiden – Feinden und Feindbildern. Zwischen ihnen gibt es viele Zusammenhänge, doch sie sind schlechthin nicht kongruent.

Die zunehmende Schärfe der Verteilungskämpfe um die knapper werdenden Ressourcen führt zur Zuspitzung des Verhältnisses der sozialen Gegner und bringt in nicht wenigen Fällen Feindschaft hervor. Die brutale Unterdrückung der Gegenwehr der Geplünderten, ihre ständige Demütigung schürt ihre Verbitterung und ihren Hass. Sie rufen Gegenattacken auf den Plan. Dass sie Feindschaft gegenüber der *zivilisierten* Welt empfinden, verwundert nicht.

Nicht nur die schwindenden Ressourcen, auch der drohende Kollaps der natürlichen Umwelt, nicht zuletzt die noch vorhandene, keineswegs geringer gewordene Gefahr einer nuklearen Katastrophe, verlangen gebieterisch eine demokratische, gleichberechtigte, friedliche Gestaltung der internationalen

¹ Siehe W. Scheler, L. Glaß, K. Götze, Freund oder Feind, in: Volksarmee, Nr. 04/1990.

Beziehungen, die Überwindung der Feindschaft zwischen sozialen Gegnern, damit das Raumschiff Erde nicht im heißen Nebel der Unvernunft verglüht. Die Interessengegensätze in friedlicher Rivalität auszutragen und nicht auf militärische Gewalt zu setzen, muss zur Maxime aller Staaten und politischen Kräfte werden.

Aber so weit sind wir noch nicht, leider noch lange nicht. Die Politik der USA, der NATO und anderer Mächte hat im letzten Jahrzehnt mehr Feinde gemacht als beseitigt. Das kann auf dem eingeschlagenen Kurs, die eigenen Interessen weltweit rigoros durchzusetzen, auch nicht anders sein. So hat zum Beispiel der Krieg gegen Irak Sarkawi und anderen Terroristen neue Freiräume geschaffen.²

Irak ist zum Ausbildungszentrum für angehende Dschihadisten aufgestiegen. Täglich kreierte die unnachgiebige US-Außenpolitik radikale Islamisten, die als Märtyrer sterben wollen und dabei unschuldige Zivilisten mit in den Tod reißen.³ Zudem nutzen radikale Islamgruppen seit Jahren das Internet, um für den Heiligen Krieg, den Dschihad, zu werben. In mehreren Sprachen lautet die Botschaft der islamisch-radikalisierten Gegenöffentlichkeit: „Der verdorbene Westen ist zum Untergang durch den heilbringenden Islam bestimmt.“ Es müsse weltweit ein Krieg gegen „Heiden und Kreuzritter“ geführt werden. Es sollen unter zahlreichen Internet-Verlinkungen auch Filme über Selbstmordattentate angeboten werden. Für die Kinder werden Dschihadkämpfer als Comic-Helden angepriesen. Die Glaubenskrieger nutzen das World Wide Web und stellen sich dort als mächtig und grausam dar.⁴ Ihre Mittel nehmen sich jedoch im Vergleich zum Propagandaapparat der *Anti-Terror-Krieger* eher bescheiden aus.

Nicht zu übersehen ist, dass es seit dem 11.09.2001 weltweit über 30 große Anschläge gab – in Madrid, London, auf Bali und Sinai, in Istanbul und Casablanca und weiteren Orten. Insgesamt waren es mehr als in den fünf Jahren vor dem Attentat auf das World Trade Center und der Eröffnung des weltweiten Krieges gegen den Terrorismus. Das ist ein Indiz für die Zunahme der Terrorgefahr und ein Zeichen von realer Bedrohung durch Terroristen. Zugleich ist es aber auch ein Indiz für die Erfolglosigkeit und Untauglichkeit des Krieges gegen den Terrorismus.

² Siehe H.-D. Winter, Wenn der Westen nicht abrückt ..., in: Neues Deutschland vom 13.10.2005.

³ Siehe A. Hackensberger, Radikalisierung der islamischen Welt, in: Neues Deutschland vom 11.06.2006.

⁴ Siehe R. Meyer, Dschihad im Internet - Überzeugen mit Gräueln, in: Neues Deutschland vom 13.09.2006.

Die Ängste, die durch Terroranschläge hervorgerufen werden, erfahren durch die Propagierung von Feindbildern eine Verstärkung. Ob nun vom *Terrorismus* oder *Islamismus* die Rede ist, beides wird begrifflich nicht exakt gefasst, so dass sich die unterschiedlichsten Vorstellungen damit verbinden lassen. Misstrauen gegenüber Bürgern arabischer Staaten, gegen muslimische Bürger des eigenen Landes, Verdächtigung von Ausländern aus den Entwicklungsländern und auch diffuse Fremdenfeindlichkeit werden durch diese Feindbilder genährt. Die Medien verbreiten den Eindruck, die Terroristen seien immer und überall unter uns. Kein Wunder, dass Angst um sich greift.

So hatten zum Beispiel vor der Fußballweltmeisterschaft 40 Prozent von 1.100 Bundesbürgern im Alter von 16 bis 65 Jahren Angst vor Terroranschlägen.⁵ Bei einer 2005 durchgeführten Befragung von je 500 Bürgern aus allen 15 EU-Staaten hielten 55 Prozent die Bedrohung durch den Terrorismus für stark, 43 Prozent dagegen für eher schwach. Am sichersten fühlten sich die Finnen, von denen nur 6 Prozent eine Bedrohung durch den Terrorismus sehen. Am größten ist die Angst in Großbritannien, wo sich 76 Prozent der Befragten durch den Terrorismus bedroht fühlen. In Deutschland waren es zu dieser Zeit 54 Prozent.⁶

Die Notwendigkeit, Terrorismus zu bekämpfen und Terrorakte zu vereiteln, bleibt unbestritten. Dazu ist der Einsatz polizeilicher und geheimdienstlicher Mittel legitim und wahrscheinlich auch effektiv, wenn darüber nicht vergessen wird, durch eine qualitativ veränderte Außen- und Entwicklungspolitik den Nährboden des Terrorismus auszutrocknen.

Vor allem muss immer wieder die Wahrung der Verhältnismäßigkeit bei der Wahl der Mittel gegen den Terrorismus angemahnt werden. Die Angst vor Terroranschlägen wird missbraucht, um die demokratischen Grundrechte einzuschränken.

„Der moderne Sicherheitsdiskurs dreht sich längst nicht mehr allein um Einzelmaßnahmen – die Rede ist von einer neuen Sicherheitsarchitektur“⁷, stellt Rolf Gössner, Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte fest. „Es geht im Kern dabei um zwei Tabubrüche, die auf dem Hintergrund deutscher Geschichte von besonderer Bedeutung sind. Erstens: die Militarisierung der ‚Inneren Sicherheit‘, in deren Mittelpunkt der Einsatz der Bundeswehr als reguläre Sicherheitsreserve im Inland stehen soll – obwohl Polizei und Militär

⁵ Siehe <http://www.sport-news.de/nachrichten/deutsche-im-wm-fieber.html>.

⁶ Siehe <http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/846/20826/>.

⁷ R. Gössner, Bürgerrechte in Zeiten des Terrors, in: Neues Deutschland vom 11.09.2006.

aus historischen Gründen sowie nach der Verfassung zu trennen sind. Zweitens: die verstärkte Verzahnung von Polizei und Geheimdiensten – entgegen dem verfassungsmäßigen Trennungsgebot, einer Konsequenz aus den Erfahrungen mit der Gestapo der Nazizeit. Damit sollte eine unkontrollierbare Machtkonzentration der Sicherheitsapparate verhindert werden. Gegenwärtig ist die gemeinsame ‚Antiterrordatei‘ von Polizei und Geheimdiensten das wohl brisanteste Vorhaben in dieser Hinsicht.“⁸

Zum Unterschied von einer wirksamen Bekämpfung des Terrorismus und der Vereitelung von Anschlägen ist der untaugliche Krieg gegen den Terrorismus vor allem auch ein ideologisches Konstrukt zur Verschleierung imperialistischer Geopolitik, also des Kampfes um ungehinderten Zugriff zu den begehrten Rohstoff- und Energieressourcen. Diese tatsächlichen Ziele werden durch die pauschalisierten Feindbilder der imperialistischen Kriegsideologie verdeckt.

Nun noch etwas zu einem speziellen Feindbild: Obwohl in den letzten fünf Jahren kein einziger Anschlag halbwegs sicher Al Qaida zuzuschreiben ist und es seit Dezember 2001 kein zuverlässiges Lebenszeichen von Bin Laden mehr gibt, könnte man Al Qaida heute für lebendiger denn je halten. Zwar ist in der Wirklichkeit kaum noch etwas von ihnen zu hören, aber in der Rhetorik des US-Präsidenten nehmen sie wahrhaft riesige Ausmaße an. Knut Mellenthin stellt in seinem Artikel *Al Qaida – tot und doch lebendig* fest: „Al Qaida ist heute in erster Linie ein Mittel westlicher Politiker und Medien, dem Feind einen einfachen Namen mit hohem Bekanntheitsgrad zu geben.“⁹

Interessant ist das Argumentationsmuster G.W. Bushs in seiner Rede am 05.09.2006 vor dem Offiziersverband in Washington:

- Er unterstellt, dass Al Qaida mit einer Medienkampagne einen Keil zwischen das amerikanische Volk und seine Regierung treiben will. Welche Medien in den USA das besorgen sollen, das verschweigt der Präsident geflissentlich.
- Die demokratischen Politiker, die die Folgen des Krieges gegen den Terror kritisieren, sind folglich nach Bushs Logik auf die Propaganda von Al Qaida hereingefallen.
- Bush erklärte weiter, Bin Laden und seine Verbündeten sind überzeugt, dass sie es schaffen können, Amerika zum Rückzug zu zwingen und seinen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu bewirken. Sie glauben, unsere Nation

⁸ Ebenda.

⁹ K. Mellenthin, *Al Qaida - tot und doch lebendig*, in: Neues Deutschland vom 11.09.2006.

ist schwach und dekadent, es fehle ihr an Geduld und Entschlossenheit. Aber damit irren sie sich.

- Also, wer die Kriegspolitik von Bush nicht unterstützt, macht sich zum Helfer Al Qaidas.
- Bush verglich in seiner Rede Al Qaida mit Lenin und Hitler, was zur neuen Propagandalinie passt, den islamischen Fundamentalismus mit dem Faschismus, dem deutschen Nationalsozialismus, gleichzusetzen.
- In dieser Logik sind alle, die den Krieg gegen den Terrorismus kritisieren, *Beschwichtigungspolitiker*.¹⁰

Ich möchte mir anschließend erlauben, dieses Argumentationsmuster des amerikanischen Präsidenten mit einem anderen dokumentierten Argumentationsmuster zu vergleichen. Ich zitiere: „Natürlich will kein Volk einen Krieg. Aber schließlich bestimmen die Führer des Landes dessen Politik, und es ist eine einfache Sache, das Volk darauf einzustimmen, ob es sich nun um eine Demokratie, eine faschistische Diktatur, ein Parlament oder eine kommunistische Diktatur handle. ... Das Volk kann mit oder ohne Stimmrecht immer dazu gebracht werden, den Befehlen der Führer zu folgen. Das ist ganz einfach. Man braucht nichts zu tun, als dem Volk zu sagen, es würde angegriffen, und den Pazifisten ihren Mangel an Patriotismus vorzuwerfen und zu behaupten, sie brächten das Land in Gefahr. Diese Methode funktioniert in jedem Land.“¹¹

Tatsächlich ähneln sich die beiden Argumentationsmuster wie eineiige Zwillinge. Fatal für den US-Präsidenten ist das allemal, denn das zuletzt Zitierte äußerte vor sechs Jahrzehnten Hermann Göring in seiner Gefängniszelle in Nürnberg gegenüber einem US-amerikanischen Gerichtspsychologen.

Die geistige Verwandtschaft aller imperialistischen Kriegspolitiker und Kriegsideologen tritt eben auch in den von ihnen konstruierten und propagierten Feindbildern in Erscheinung. Äußerst pragmatisch werden Tatsachen verfälscht, Halbwahrheiten und Lügen vermischt, nach Bedarf Fakten aufgebraucht oder unterbelichtet, um den Feind als amoralisch und unmenschlich darzustellen, mit ihm könne man nicht verhandeln, er müsse vernichtet werden.

¹⁰Siehe ebenda.

¹¹Zitiert nach G. Haller, Politische Auswirkungen von Angst und Besorgnis in der heutigen Welt, Referat anlässlich des Symposiums *Fear and Anxiety* mit Ihrer Heiligkeit dem Dalai Lama an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich, 04.08.2005, <http://www.grethaller.ch/2005/eth-150-deutsch.html>.

In der Feindbildpropaganda verschiedener Couleur, ob der nazistischen, christlich-fundamentalistischen oder islamisch-fundamentalistischen, wird der Feind entmenschlicht. Ihm werden die Menschenrechte abgesprochen. Die Moralisierung der Menschenrechte, die nur für die *Guten* anerkannt, den *Bösen* aber aberkannt werden, hat schlimme Folgen. Die von den US-amerikanischen Falken gesetzte Kategorie der *feindlichen Kämpfer*, die keinerlei Schutz der Genfer Konvention und des Strafrechts genießen, die Lockerung und Zersetzung des Folterverbotes in amerikanischen Lagern und Gefängnissen zeigen das bedrohliche Ausmaß der Erosion der Menschenrechte.

Die Moralisierung der Menschenrechte macht die Idee der Menschenrechte als solche hinfällig. Menschenrechte gelten für alle Menschen, oder sie gelten überhaupt nicht. Sie müssen alle Menschen schützen, besonders eben auch die, denen man misstraut, vor denen man Angst hat. Die Einschränkung von Grundrechten unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung in den westlichen Industrieländern beeinträchtigt die innere Stabilität dieser Staaten, die vom guten Funktionieren der Zivilgesellschaft mehr abhängt als von den staatlichen Machtmitteln. Außerdem kann die Methode der Einschränkung der Menschenrechte zur Terrorismusbekämpfung von Diktatoren kopiert werden, die unter diesem Vorwand jegliche Opposition unterdrücken. Abwehr und Bekämpfung des Terrorismus stehen und fallen mit der Behauptung und weiteren Entwicklung der Demokratie, mit der Realisierung und weiteren Ausgestaltung der Menschenrechte. Feindbilder müssen bekämpft und aufgelöst werden.

Autor: Dr. Lothar Glaß,

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V.

Siegfried Schönherr

Rüstungsfinanzierung in der neuen Phase des Kapitalismus¹

Vorbemerkung

Bei unseren Erörterungen zum neuen Imperialismus dominierten bisher – wie vom Thema verlangt - ideologische Aspekte. Ideologische Reflexe resultieren aber immer aus bestimmten Interessenlagen, die ihre Wurzeln in den ökonomischen Verhältnissen haben. Heutige Ideologieproduktionen in diesem imperialistischen System neuer Prägung sind demzufolge ein Spiegelbild der gewandelten objektiven Bedingungen, haben aber zugleich die Funktion, auf sie einzuwirken, sie zu verändern, sie den gegenwärtigen Verhältnissen anzupassen.

Wenn der ökonomische Hintergrund dieser Ideologie des neuen Imperialismus etwas näher ausgeleuchtet werden soll, geht es vor allem um die Beherrschung der Weltressourcen, bzw. um ein Eingreifen in den Verteilungskampf bei diesen Ressourcen sowie um ihre politische Kontrolle im Interesse der Supermächte. Militärische Macht der imperialistischen Hauptstaaten dient vorrangig diesen geostrategischen Zielen. Sie kommt aber selbst nicht ohne Inanspruchnahme wirtschaftlicher Ressourcen aus. Daraus ergibt sich ein Knäuel neuer Widersprüche in diesem Gesellschaftsmechanismus des neuen Imperialismus von politikprägender Wirkung.

Zur Ökonomie des neuen Imperialismus

Bei unseren philosophischen Schürfarbeiten über das gegenwärtige imperialistische Herrschaftssystem samt seinem Ringen um die Weltressourcen sollten wir einen ganz profanen Ausgangspunkt nie außer Acht lassen: Erdöl und andere fossile Brennstoffe gehen zur Neige. Der Höhepunkt der weltweiten Erdölförderung ist überschritten. In der ökonomischen Szenerie des neuen Imperialismus treten, nicht zuletzt unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, Züge hervor, die wir zwar aus früheren Entwicklungsphasen des Kapitalismus

¹ Auf der Grundlage des Kolloquiumsbeitrages ist eine umfangreichere Ausarbeitung entstanden, die inzwischen in einem separaten Heft der DSS-Arbeitspapiere veröffentlicht worden ist. Siehe S. Schönherr, Neuer Imperialismus – neue Seiten der Rüstungsfinanzierung. in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 82, Dresden 2007, 40 S.
Im Folgenden werden einige Kernaussagen zur Thematik abgedruckt.

durchaus kennen; sie erreichen in ihrer Totalität und Komplexität heute aber eine neue Qualität. Es sei nur auf Folgendes verwiesen:

- Fast alle neuen Kriege, die seit dem Ende der Ost-West-Blockkonfrontation geführt wurden oder gegenwärtig noch geführt werden, haben einen eindeutigen geostrategischen Hintergrund. Es sind Kriege zur Neuordnung der Welt mit dem Ziel einer dauerhaften und stabilen Ressourcenverfügbarkeit für die Supermächte, vor allem für die USA.
- Im Rahmen der Globalisierung hält das rücksichtslose und brutale Vorgehen der imperialistischen Hauptmächte bei der Zementierung der ungerechten Weltwirtschaftsordnung weiter an.
- Auf der politischen Ebene beobachten wir Kolonialisierungs- bzw. Neokolonialisierungstendenzen, die nicht nur dazu führen, die politischen Handlungsspielräume dieser Länder zu begrenzen; sie führen diese Staaten auch in ökonomischer Hinsicht auf ein Niveau zurück, das schon längst überwunden schien.
- In letzter Zeit setzt sich in der Weltgesellschaft nicht nur mehr und mehr die Erkenntnis durch, dass es für unseren Planeten auf Dauer keine Überlebenschance gibt, wenn nicht dringende Umweltprobleme gelöst werden, sondern ebenso das Bewusstsein, dass auch das volkswirtschaftliche Wachstum für die nächsten Generationen schon ernsthaft gefährdet ist und es endgültig eines größeren Mitteleinsatzes bedarf, um spürbar ökologisch gegenzusteuern.
- Mehr und mehr wird auch die Dominanz vor allem der G8-Staaten auf den internationalen Kapital- und Finanzmärkten zu einem weltwirtschaftlichen Desaster. Wenn im Zuge der Globalisierung zum Beispiel die USA jene Instrumentarien im Rahmen ihrer Zinspolitik vor allem dazu nutzen, dort in erster Linie Finanzierungsquellen für ihre aggressive Außen- und unsoziale Innenpolitik zu finden, und sie nicht in einer *hauseigenen* adäquaten Wirtschafts- und Finanzpolitik suchen, deren Konsequenzen dann auch im eigenen Land durchzustehen wären, kann das zu ungeahnten Gefährdungen des weltwirtschaftlichen Gleichgewichtes führen.

Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik führt zu einer Renaissance des globalen Wettrüstens

In dieser Summe politischer, ideologischer und auch ökonomischer Züge imperialistischer Machtpolitik gewinnt nun in den letzten Jahren der militärische Faktor immer mehr an Einfluss. Vor allem in außenpolitischer Hinsicht haben wir es mit einer fortschreitenden Militarisierung zu tun, ohne Differenzierungen zwischen den imperialistischen Hauptländern und auch zeitliche Nuancierungen bei ihnen zu übersehen.

- Die weltweiten Rüstungen bzw. Rüstungsausgaben sinken nicht, wie es sicherheitspolitisch möglich sowie ökonomisch und sozial wünschenswert wäre. In den letzten Jahren weisen sie eine wachsende Tendenz auf. 2005 betragen sie 950 Milliarden Euro. Damit sind sie in den letzten 10 Jahren um ein Drittel gestiegen.
- Auch die Rüstungsexporte weisen nach wie vor steigende Tendenz auf. 2005 betragen sie weltweit 35 bis 42 Milliarden Euro. Russland und die USA haben dabei einen Marktanteil von jeweils etwa 30 Prozent. Frankreich, Großbritannien und Deutschland weisen zusammen einen Marktanteil von etwa 20 Prozent auf. Obwohl der BRD-Rüstungsexport 2004 leicht rückgängig war, nahm er 2005 wieder zu.
- Natürlich ist auch bei Rüstungen bzw. Rüstungsausgaben eine differenzierte Betrachtung angesagt. Während die USA für ihren stark militärisch determinierten Kurs der Außen- und Sicherheitspolitik, in deren Ergebnis es immer wieder zu regulären Kriegen kam, ihr Bruttoinlandsprodukt (BIP) mit etwa 3,7 Prozent belasten, erreichen viele europäische NATO-Staaten die in diesem Militärbündnis vereinbarte völlig unakzeptable 2-Prozent-Grenze nicht. Die BRD blieb 2004 mit 1,4 Prozent noch unter dem Wert von 2000 (1,6 Prozent).
- Auch die Auslandeinsätze deutscher Streitkräfte führen zu steigenden Rüstungslasten. Wenn zum Beispiel gegenwärtig verstärkt der Versuch unternommen wird, den Wandel dieser Einsätze der Bundeswehr von Hilfs- zu Kampfeinsätzen als die objektiv notwendige Präzisierung einer Traditionslinie darzustellen, ändert das nichts an der Tatsache, dass die Bundeswehr mehr und mehr zur Besatzungsarmee mit Kampfauftrag wird. Und das hat seinen Preis, auch in ökonomischer Hinsicht.
- Eine überproportionale Rüstung ist in den Schwellenländern festzustellen. Das Rüsten in den imperialistischen Hauptmächten, vor allem in den USA, animiert viele dieser Länder, Ähnliches zu tun. Sie alle sehen vor allem in der USA-Rüstung einen Rechtfertigungsgrund, nachzuziehen.
- Einige Staaten dieser Dritten Welt setzen nicht mehr nur auf herkömmliche Rüstungen, sondern versuchen verdeckt oder offen, ihre Atomrüstung zu steigern bzw. überhaupt erst aufzunehmen. Ihr Denkansatz: Nur wer die Atombombe und die Fähigkeit hat, sie in bestimmte Ziele zu bringen, ist vor dem Unilateralismus der USA und der Durchsetzung ihrer *vitalen* globalen Interessen sicher. Diese Renuklearisierung des Sicherheitsdenkens kann aber letzten Endes nur verhindert werden, wenn auch die Atom-Monopolisten ihren Verpflichtungen aus dem Atomwaffensperrvertrag von 1974 nachkommen.

Wir haben es also mit neuen Tendenzen des Wettrüstens zu tun. Unter anderem Vorzeichen und in anderen Dimensionen soll auch heute wieder eine Art Gleichgewicht des Schreckens erzeugt werden – und zwar nicht mehr Ost gegen West, sondern Süd gegen Nord und umgekehrt. Dabei ist zu beachten, dass viele Staaten der Peripherie, bei allem ökonomischen Rückstand zu den Staaten der Basis, heute über weitaus mehr ökonomische und finanzielle Ressourcen verfügen, um aufzurüsten und auch kriegerische Handlungen zu beginnen bzw. sich ihrer eine zeitlang zu erwehren, als in früheren Zeiten.

Die militante Politikerkaste nutzt für eine solche menschenverachtende Strategie einen ökonomischen Trend zur Zeit der Ost-West-Blockkonfrontation aus und versucht der gegenwärtigen Weltgesellschaft zu suggerieren, dass er noch immer anhalte bzw. wieder aufleben könne: Hochrüstung auf beiden Seiten der Lager und lang anhaltende ununterbrochene wirtschaftliche Prosperität mit steigendem Konsumwachstum für breite Bevölkerungskreise im westlichen – und mit Abstrichen – auch im damaligen östlichen Lager.

Die heutige Konfliktlage weist zwar enorme Unterschiede zur Vergangenheit auf, in ihrem Wesen hat sie sich aber kaum verändert. Durch die Renaissance dieses spezifischen Wettrüstens ist die Welt unsicherer und gefährlicher geworden.

Finanzierungsnöte der Bundeswehr – Folge einer militärisch dominierten Außen- und Sicherheitspolitik

Diese neuen Rüstungen gehen – vor allem in den imperialistischen Hauptländern – weit über den Auf- und Ausbau der Streitkräfte hinaus. Wir haben es heute nicht nur mit einer Globalisierung der Wirtschaft zu tun. Die dazu vermeintlich notwendige Globalisierung der Außen- und Sicherheitspolitik mit ihrer dominierenden militärischen Komponente zieht auch eine Globalisierung der Rüstung nach sich:

- Aufbau und Unterhalt eigener Streitkräfte auf zeitgemäßem technischem Niveau und in Dimensionen, die beliebige Auslandseinsätze in den unterschiedlichsten Regionen der Welt ermöglichen;
- Transport des Militärs und der sie unterstützenden Kräfte in die betreffenden Krisenräume, einschließlich der dazu benötigten Stützpunkte und Basen inner- und außerhalb der NATO;
- Gewährleistung des militärischen Einsatzes zur Krisenbewältigung selbst, der meist unter Bedingungen erfolgt, die die eingesetzten Streitkräfte auf Grund ihrer Ausbildung und Ausrüstung in ihrer gegenwärtigen Konfiguration überfordert;

- Beherrschung der unmittelbaren sozialen Folgen des militärischen Einsatzes wie humanitäre Hilfe gegenüber der Zivilbevölkerung, Beherrschung der Flüchtlingsströme, Gewährleistung der Sicherheit der Menschen in den Einsatzgebieten;
- Aufbau und Unterhaltung einer aufwändigen Logistik und Infrastruktur zwischen dem heimatlichen Stationierungs- und dem Einsatzgebiet;
- Versorgung von Flüchtlingen auf ihren Fluchtwegen bzw. im Territorium des eigenen Landes sowie ihre spätere Rückführung;
- Rückführung der eigenen Streitkräfte und der sie unterstützenden Einrichtungen aus den Einsatzgebieten;
- Errichtung und Unterhaltung von Verwaltungsstrukturen bzw. Gewährleistung einer Art Besatzungsmacht mit allen sich daraus ergebenden völkerrechtlichen Konsequenzen im Einsatzgebiet.

Die Globalisierung des Militäreinsatzes und die Schaffung entsprechender ökonomischer Voraussetzungen im Rahmen heutiger Sicherheitspolitik führen zu einer nicht hinnehmbaren Pervertierung des Militärischen. Es wird Krieg geführt mit dem schon vorher bewusst kalkulierten Ergebnis, dass die kriegführenden Länder auch für die engeren und weiteren Kriegsfolgen aufkommen müssen. Für diese Aufwendungen gibt es dann keine echte Alternative mehr. Sie sind nicht mehr dispositiv. Die Zivilgesellschaft hat dann dafür aufzukommen, sie wird gewissermaßen in Geiselhaft für eine verfehlte Außen- und Sicherheitspolitik genommen.

Nun tritt in Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen militärökonomischen Situation weltweit – und auch für die BRD – folgendes Phänomen auf: Die Diskrepanz zwischen Finanzmittelbedarf und Möglichkeiten des Finanzmittelzuflusses zur Realisierung einer verfehlten Außen-, Sicherheits- und Streitkräftepolitik der NATO resultiert aus Finanzierungsnöten der öffentlichen Haushalte, keineswegs – auch wenn das zunächst pervers klingen mag – aus nicht vorhandenen Geldmitteln der Gesellschaft.

Im neuen Imperialismus zeigt sich ein alter Widerspruch, aber in neuer Qualität: Die öffentlichen Haushalte schrumpfen im Vergleich zu den politischen, ökonomischen, wissenschaftlichen, kulturellen u.a. Aufgaben, die im Zeitalter der Globalisierung im Interesse der Systemstabilisierung und -erhaltung zu lösen sind, bzw. wachsen nur in einem Maße, das es nicht gestattet, den daraus resultierenden Anforderungen gerecht zu werden. Überall wird von Finanzierungsnöten der öffentlichen Aufgaben gesprochen.

Parallel dazu kommt es aus der Sicht der Umverteilung des BIP zu einer extrem hohen Akkumulation von Geldmitteln im privaten Bereich. Nun käme es zu einer völlig falschen Innenansicht der gegenwärtigen BRD-Gesellschaft,

wenn nicht deutlich hervorgehoben werden würde, dass die privaten Haushalte in äußerst unterschiedlicher Weise an diesem Zufluss der Geldströme beteiligt sind. Wenn man die gewachsenen Kapitaleinkommen den stagnierenden bzw. sogar sinkenden Arbeitseinkommen gegenüberstellt, kann man auf gigantische Umverteilungsprozesse in der Gesellschaft von unten nach oben schließen.

Neue Wege der Rüstungsfinanzierung – bekannte politische und soziale Folgen

Geldmittel in privater Hand – erst recht, wenn sie bei einigen Wenigen konzentriert sind – drängen auf die Märkte und suchen adäquate Verwertungsbedingungen. Es bilden sich völlig neu dimensionierte und strukturierte Geld- und Kapital- oder Finanzmärkte heraus. Schon seit langem beobachten wir die Tendenz, dass immer mehr öffentliche Aufgaben privat finanziert werden bzw. werden müssen.

Multinationale Konzerne liegen auf der Lauer, um in diese ökonomisch lukrativen und politisch einflussreichen Geschäfte einzusteigen. Immer öfter kommt es zu Modellen einer öffentlich-privaten Partnerschaft (ÖPP), auch Public Private Partnership (PPP) genannt. Der Staat zieht sich damit aus gemeinwirtschaftlicher Verantwortung zurück, und zwar aus Gesellschaftsbereichen und dem Gemeinwohl dienenden Aufgaben, für die es keine echte Alternative gibt. Das hat Folgen im Sozialbereich, die noch keineswegs abzusehen sind.

Im Gegenzug ermöglicht er Fonds oder Fondsgesellschaften u.ä. Einrichtungen Anlagemöglichkeiten, die zu einer marktbeherrschenden Stellung im öffentlichen Sektor führen können und auf Dauer den rigorosen Abbau von Sozialleistungen des Staates beschleunigen werden. Das führt zu einer Stärkung der privaten Gewinnwirtschaft und keineswegs zu einer angeblich reformierten sozialen Marktwirtschaft. Solche Tendenzen und Erscheinungen sind nun auch im Sicherheits- und Streitkräftebereich zu beobachten.

In das übliche Volkswirtschafts-Deutsch übersetzt, heißt das: Die kollektiven Bedürfnisse moderner imperialistischer Staaten umfassen auch sicherheitspolitische und militärische, wenn auch in einem keineswegs gerechtfertigten Ausmaß und in einer den Weltfrieden bedrohenden Art und Weise. Sie können aber nur im Rahmen eines objektiv gegebenen Bedarfs befriedigt werden, also einer echten zahlungsfähigen Nachfrage auf dem Markt, zum Beispiel dem Arbeits- und Rüstungsmarkt. Diese zahlungsfähige Nachfrage ist aber aus den öffentlichen Haushalten nicht mehr bzw. nicht mehr voll zu gewährleisten. Sie existiert aber auf Grund einer forcierten neoliberalen Wirtschafts-

und Finanzpolitik immer mehr im privaten Sektor der Gesellschaft, auf den nationalen und internationalen Kapital- und Finanzmärkten. Unzählige, meist international tätige Investmentfonds, Beteiligungsgesellschaften u.a. tummeln sich heute auf diesen Märkten.

Parallel zu diesen neuen Möglichkeiten der Finanzierung des militärischen Machtapparates bilden sich neue Beschaffungsmethoden heraus bzw. werden bisher angewandte modifiziert. Freilich besteht zwischen beiden militärökonomischen Phänomenen in der Praxis eine Wechselwirkung, die dann, wenn wir es mit einer Kategorie der Politik belegen, zu neuen Seiten der ökonomischen Rüstung führt.

Es treffen also zwei Entwicklungstendenzen des modernen Imperialismus aufeinander: forcierte Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik mit einem enormen Bedarf an ökonomischen Ressourcen auf der einen und Drang nach profitabler Verwertung von überschüssigem Kapital der weltweit tätigen Fonds- oder Beteiligungsgesellschaften u.a. Institutionen des Finanzkapitals auf der anderen Seite.

Das führt zu einem Verflechtungsgefüge, dem mit alten Untersuchungs- und Erklärungsmustern nicht immer beizukommen ist. So, wie wir berechtigterweise von einem neuen Imperialismus sprechen, können wir auch neuartige Finanzierungspraktiken seiner ökonomischen Rüstung beobachten. Dabei ist zwischen Praktiken zu unterscheiden, die schon angewendet werden und solchen, die noch in der politischen Diskussion, wissenschaftlichen Erörterung oder praktischen Erprobung sind.

Leasing von Rüstungsgütern

Ein Weg, der Kapitalknappheit vor allem bei der Streitkräftefinanzierung zu begegnen, wird in neuen Beschaffungsmethoden und den sich daraus ergebenden alternativen Finanzierungsmöglichkeiten gesehen, wie sie teilweise schon seit längerem im Ausland erprobt worden sind. Eine dieser Methoden ist das Rüstungs-Leasing. Bewegliche und unbewegliche Kampfmittel sollen gegen Entgelt gemietet, statt gekauft werden. Langfristige Nutzung von Fremdeigentum als Ersatz für Vermögen, das aus öffentlichen Geldern nicht mehr beschafft werden kann, ist angesagt.

Börsengängige Finanzierung von Streitkräften

Während Rüstungs-Leasing weltweit und in der Bundeswehr schon in größerem Umfang praktiziert wird, ist die Forderung nach börsengängiger Finanzierung von Streitkräften noch ein Diskussionsthema. Die Vordenker auf diesem Gebiet favorisieren zum Beispiel Staatsanleihen für konkrete militärische Unternehmungen, die nach Abschluss zu Renditezahlungen führen,

oder Sponsoring bestimmter Branchen (Ölindustrie) gegenüber Streitkräfteeinrichtungen. Aber auch Betreiberfonds, zum Beispiel militärische Investmentfonds für Depots, Kasernen, Flugplätze u.ä., stehen hoch im Kurs.

Privatisierung militärischer Bereiche

Seit Jahren schon sieht die politische und militärische Führung der Bundeswehr, assistiert von Parlamentariern, Funktionären der tonangebenden Parteien und großen Teilen der zuständigen Wissenschaft, ein umfangreiches Einspar- und Effektivitätspotenzial bei der Ressourcenbereitstellung und -verwendung für sicherheitspolitische Zwecke in der Privatisierung nicht unmittelbar militärisch relevanter Einrichtungen der Streitkräfte und anderer Sicherheitsbereiche.

Eine neue Qualität erreichten diese Bestrebungen bekanntlich in der Amtszeit des ehemaligen Bundesverteidigungsministers Scharping, etwa ab 1999, der mit der Einrichtung der GEBB (Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb mbH) dafür sorgte, dass viele PPP (Public Private Partnerships) im Bereich der Bundeswehrverwaltung, zum Beispiel im Beschaffungswesen, entstanden und zu einer gewissen Neuorientierung und konzeptionellen Weiterentwicklung dieser klassischen militärökonomischen Aufgabe führten. Offen wird von einer Re-Orientierung oder Re-Konzeptionierung der Militärökonomie gesprochen.

Modernes Unternehmensmanagement in der Bundeswehr

Mit großem Aufwand und bescheidenem Erfolg wurde und wird von Scharping über Struck bis zu Jung versucht, die schon von den Verteidigungsministern in der Kohl-Ära angedachte Einführung moderner Management-Methoden in die Bundeswehr weiter zu beschleunigen. Bevorzugte Kooperationsfelder waren Instandsetzung und Logistik, Fernmelde- und Führungssysteme, Informationstechnologien, Liegenschaftsverwaltung u.a. 14 Pilotprojekte wurden damals vereinbart. Wie nicht anders zu erwarten war, erwies sich der Koloss Bundeswehr mit seinem überdimensionalen Logistikapparat aber als sehr beraterresistent, und die Kooperation mit führenden Wirtschaftsunternehmen kam und kommt nur äußerst schleppend voran, da ihr betriebswirtschaftliches Denken naturgemäß einseitig gewinnorientiert ausgerichtet ist.

Ökonomisches Denken und Handeln in der Bundeswehr

Parallel zu den neuen Finanzierungspraktiken und Beschaffungsmethoden sowie einem entsprechenden effektivitätsorientierten Management läuft schon seit geraumer Zeit ein Prozess, der vor allem die innere Verfassung der Bundeswehr verändern und zeitgemäßer machen soll: die Nutzung der Kostenrechnung als Führungsmittel.

Zurzeit befindet sich die Bundeswehr in einer Umbruchphase, und betriebswirtschaftliche Führungsmethoden greifen noch nicht zufriedenstellend. Offensichtlich ist aber die Hauptursache für die fehlende Wirkungstiefe der geschaffenen militärbetriebswirtschaftlichen Instrumentarien, dass sie nach wie vor nicht in die seit jeher bestehenden militärischen Führungspraktiken eingepasst bzw. ihnen angepasst sind. Abhilfe soll geschaffen werden, indem man eine Ergebnisorientierte Steuerung (EOS) einführt.

Rüstungsintegration durch die Europäische Rüstungsagentur

Natürlich verlaufen Rüstung und Rüstungsfinanzierung im Sicherheitsbereich nicht außerhalb der europäischen Integrationsprozesse. In EU-Europa etabliert sich ein im Wesentlichen gemeinsamer offener Markt, der ab 2007 27 EU-Mitglieder hat und zudem in einem noch umfangreicheren europäischen Wirtschaftsraum dominierend eingepasst ist. Einer solchen Globalisierung unterliegen auch die Rüstungsmärkte, obwohl sie bisher doch sehr abgeschottet existierten und die nationalen ökonomischen Interessen stark dominierten. Für die BRD traf das in besonderer Weise zu.

Unter diesem Gesichtspunkt und in Anbetracht immer knapper werdender Haushaltsmittel für die Rüstung gibt es schon jahrzehntelang Überlegungen, eine Europäische Rüstungsagentur zu etablieren, die entsprechend der jeweils im Rahmen der EU erteilten Aufträge integriert produzierte Militärtechnik u.a. den einzelnen Ländern auf effektive Weise zuführen soll.

Mittlerweile ist diese Europäische Rüstungsagentur (EDA) installiert und soll nun endgültig zu einer Liberalisierung der bisher doch sehr streng national organisierten und dirigierten Rüstungsmärkte führen. Alle Projekte mit mehr als einer Million Beschaffungswert werden künftig in einem EU-weiten Internetportal ausgeschrieben, um dadurch den Rüstungsfirmen aller Mitgliedsstaaten die Möglichkeit zu geben, Angebote zu unterbreiten und am Rüstungsgeschäft zu partizipieren.

Europäische Rüstungsbank

Während alle bisher angeführten neueren Wege der Rüstungsfinanzierung und Rüstungsbeschaffung sich schon im Stadium der Realisierung befinden bzw. unmittelbar auf ihre Einführung hingearbeitet wird, befindet sich das Vorhaben *Europäische Rüstungsbank oder -banken* noch in der Diskussion. Eine entsprechende Studie geht von einer dreigliedrigen europäischen Institution in diesem Politikfeld aus: EU-Beschaffungsagentur (also EDA - d.V.), EU-Logistikagentur und EU-Verteidigungsbank.

Dass in den marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaftssystemen zum profitorientierten Fluss der Wert- und Geldströme zwischen den beteiligten

Sektoren Haushalte, Unternehmen und Staat auch Banken gehören, ist eine Binsenweisheit. Auch im Rüstungskreislauf müssen sie eine aktive Rolle als Geldsammel- und -verteilungsstellen spielen. Selbstverständlich kommt hinzu, dass die stärkere Inanspruchnahme der globalen Finanzmärkte für die Rüstung und eine ausgeprägte Spezifik in den militärischen Beschaffungsprozessen der einzelnen Staaten auch Finanzdienstleister benötigt, die über entsprechende Erfahrungen und Sachkenntnisse verfügen.

Natürlich zeigt sich der heutige Imperialismus auch hier in seiner staatsmonopolistischen Form. Die Grundfinanzierung solcher Banken soll schon durch einen Mittelzufluss aus den nationalen Budgets erfolgen, sodass der zunächst weniger profitabel erscheinende primäre Kapitalfluss als Innenfinanzierung aus den EU-Ländern zu erfolgen hat. Danach erst soll eine profitable Fremdfinanzierung aus dem privaten Bereich einsetzen.

Neue Formen der Rüstungsfinanzierung – kein Ausweg aus einer verfehlten Außen- und Sicherheitspolitik

Die seit längerer Zeit zu beobachtende Restitution des Krieges als Mittel der Politik, die in den USA demagogisch als globaler Kampf gegen den Terrorismus verpackt wird, forciert also weltweit die ökonomischen Rüstungen, formt neue Seiten der Rüstungsfinanzierung aus und bringt modifizierte oder neuartige Beschaffungspraktiken im Streitkräftebereich hervor. Die rigorose Neoliberalisierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik erfasst also schon längst den Rüstungssektor. Unterschiedlich in den einzelnen kapitalistischen Hauptstaaten, haben wir es mit einem Marktfanatismus zu tun, der das Sozialstaatsprinzip immer mehr aushöhlt und die soziale Marktwirtschaft, wo sie denn vorhanden war oder ist, in die Bahnen eines immer ungezügelteren Marktkapitalismus drängt.

Warum sind nun diese bisher skizzierten neuen Formen der Rüstungsfinanzierung, die im zivilen Bereich mitunter schon lange gang und gäbe sind und zudem auch finanztechnisch schon erprobt wurden, kein Ausweg aus den Finanznöten der öffentlichen Haushalte im Allgemeinen und der Streitkräfte im Besonderen?

Bei der Beantwortung dieser Frage wird zunächst einmal außer Acht gelassen, dass sich ja die imperialistischen Hauptländer in diese Finanzierungsnöte selbst begeben haben, bzw. sie immer wieder selbst verursachen. Im Unterschied zu anderen Finanzierungsdefiziten der öffentlichen Haushalte, wie etwa im Umwelt- oder Sozialbereich, die natürlich auch das Ergebnis untauglicher politischer Strategien sein können, resultieren leere Kassen für Rüstungen ausschließlich aus einer falschen Politik, aus einer Weltordnungspolitik,

die irri- gen Prioritäten setzt und mit vorwiegend untauglichen Mitteln, nämlich militärischen, durchgesetzt werden sollen.

Renditeorientierte Rüstungsfinanzierung verstärkt die Militarisierungstendenzen

Alle Bestrebungen, aus den sehr differenzierten und vielschichtigen Finanzmärkten Geldströme in den Sektor Staat, in seine Streitkräfte bzw. den Sicherheitsapparat zu lenken, sind renditeorientiert. Nicht Patriotismus oder Gemeinwohlverantwortung – warum auch? – ist das Motiv, sondern reine Gewinnerwartung. Sie wird zum entscheidenden Steuerungsziel und das dominierende Steuerungsinstrument ist der Markt. Das eingesetzte Kapital soll verwertet werden. Das kann nur durch Perfektionierung des Unternehmensgegenstandes erfolgen, also bestenfalls durch den Auf- bzw. Ausbau der Streitkräfte, schlimmstenfalls durch ihren bedingungslosen Einsatz – bis hin zu Kampfeinsätzen. In solchen kapitalmarktorientierten Anlagestrategien ist also von vorn herein eine Militarierungs-, schlimmer noch, eine Kriegslogik eingebaut, ganz gleich, ob sie sich verwirklicht oder nicht. In der Tendenz ist sie immer vorhanden.

Privatisierung der Rüstung führt kaum zu volkswirtschaftlicher Effektivität

Die tatsächlichen Einsparmöglichkeiten bei Rüstungen, die privat – also über den Kapitalmarkt – finanziert werden, sind äußerst begrenzt. Die real zu erreichende volkswirtschaftliche Effektivität ist anzuzweifeln. Zu einer solchen Einschätzung berechtigen Erfahrungen, die in letzter Zeit mit solchen Finanzinvestoren wie Betreiberfonds bzw. Fondsgesellschaften u.ä. in zivilen Bereichen gemacht worden sind.

Es kann nicht negiert werden, dass in Einzelfällen öffentliche Aufgaben erfolgreich privat finanziert werden können, vor allem, wenn es darum geht, zeitweilige Liquiditätsschwierigkeiten – zum Beispiel bei kommunalen Haushalten – zu überwinden und kurzfristig Finanzierungslücken zu schließen, die zu keinem dauerhaften Abhängigkeitsverhältnis führen und die politischen Spielräume der Öffentlichen Hand nicht wesentlich einengen.

In letzter Zeit mehren sich negative Einschätzungen. Oft führten privat finanzierte staatliche Aufgaben zu erheblichen negativen Konsequenzen für Bund, Länder oder Kommunen. Es kann auch im militärischen Bereich nicht ausgeschlossen werden, dass man sich – besonders bei Inanspruchnahme von ausländischem Beteiligungskapital – einer *Heuschreckenmentalität* der Finanzinvestoren aussetzt.

Wie bei anderen nicht über den Haushalt finanzierten Vorhaben im Militärbereich ist also auch hier stets zu beurteilen, ob eine mögliche momentane Liquiditätssicherung auch zu einer dauerhaften Bonität führt und somit den entsprechenden öffentlichen Haushalt wirklich entlastet. Zudem darf man der Frage nicht ausweichen, ob die folgenden sozialen Lasten kalkulierbar – und letzten Endes vertretbar sind. Sie treffen stets die gesamte Gesellschaft und sind in der Endkonsequenz schließlich nur vom Steuerzahler zu tragen.

Privatisierung der Rüstung führt kaum zu militärischer Effizienz

Wie immer man auch zur gegenwärtigen Rolle der Streitkräfte und ihrer Funktion im Kontext aktueller Sicherheitspolitik stehen mag, es bleibt festzustellen, dass die meisten dieser neuen Finanzierungsformen, die über den Kapitalmarkt erfolgen, meist auch mit der Spezifik der militärischen Tätigkeit nicht vereinbar sind. Sicherlich könnte heute ein militärisches Depot mit privatem Kapital betrieben werden, ohne dass es mit dem Streitkräfteauftrag kollidiert. Wenn es aber, wie es mittlerweile regierungsoffiziell ist, bei der Bundeswehr nicht mehr in erster Linie um Landesverteidigung geht, sondern um Wahrnehmung internationaler Verpflichtungen, müssen Streitkräfte kampf-einsatztauglich gemacht werden, samt der dazu gehörenden Verwaltung, speziell der Logistik.

Hier bewirkt dann die Macht des Faktischen, dass private Teilfinanzierungen oder private Firmen schon im Versorgungsbereich sachlich-militärisch äußerst fragwürdig sein könnten. In diesem Sektor würde die Wahrnehmung des staatlichen Machtmonopols der Hoheitsträger und das Agieren von zum Beispiel privaten Investmentfonds weder militärisch noch ökonomisch Sinn machen. Es wäre zu befürchten, dass bei direktem Streitkräfteeinsatz dann ein solcher nachträglicher ökonomischer und finanzieller Aufwand betrieben werden müsste, der eine Kostenlawine ins Rollen bringen würde.

Herausbildung eines Militär-Finanz-Komplexes – Konsequenz der Militarisierungsbestrebungen des neuen Imperialismus

Für den gegenwärtigen neuen Imperialismus ist unter den Bedingungen der Globalisierung also das immer stärkere Zusammenwachsen der Macht- und Geldeliten typisch. Durch eine in der Tendenz sich verstärkende Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik und eine damit einhergehende Forcierung der ökonomischen Rüstung bei den Supermächten wird das verstärkt, besonders durch die Anwendung kapitalmarktüblicher Finanzierungsformen. Auch die Eliten des militärischen Machtapparates und der finanzstarken Geldbourgeoisie verbinden sich also zunehmend.

Wenn wir über solche Fusions- und Konzentrationsprozesse zwischen Streitkräften und Rüstungswirtschaft im engeren Sinne sprechen, belegen wir das mit dem Begriff Militär-Industrie-Komplex. Wenn wir Kooperations- und Verschmelzungsprozesse zwischen dem militärischen Machtapparat und dem internationalen Finanzkapital im weiteren Sinne beurteilen, müsste man von einem Militär-Finanz-Komplex sprechen. Eine solche begriffliche Unterteilung scheint durch die Entwicklung in den letzten Jahren notwendig und berechtigt zu sein. Beide Komplexe durchdringen sich natürlich und existieren nur in der Abstraktion als selbständige sozialökonomische Erscheinungen.

Es bilden sich heute also ökonomische, finanzielle, politische und militärische Monopolstrukturen heraus, die ihre außerordentlich starken Machtpositionen unter Ausnutzung der militärischen Machtapparate rücksichtslos in den Dienst zur Schaffung einer neuen Weltordnung stellen können.

Wenn in diesem Zusammenhang im Konjunktiv gesprochen wird, ist das keine Unterschätzung dieser Gefährdung. Eine solche Lesart resultiert aus dem festen Vertrauen, dass die *Falken* in dieser Szenerie durch eine starke Gegenöffentlichkeit gebremst werden können, nicht zuletzt aus Ursachen heraus, die ebenfalls in der Ökonomie des Imperialismus zu suchen sind. So dominant und systeminhärent das Streben der politischen Eliten in den Supermächten nach totaler und globaler Marktherrschaft – einschließlich des Rüstungsmarktes – auch sein mag, so unterschiedlich sind in ihrem Bewusstsein die Wege dahin ausgeprägt.

Für einen gerechten und sicheren Frieden eintreten heißt auch, den Kampf gegen moderne Rüstung und Rüstungsfinanzierung zu führen

In der heutigen Zeit, so scheint es, sind diese militär- bzw. finanzökonomischen Gesichtspunkte bei der Beurteilung von Sicherheits- und Militärpolitik der Großmächte in den Hintergrund gedrängt worden. Und wenn eine regierungskritische Öffentlichkeit davon Notiz nimmt, so betrifft das meist nur einzelne Seiten dieser Prozesse, etwa den Rüstungsexport und seine Finanzierung.

Dadurch berauben wir uns aber einer Informationsmöglichkeit und verzichten auf einen Mobilisierungsfaktor im Ringen um eine gerechte Friedensordnung. Das ist bedauerlich, da heute in der Rüstung und Rüstungsfinanzierung sehr widersprüchliche Tendenzen offen zutage treten und uns gemeinsam vor erhebliche Orientierungsschwierigkeiten stellen. Nicht nur Streitkräfteentwicklung und Sicherheitspolitik haben neue, bisher kaum bekannte Gesichter. Auch zu ihrer Finanzierung laufen – neben den herkömmlichen – innovative

Prozesse ab, die schwer erkenn- und durchschaubar sind. Sie sollten stärker thematisiert werden, ohne dass das Hauptgeschäft, das Hauptereignis, der Militäreinsatz etwa, aus dem Fokus gerät.

Die subjektive Wahrnehmung dieser neuen qualitativen Rüstung und der modifizierten Finanzierungspraktiken bleibt aber hinter diesen real ablaufenden Prozessen zurück. Es ist zwingend notwendig, diese Defizite zu beseitigen. Es ist wieder mehr ins öffentliche Bewusstsein zu rücken: Widerstand gegen eine militarisierte Außen- und Sicherheitspolitik hat sich selbstverständlich gegen falsche Sicherheitsstrategien oder -taktiken, gegen unverantwortliche politische oder militärische Aktionen – in welchem Krisengebiet auch immer – zu richten. Aber die Voraussetzungen jeder Sicherheits- und Militärpolitik werden mittels Rüstung und ihrer Finanzierung geschaffen.

Sie sind in der Regel das erste Glied unheilbringender Verkettungen. Wenn schon die politisch gewollte Ursache, nämlich Rüstungsaktivitäten der Verantwortlichen im eigenen Land, in der EU, in der NATO angeprangert wird, können bestimmte Folgen mitunter gar nicht erst eintreten bzw. viel unterschiedener durch gezielte Aktionen planvoll bekämpft werden.

Autor: Prof. Dr. Siegfried Schönherr,

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V.

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK (DSS) e.V.
Aus der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“

- Heft 70: **Gemeinsame Sicherheit - ein schwieriger Lernprozess.** Prof. Dr. Rolf Lehmann zum 70.Geburtstag. Grüßworte: Hans Süß, Klaus Freiherr von der Ropp, Wolfgang Demmer, Wolfgang Knorr, Gustav Urbani; Beiträge: Hans Modrow, Werner von Scheven, Paul Heider, Wilfried Schreiber, Wolfgang Scheler, Hermann Hagena, Horst Großmann, Max Schmidt, Lothar Schröter, Ernst Voit, Joachim Klopfer, Siegfried Schönherr, Günther Oppermann, Dietmar Schössler, Dresden 2004, 180 Seiten; 5,00 Euro.
- Heft 71: Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Russischen Föderation. Egbert Lemcke, **Russlands Raketenschnellboote und ihre Hauptbewaffnung**, Dresden 2004, 52 Seiten; 2,00 Euro.
- Heft 72: Siegfried Schönherr, **Zur Herausbildung der Lehrdisziplin MILITÄRÖKONOMIE an der Militärakademie der NVA**, Dresden 2004, 56 Seiten; 2,00 Euro.
- Heft 73: **Die europäische Integration und der Frieden. Ideen - Konzepte - Strategien.** 9. Dresdner Symposium *Für eine globale Friedensordnung* am 27. November 2004. Beiträge von Wolfgang Scheler, Ernst Voit, Volker Bialas, Harry Pursche, Joachim Klopfer, Dresden 2005, 60 Seiten; 3,00 Euro.
- Heft 74: **Die Planung weltweiter Interventionskriege, das Völkerrecht und die Zukunft der Menschheit.** 13. Dresdner Friedenssymposium am 12. Februar 2005. Beiträge von Steffi Belke, Norman Paech, Felicia Langer, Ernst Voit, Jiri Sobottka, Horst Schneider, Dresden 2005, 52 Seiten; 3,00 Euro.
- Heft 75: Wilfried Schreiber, **Als Offizier und Wissenschaftler der NVA im deutsch-deutschen sicherheitspolitischen Dialog 1987 - 1990.** Ein Zeitzeugenbericht, Dresden 2005, 130 Seiten; 5,00 Euro.
- Heft 76: **Philosophisches Denken über Krieg und Frieden.** Umwälzende Einsichten an der Militärakademie und ihr Fortwirken in der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V. Beiträge von Wolfgang Scheler, Hermann Hagena, Hermann Schierz, Hans Süß, Paul Heider, Ernst Voit, Horst Großmann, Lothar Glaß, Eberhard Arnold zum Kolloquium am 13.09.2005, Dresden 2005, 86 Seiten; 5,00 Euro.
- Heft 77: **Geopolitisches und militärstrategisches Denken in der Russischen Föderation.** Beiträge: Rolf Lehmann, Hans-Werner Deim, Horst Großmann, Joachim Klopfer, Egbert Lemcke, Dresden 2005, 139 Seiten; 5,00 Euro.
- Heft 78: **Die Friedensfrage in der gegenwärtigen Epoche.** Beiträge: Ernst Voit, Wolfgang Scheler, Endre Kiss, Dresden 2006, 54 Seiten; 2,00 Euro.
- Heft 79: **Für eine Welt ohne Krieg.** Gibt es Wege zu einem sicheren Frieden? 14. Dresdner Friedenssymposium am 11. Februar 2006. Beiträge von Steffi Belke, Peter Strutynski, Tobias Pflügerr, Jörg-Uwe Laasch, Horst Schneider, Reuven Moskovitz, Jana Hodurova, Dresden 2006, 58 Seiten; 3,00 Euro.
- Heft 80: **50. Jahrestag der NVA.** Ansichten und Wertungen. Vorwort: Wolfgang Scheler. Beiträge: Paul Heider, Horst Sylla, Dresden 2006, 50 Seiten; 2,00 Euro.
- Heft 81: **Zur Bewertung militärischer Optionen gegen das Nuklearprogramm des Iran.** Beiträge: Hermann Hagena, Ernst Voit, Dresden 2006, 22 Seiten; 2,00 Euro.
- Heft 82: Siegfried Schönherr, **Neuer Imperialismus - neue Formen der Rüstungsfinanzierung**, Dresden 2007, 40 Seiten; 3,00 Euro.

Die Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V. (DSS) informiert über Aktivitäten und Ergebnisse ihrer Tätigkeit auch im Internet.

<http://www.sicherheitspolitik-DSS.de>